BREMISCHE BÜRGERSCHAFT

Stadtbürgerschaft 15. Wahlperiode

Plenarprotokoll 15. Sitzung 07.06.00

15. Sitzung

am Mittwoch, dem 7. Juni 2000

Inhalt

	ngänge gemäß § 21 der Geschäftsordnung eine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung	
Fra	agestunde	
1.	Nutzung des Marktplatzes für Veranstaltungen Anfrage des Abgeordneten Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 5. Mai 2000	510
2.	Erschließung Hohentorshafen und linkes Weserufer Anfrage der Abgeordneten Frau Wangenheim, Frau Kummer, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 11. Mai 2000	511
3.	Rhodarium Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 12. Mai 2000	512
4.	Räume für das Tanzfilminstitut Anfrage der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. Mai 2000	514
5.	Überführung des Stadtinformationssystems "bremen.de" in eine Public private partnership Anfrage der Abgeordneten Jäger, Bürger, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 22. Mai 2000	515
6.	Brandschutz bei Lagerung von Feuerwerksartikeln Anfrage der Abgeordneten Frau Wulff, Frau Wiedemeyer, Engelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 23. Mai 2000	518
7.	Personalsituation Ortsamt Neustadt/Woltmershausen Anfrage der Abgeordneten Frau Wangenheim, Frau Möbius, Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 30. Mai 2000	520

Aktuelle Stunde

Senatsvorlage zur Entwicklung der Hafengebiete rechts der Weser -	alter Streit
ohne neue Perspektive	

Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU) Abg. Dr. Sieling (SPD) Senatorin Wischer Abg. Mützelburg (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Dr. Sieling (SPD) Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU) Staatsrat Dr. Färber	528 530 531 533 534 535
FO. Änderung des Flächennutzungenlenes Bremen 1002. Burglestige (Mender	
59. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983 - Burglesum (Werderland) Mitteilung des Senats vom 7. März 2000 (Drucksache 15/111 S)	
Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Frau Kummer (SPD) Abg. Pflugradt (CDU) Abg. Frau Dr. Mathes (Bündnis 90/Die Grünen) Abstimmung	538 538 539
Pauschalierung der Sozialhilfe Mitteilung des Senats vom 21. März 2000 (Drucksache 15/119 S)	
Abg. Frau Wangenheim (SPD)	540 542
Staatsrat Dr. Hoppensack	543

Was kosten Jugendfreizeitheime?

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. April 2000 (Drucksache 15/125 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000

(Drucksache 15/148 S)

Bürokratische Hürden in den Freizeitheimen abbauen, jugendpolitische Hand- lungsspielräume gewinnen Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Juni 2000 (Drucksache 15/184 S)	
Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Pietrzok (SPD) Abg. Frau Striezel (CDU) Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen) Staatsrat Dr. Hoppensack Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Frau Striezel (CDU) Abstimmung	548 549 550 551 552 553
Wirtschaftlichkeitsüberlegungen bei der Umwandlung der Werkstatt Bremen in eine GmbH Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 11. April 2000 (Drucksache 15/127 S)	
Dazu	
Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000 (Drucksache 15/150 S)	
Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) Abg. Frau Dreyer (CDU) Abg. Pietrzok (SPD) Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU) Abg. Frau Stahmann (Bündnis 90/Die Grünen) Staatsrat Dr. Knigge Abg. Frau Linnert (Bündnis 90/Die Grünen) Staatsrat Dr. Knigge	557 558 560 561 562
Wahl eines Mitglieds des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses	566
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 13 vom 16. Mai 2000 (Drucksache 15/140 S)	567
Bericht des Petitionsausschusses Nr. 14	

vom 30. Mai 2000

für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Wartburgstraße, StMagnus-Straße (westlich Hausnummer 81) und Zwinglistraße (westlich Hausnummer 40) Mitteilung des Senats vom 23. Mai 2000 (Drucksache 15/141 S)	567
Bebauungsplan 2009 für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Wohlers Eichen (östlich gerader Hausnummern 30 bis 38), Oslebshauser Landstraße und Hafenbahn (Bahnhof Bremen-Inlandhafen) Mitteilung des Senats vom 23. Mai 2000 (Drucksache 15/142 S)	567
1. Änderung des Bebauungsplanes 985 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Gerichtsherrenweg, Schlehbuschstraße, Holzmarkenweg, Schönebecker Feld, Hasenheide, Clamersdorfer Straße und Bundesstraße 74 sowie für ein Gebiet zwischen Holzgräfenweg und Gutsmeierweg (zum Teil beidseitig) Mitteilung des Senats vom 23. Mai 2000 (Drucksache 15/143 S)	567
Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2000/2001 Mitteilung des Senats vom 7. März 2000 (Drucksache 15/110 S)	
Dazu	
Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU (Drucksachen 15/155 S bis 15/177 S und 15/182 S)	
Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD (Drucksache 15/178 S)	
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 15/179 S)	
Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtge-	

Bericht und Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses (Stadt) vom 5. Juni 2000

meinde) für die Haushaltsjahre 2000/2001 (Ergänzung der Drucksache 15/110 S)

(Drucksache 15/180 S)

(Drucksache 15/128 S)

Mitteilung des Senats vom 18. April 2000

Abdeckung der Erlöse aus Vermögensveräußerungen in den Haushalten 2000/ 2001 und in der Finanzplanung bis 2005	
Mitteilung des Senats vom 6. Juni 2000	
(Drucksache 15/181 S)	568
Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über das Halten von Hunden Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000	
(Drucksache 15/151 S)	
Dazu	
Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD vom 6. Juni 2000	
(Drucksache 15/183 S)	571
Anhang zum Plenarprotokoll	572
Entschuldigt fehlen die Abgeordneten Leo, Frau Markus.	

Präsident Weber

Vizepräsident Dr. Kuhn Vizepräsident Ravens

Schriftführerin Arnold-Cramer Schriftführerin Hannken

Bürgermeister **Perschau** (CDU), Senator für Finanzen

Senator für Inneres, Kultur und Sport **Dr. Schulte** (CDU)

Senatorin für Bau und Umwelt Wischer (SPD)

Senator für Wirtschaft und Häfen Hattig (CDU)

Senatorin für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales Adolf (SPD)

Staatsrat **Dr. Färber** (Senator für Wirtschaft und Häfen)

Staatsrat **Dr. Hoppensack** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Dr. Knigge** (Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales)

Staatsrat **Logemann** (Senator für Bau und Umwelt)

Vizepräsident Dr. Kuhn eröffnet die Sitzung um 14.31 Uhr.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Meine Damen und Herren, die 15. Sitzung der Stadtbürgerschaft ist eröffnet.

Ich begrüße die hier anwesenden Damen und Herren sowie die Zuhörer und die Vertreter der Presse. Folgende Gruppe ist anwesend: eine Gruppe des Bürgerhauses Vegesack.

Herzlich willkommen!

(Beifall)

Gemäß Paragraph 21 der Geschäftsordnung gebe ich Ihnen folgende Eingänge bekannt:

- 1. Bericht und Dringlichkeitsantrag des Haushaltsund Finanzausschusses (Stadt) vom 5. Juni 2000, Drucksache 15/180 S.
- 2. Abdeckung der Erlöse aus Vermögensveräußerungen in den Haushalten 2000/2001 und in der Finanzplanung bis 2005, Mitteilung des Senats vom 6. Juni 2000, Drucksache 15/181 S.

Ich gehe davon aus, dass Einverständnis besteht, diese Vorlagen mit den zu den Haushaltsberatungen gehörenden Vorlagen zu verbinden.

Ich sehe oder höre keinen Widerspruch, dann verfahren wir so.

3. Bürokratische Hürden in den Freizeitheimen abbauen, jugendpolitische Handlungsspielräume gewinnen, Dringlichkeitsantrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Juni 2000, Drucksache 15/184 S.

Gemäß Paragraph 21 Absatz 1 unserer Geschäftsordnung muss das Plenum zunächst einen Beschluss über die Dringlichkeit des Antrages herbeiführen.

Wer einer dringlichen Behandlung des Antrags zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt einer dringlichen Behandlung zu.

(Einstimmig)

Ich schlage Ihnen vor, diesen Antrag mit Tagesordnungspunkt sechs, Was kosten Jugendfreizeitheime?, zu verbinden.

Ich höre keinen Widerspruch, die Stadtbürgerschaft ist damit einverstanden.

Die übrigen Eingänge bitte ich dem heute verteilten Umdruck sowie der Mitteilung über den voraussichtlichen Verlauf der Plenarsitzung zu entnehmen.

I. Eingang gemäß § 21 der Geschäftsordnung

Bebauungsplan 2105 mit Deckblatt für ein Gebiet in Bremen-Horn-Lehe zwischen Achterdiek, Riemstraße, Bundesautobahn A 27 und Eisenbahnstrecke Bremen-Hamburg Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000 (Drucksache 15/152 S)

Diese Angelegenheit kommt auf die Tagesordnung der Juli-Sitzung.

II. Kleine Anfragen gemäß § 29 Abs. 2 der Geschäftsordnung

- Altlastensanierung beziehungsweise -sicherung auf dem Vulkan-Gelände Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19. April 2000 Dazu Antwort des Senats vom 30. Mai 2000 (Drucksache 15/154 S)
- Veranstaltungen in den Bremer Messehallen/Stadthalle Kleine Anfrage der Fraktion der SPD vom 5. Mai 2000
- Gemeinschafts-, Vereins- und Aufenthaltsräume ausländischer Gruppen und Vereine Kleine Anfrage der Fraktion der CDU vom 23. Mai 2000
- Bodenverunreinigungen von Flächen auf dem Gelände der Kinder- und Jugendfarm in Gröpelingen Kleine Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31. Mai 2000

Zur Abwicklung der Tagesordnung wurden interfraktionelle Absprachen getroffen, und zwar zur Aussetzung des Tagesordnungspunktes fünf, Grundsatzfragen zur Kulturpolitik und die Entwicklung eines Kulturplans für die laufende Legislaturperiode, des Tagesordnungspunktes sieben, Was kosten Kindertagesheime?, und des Tagesordnungspunktes zehn, Aktionsplan Bauen in Bremen.

Weiter sind Absprachen getroffen worden zur Verbindung der Petitionsberichte Nummer 13 und 14 sowie der Tagesordnungspunkte 18 und 19, hier geht es um die Haushaltsangelegenheiten.

Schließlich sind Absprachen zur Vereinbarung von Redezeiten bei einigen Tagesordnungspunkten getroffen worden.

Die Beratung des Stadthaushaltes sowie der Änderungsanträge hatten wir bereits in die Haushaltsdebatte des Landtags einbezogen, die Aussprache über den Punkt außerhalb der Tagesordnung, Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über das Verhalten von Hunden, ist in die Debatte zu Tagesordnungspunkt 18 bereits eingeflossen.

Wer mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist mit den interfraktionellen Absprachen einverstanden.

(Einstimmig)

Wir treten in die Tagesordnung ein.

Fragestunde

Für die Fragestunde der Stadtbürgerschaft liegen zehn frist- und formgerecht eingebrachte Anfragen vor

Die erste Anfrage bezieht sich auf die **Nutzung** des Marktplatzes für Veranstaltungen. Sie ist unterschrieben vom Abgeordneten Dr. Güldner und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wurde die vom Senat öffentlich angekündigte Richtlinie zur Nutzung des Marktplatzes formal in Kraft gesetzt, und wenn ja, werden dabei die vom Beirat Mitte am 6. März 2000 beschlossenen Modifizierungen einbezogen?

Zweitens: Nach welchem Verfahren werden zurzeit Genehmigungen zur Nutzung des Marktplatzes erteilt, und wer trifft die abschließende Entscheidung?

Drittens: Werden die Vorgaben der Richtlinie in der Praxis bereits angewandt, und wie sieht daraufhin die konkrete Jahresplanung aus?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zur Beantwortung der Fragen hat das Wort Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Der Entwurf einer Verwaltungsvorschrift betreffend die Erteilung von Sondernutzungserlaubnissen nach Paragraph 18 des Landesstraßengesetzes ist noch nicht in Kraft gesetzt worden, um das Beratungsergebnis der Innendeputation zu berücksichtigen. Hier steht ein abschließendes Votum noch aus.

Zu zwei und drei: Das bisherige Verfahren ist einzelfallorientiert - bietet also keine klaren Entscheidungsvorgaben - und war daher für das Stadtamt schlecht handhabbar. Die nunmehr entworfene Richtlinie wird die Vergabe von Sondernutzungsgenehmigungen anhand klarer Voraussetzungen für die Behörde vereinfachen und gleichzeitig das Verfahren für die Antragsteller transparenter gestalten.

Die derzeitige Genehmigungspraxis orientiert sich bereits, soweit möglich, an den Zielvorgaben der neu entwickelten Richtlinie. Dabei wird dem Umstand Rechnung getragen, dass sich die Richtlinie derzeit noch in der Abstimmung befindet. Soweit Genehmigungen für bereits aus den Vorjahren bekannte Veranstaltungen in diesem Jahre erneut vorgenommen wurden, so geschah dies unter dem Hinweis auf die zukünftig zu erwartenden Vorgaben. Hierdurch bemüht sich die Verwaltung, den Übergang auf die beabsichtigte Praxis für alle Bewerber zu erleichtern und Härten für die Betroffenen weitestgehend zu vermeiden.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Möchten Sie eine Zusatzfrage stellen? - Bitte, Herr Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich habe eine Zusatzfrage! Sind Sie der Auffassung, dass die Sicherheitstage der Polizei, die jüngst auf dem Marktplatz stattgefunden haben, den Kriterien Ihrer eigenen vorgelegten Richtlinie entsprochen haben?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Ich glaube, das ist ein Beispiel, worin deutlich wird, dass wir derartige Veranstaltungen in Zukunft nicht mehr auf dem Marktplatz haben sollten. Aber es war eine lange vorbereitete und angemeldete Veranstaltung, die ich fairerweise deshalb nicht abbrechen wollte, weil wir diese Verordnung noch nicht in Kraft gesetzt hatten.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine weitere Zusatzfrage! Die von Ihnen vorgelegte Richtlinie im Unterschied zu den Vorschlägen des Beirates Mitte beinhaltet ja den Begriff "hochwertige Veranstaltung". Wie gedenkt der Senat diesen Begriff "hochwertig" zu operationalisieren, damit tatsächlich ein auf nachvollziehbare Kriterien gestütztes Verfahren dabei herauskommt, wie Sie das eben beschrieben haben?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Herr Abgeordneter, ich bin interessiert, dass die Verwaltung nachher handhabbare Kriterien hat. Lassen Sie uns in der Innendeputation darüber diskutieren! Das steht ja auf der Tagesordnung. Dazu wird auch ein Vertreter des Beirats eingeladen. Ich finde, wir müssen der Verwaltung helfen, keine Zufallsentscheidungen zu treffen, sondern eine handhabbare Praxis bei der Genehmigung solcher Veranstaltungen zu finden. Das ist mein Ziel und mein Anliegen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine weitere Zusatzfrage! Sind Sie, um es noch einmal anders zu formulieren, weil Sie jetzt nicht richtig darauf eingegangen sind, der Meinung, dass die Verwendung des Begriffs "hochwertig" ohne nähere Erklärung genau dem Ziel dient, das Sie eben selbst beschrieben haben, der Verwaltung klare Richtlinien an die Hand zu geben, was zu genehmigen ist und was nicht?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Herr Abgeordneter, es muss doch möglich sein, dass wir gemeinsam, auch hier alle gemeinsam im hohen Haus, die Auffassung vertreten, dass der Marktplatz mit diesem Ambiente und dieser Gesamtkulisse die Visitenkarte Bremens ist und dass dort nicht iede Veranstaltung Platz haben sollte. Wir müssen insofern schon zwischen Veranstaltungen unterscheiden, die wir hochwertig nennen, und Veranstaltungen, die auch an anderen Stellen der Stadt stattfinden können. Das ist das Anliegen, das wir haben, hier eine Kriterienliste zu finden. Mit Ihrer Unterstützung werden wir in der Innendeputation darüber sprechen, damit in Zukunft Zufälle ausgeklammert werden. Das ist das Anliegen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Eine letzte Zusatzfrage! Gedenken Sie auf den Beirat Mitte, der ja in dieser Angelegenheit mehrfach Stellung genommen hat, in Zukunft noch einmal zuzugehen, um eventuell noch zu einer Einigung Ihres Hauses mit dem Beirat Mitte in dieser Frage zu kommen?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Herr Abgeordneter, ich finde, dass der Beirat Mitte, der sich hiermit sehr intensiv befasst hat, auch das Recht haben muss, seine Auffassungen in der Innendeputation zur Sprache zu bringen. Ich werde dafür sorgen, dass er das auch tun kann.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Vielen Dank, Herr Senator!

Die zweite Anfrage steht unter dem Betreff "Erschließung Hohentorshafen und linkes Weserufer". Sie ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Wangenheim, Frau Kummer, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Bitte, Frau Wangenheim!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie ist der Planungsstand und das Zeitraster für den Tunnel Große Sortillienstraße/Hohentorshafen?

Zweitens: Was muss noch getan werden, um mit dem Bau des Rad- und Fußweges entlang der Weser zwischen Stephanibrücke und Weseruferpark beginnen zu können, zum Beispiel Ankauf von Grundstücken?

Drittens: Welche Möglichkeiten sieht der Senat für eine touristische Nutzung des ehemaligen Schulschiffliegeplatzes sowie für eine Verbindung zwischen diesem Weseruferbereich und der Schlachte?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zur Beantwortung durch den Senat hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Die Anbindung des Hohentorshafens an die Innenstadt ist in einer Machbarkeitsstudie untersucht worden. Für das Gebiet liegt für den Bebauungsplan 2198 bereits ein Planaufstellungsbeschluss vor. Mit einer Beschlussfassung zu diesem Bebauungsplan ist in zirka einem Jahr zu rechnen. Das weitere Vorgehen, insbesondere die Finanzierung der Maßnahme, muss noch geklärt werden.

Zu zwei: Durch die geplanten Festsetzungen im Rahmen des Bebauungsplans 2198 soll eine Wegführung von der Stephanibrücke entlang der Weser über die Spitze des Hohentorshafens und auf der Nordseite des Hafenbeckens ermöglicht werden. Die Weiterführung dieses Weges auf der Südseite des Hafenbeckens bis zum Weseruferpark ist planerisch in Vorbereitung. Der Abschnitt vom Kopfende des Hafenbeckens bis zur ehemaligen Neptun-Werft befindet sich in städtischem Eigentum und kann bereits jetzt öffentlich genutzt werden. Die restliche Wegstrecke von zirka 500 Metern verläuft über Privatgrund. Hier steht die Stadt in Verhandlungen mit den Eigentümern zum Ankauf eines fünf Meter breiten Geländestreifens unmittelbar an der Wasserkante.

Zu drei: Eine touristische Nutzung des ehemaligen Schulschiffliegeplatzes ist möglich, wenn die Anbindung des bisher relativ abgelegenen Bereichs an das umgebende Stadtgebiet verbessert wird. Unter diesem Aspekt erfolgte bereits der Bau eines Uferweges zwischen der Straße Auf dem Dreieck und der Spitze des Hohentorshafens.

Weitere diesbezügliche Maßnahmen sind geplant. So sieht der Bebauungsplan 2198, der den Bereich des Hohentorshafens umfasst und sich zurzeit im Verfahren befindet, eine fünf Meter breite Promenade an der oberen Böschungskante sowie eine mehrgeschossige Bebauung entlang der Weser vor, die den Gesamtbereich des Hohentorshafens besser mit der Innenstadt verknüpfen wird. Ergänzend hierzu wird die Straße Am Deich einschließlich des Uferweges zwischen der Bürgermeister-Smidt-Brücke und dem Hohentorshafen umgebaut und gestalterisch aufgewertet. Die Bauarbeiten hierzu beginnen Ende 2000.

Insgesamt erfolgt eine Stärkung der Zuwegungen auf dem linken Weserufer zur Stephanibrücke und Bürgermeister-Smidt-Brücke, so dass die Verknüpfungen zwischen den Weseruferbereichen erheblich verbessert werden.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Wangenheim!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Ist mit der Realisierung und dem Baubeginn des Tunnels in der Sortillienstraße noch in dieser Legislaturperiode zu rechnen?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Das vermag ich Ihnen jetzt nicht so zu sagen, da will ich aber gern noch einmal nachfassen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Eine weitere Zusatzfrage! Warum hat die Stadt die Grundstücke verkauft, ohne an den lange geforderten Radweg zu denken?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Da muss ich passen, das würde ich Ihnen auch gern nachreichen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Was heißt planerische Vorbereitung? Auch an dieser Stelle hätte ich gern gewusst, wann mit der Realisierung des Radweges zu rechnen ist.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Wenn Sie einverstanden sind, Frau Abgeordnete, werde ich Ihnen das alles im Paket nachliefern.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Danke, Frau Senatorin!

Die dritte Anfrage beschäftigt sich mit dem Thema "Rhodarium". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Dr. Mathes, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist in den bisherigen Kostenermittlungen für das Rhodarium die Finanzierung für die Verkehrserschließung und die Anlage von Parkplätzen enthalten?

Zweitens: Ist dem Senat ein Projekt ähnlicher Art wie das Rhodarium in Europa bekannt, das ohne öffentliche Zuschüsse betrieben wird?

Drittens: Wie will der Senat ein mögliches Betriebsdefizit abdecken?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zur Beantwortung der Anfrage hat das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Mittel für eine Neuanlage der benötigten Parkplätze sind Bestandteil der im November 1998 von den Wirtschaftsförderungsausschüssen beschlossenen Projektfinanzierung gemäß HU -Bau. Die Finanzierung zusätzlicher verkehrslenkender Maßnahmen, wie zum Beispiel Parkleitsystem, Fuß- und Radwege oder Maßnahmen des ÖPNV, ist nicht nur mit dem Rhodarium, sondern mit dem Gesamtprojekt "Aufwertung des Rhododendronparks" verbunden. Bis zu einer Höhe von 100.000 DM steht eine externe finanzielle Unterstützung der EU für ein umweltfreundliches Mobilitätsmanagement zur Verfügung. Darüber hinausgehende Mittel müssten über den Senator für Bau und Umwelt oder eine Parkplatzbewirtschaftung bereitgestellt werden.

Zu zwei: Der Rhododendronpark erhält zurzeit jährliche Betriebskostenzuschüsse von 4,2 Millionen DM ohne Investitionen. Ein Vergleich mit üblichen botanischen Gärten und den dort gegebenenfalls vorhandenen Gewächshäusern ist nicht möglich. Generell ist die Idee des Rhodariums völlig neu. Ziel der Idee Rhodarium ist die Darstellung der Artenvielfalt der Erde am Beispiel der Gattung Rhododendron unter Verknüpfung mit Tieren, Landschaft, der in den Heimatländern der Pflanzenarten vorherrschenden Kulturen beziehungsweise Religionen, verbunden mit einem sehr vielseitigen, zum interaktiven Benutzen anregenden Museum mit den Themenbereichen Pflanzen, Artenvielfalt, Klima.

Bislang sind Projekte ohne öffentliche Zuschüsse nur im Bereich der maritimen Lebensräume, Sea Life Center, wirtschaftlich tragfähig realisiert worden. Mit dem in Hannover von der VW-Stiftung, GEO und der Flebbe-Gruppe - Cinemaxx - errichteten Regenwaldhaus besteht allerdings seit etwa einem Monat ein Projekt, das eine ähnliche Zielsetzung hat, allerdings auf den brasilianischen Bergregenwald fokussiert und flächenmäßig kleiner ist. Dieses Projekt läuft ohne öffentliche Zuschüsse und hat seit der Eröffnung im Tagesschnitt 1600 Besucher. Der Eintritt für Erwachsene beträgt 16 DM.

Zu drei: Im Falle der Umsetzung der Pläne zum Bau des Rhodariums wären mit der Bildung einer Rhodariumsbetriebsgesellschaft, RHOBEG, Gewinne und Verluste aus dem Betrieb des Rhodariums - Museum und Schaugewächshäuser, Gastronomie, Merchandising - von den in der RHOBEG beteiligten Betreibern aufzufangen. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Habe ich Sie richtig verstanden, dass auch jetzt, wenn das Rhodarium nicht gebaut wird, sondern eine Aufwertung des Rhododendronparks erfolgt, Mittel für Infrastrukturmaßnahmen in verkehrslenkende und -steuernde Maßnahmen zur Verfügung stehen werden?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Da muss man sehen, wie die Dinge sich weiter entwickeln.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Die zweite Frage ist, ob Sie mir erklären können, wie die Planungskosten in Höhe von etwa 11,5 Millionen DM entstanden sind.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Frau Abgeordnete, um nicht falsche Zahlen zu nennen, weil ich keine Vorlage hier habe, bin ich gern bereit, Ihnen diese Unterlagen noch einmal zur Verfügung zu stellen, in denen diese Zahlen in der Vorlage für die Wirtschaftsförderungsausschüsse aufgeführt worden sind.

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Danke schön!)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Eckhoff** (CDU): Haben Sie die Zahlen aus Hannover einmal hochgerechnet, Frau Wischer?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Nein!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Eckhoff** (CDU): Sie sagten gerade, 1600 Besucher! Wenn wir das einmal mit 350 multiplizieren, komme ich auf 570.000 Besucher. Ist das richtig?

(Heiterkeit)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich habe das jetzt eben nicht nachgerechnet, aber ich habe Vertrauen in Ihre Rechenkünste! Möge es so sein!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Herr Kollege, möchten Sie eine weitere Rechenaufgabe stellen? - Bitte sehr!

(Heiterkeit)

Abg. **Eckhoff** (CDU): Nein, Herr Präsident, aber ich möchte noch eine Zusatzfrage stellen! Können Sie mir sagen, von wie vielen Besuchern Sie in Ihren Planungen für das Rhodarium bisher ausgegangen sind?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Jetzt nageln Sie mich nicht auf die Zahl fest! Ich glaube, es waren 280.000 Besucher.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte, Herr Kollege!

Abg. **Eckhoff** (CDU): Vor dem Hintergrund der Zahlen in Hannover: Wie beurteilen Sie Ihre Berechnungen, die ja nach Angaben einzelner Mitglieder dieses Hauses eher als zu positiv angesetzt sind, unter den Erfahrungen, die man jetzt in Hannover sammeln kann?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Wir haben in der Vorlage, wenn ich mich richtig erinnere, Herr Abgeordneter, auch dargelegt, dass diese Schätzungen als eher am unteren Rand zu sehen sind.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Eckhoff** (CDU): Also habe ich Ihre Antwort richtig verstanden, dass Sie nach wie vor davon ausgehen, dass es eher der untere Rand ist und dass man die Zahlen, wenn man sie aus der Sicht Ihres Hauses korrigieren müsste, eher nach oben korrigieren müsste?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Wir haben uns hier von Tourismussachverständigen beraten lassen, und ich bin nicht Fachfrau genug, um zu hinterfragen, ob dies falsch ist. Ich gehe davon aus, dass Unternehmungen, die Tourismus planen und die Kenntnisse darüber haben, solche Schätzungen auch aufgrund von Erfahrungen abgeben.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Frau Senatorin Wischer.

Die vierte Anfrage verlangt vom Senat Auskunft über die **Räume für das Tanzfilminstitut.** Die Anfrage trägt die Unterschriften der Abgeordneten Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Bitte, Frau Kollegin!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Wir fragen den Senat:

Wie und zu welchem Termin wird der Senat sicherstellen, dass das Tanzfilminstitut in angemessenen Räumen untergebracht wird?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Die Anfrage wird beantwortet von Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senator für Inneres, Kultur und Sport ist von der hervorragenden Qualität der Arbeit des Deutschen Tanzfilminstituts überzeugt und setzt sich deshalb dafür ein, die Rahmenbedingungen für seinen Verbleib in Bremen sicherzustellen. Ein erster Schritt in diese Richtung ist bereits realisiert worden. Mit Beschlussfassung der Deputation für Kultur wurde am 26. Mai 2000 ein Förderbetrag von 60.000 DM aus Wettmitteln für die Archivarbeit im Jahr 2000 zur Verfügung gestellt. Für den zukünftigen Standort des Instituts, das sich zurzeit in Räumen der Universität Bremen befindet, werden gemeinsam mit dem Institut verschiedene Alternativen geprüft werden. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Wenn man sich die Unterbringung des Tanzfilminstituts in der Universität anschaut, stellt man auf den ersten Blick fest, dass diese Räume in keiner Hinsicht, weder für das Personal noch für das vielfältige Material, ausreichend sind, Sie haben es ja eben schon erwähnt. Aber man muss doch das allergrößte Interesse daran haben, es in Bremen zu halten. Dieses Institut hat nun das Interesse, auch möglichst innenstadtnah, wenn es irgendwie geht, untergebracht zu werden. Können Sie da Vorschläge nennen, an welche möglichen Orte Sie denken?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Frau Abgeordnete, wir prüfen in der Tat verschiedene Standorte. Mir ist allerdings auch signalisiert worden, dass das Institut selbst aktiv ist, sich um einen neuen Standort zu bemühen. Möglich wäre auch ein provisorischer Standort, um überhaupt erst einmal sicherzustellen, dass diese wertvollen Archivbestände nicht in irgendeiner Weise beeinträchtigt werden. Insofern sind sowohl das Institut als auch meine Behörde bestrebt, gegebenenfalls Übergangslösungen zu finden, bevor wir eine endgültige Lösung haben.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Das heißt, außer jetzt dem guten Willen, den Sie hier noch einmal verkünden, sind Sie im Moment nicht in der Lage, konkrete Prüfmöglichkeiten oder Orte, die im Moment in Zusammenarbeit mit dem Tanzfilminstitut in der Überprüfung sind, zu nennen?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Ich hatte Ihnen ja in der Deputation bereits gesagt, dass wir überlegen, ob es möglicherweise im Zusammenhang mit der Stadtbibliothek oder beim Lichthaus eine Lösung gibt. Wir sind also dabei, überall dort, wo es denkbare räumliche Möglichkeiten gibt, zu schauen. Diese beiden Angaben hatte ich Ihnen gemacht, ich habe bis zum heutigen Tag keine neueren Erkenntnisse über andere geeignete Standorte.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Haben Sie eine weitere Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Dr. Trüpel** (Bündnis 90/Die Grünen): Wissen Sie, dass sich die Möglichkeit Lichthaus zerschlagen hat, weil dort nur 50 Quadratmeter frei sind und das für das Tanzfilminstitut nicht ausreichend ist?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Das ist mir so berichtet worden.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Herr Senator, fließen in Ihre Überlegungen über neue Räumlichkeiten für das Tanzfilminstitut auch solche mit ein, möglicherweise mit anderen kulturellen Institutionen zusammenzugehen?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Frau Abgeordnete, bei mir fließen viele Dinge ein, nur leider zu wenig Geld, und da muss man bei solchen räumlichen Überlegungen, bevor wir ein neues Institut fördern, auch sehr genau schauen, welche Kosten damit verbunden sind. Ich könnte mir hervorragende Räumlichkeiten für das Tanzfilminstitut vorstellen, aber wir müssen wirklich sehen, wie das im finanziellen Rahmen möglich ist, denn ich kann ihnen nichts vorschlagen, was wir nachher nicht gemeinsam finanziell tragen können.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Gerade solche Zusammenlegungen beinhalten ja Synergieeffekte. Sind das nicht sinnvolle Überlegungen, die man da treffen könnte? Ich denke einmal, wir hatten ja in der letzten Legislaturperiode auch für den Teerhof Überlegungen, und da hatte sich herausgestellt, dass da einiges an Synergieeffekten entstehen könnte.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Diese Lösung auf dem Teerhof, die auf den ersten Blick sehr faszinierend war und die auch in der Tat Synergien entwickelt hätte, hat aber leider nicht berücksichtigt, dass ja das Tanzfilminstitut keine gegenwärtigen Mietleistungen mit einbringen kann. Es geht ja nicht um eine Verlagerung eines Instituts von einem Standort A nach B unter Einbeziehung der bisherigen Mietkosten. Das Institut hat bisher an der Universität keine Mietanstrengungen unternehmen müssen.

Ich gebe Ihnen aber Recht, dass wir solche Synergielösungen suchen müssen, und darum halte ich die Zusammenarbeit mit der Stadtbibliothek für außerordentlich interessant und wichtig, weil dort durchaus personelle und auch räumliche Möglichkeiten gegeben sein könnten, solche Synergien zu nutzen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Ich bedanke mich bei Herrn Senator Dr. Schulte.

Die fünfte Anfrage bezieht sich auf die Überführung des Stadtinformationssystems "bremen.de" in eine Public private partnership. Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Jäger, Bürger, Eckhoff und der Fraktion der CDU.

Ich bitte den Fragesteller, die Anfrage vorzutragen!

Abg. **Jäger** (CDU): Wir fragen den Senat:

Wann ist mit der Überführung des Stadtinformationssystems "bremen.de" in eine Public private partnership zu rechnen, und welche Gründe führten bislang zu Verzögerungen?

Ist eine inhaltliche oder organisatorische Beteiligung von Radio Bremen angestrebt?

Wie beurteilt der Senat das bisher signalisierte Interesse der Wirtschaft an einer finanziellen und inhaltlichen Beteiligung?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Die Anfrage wird beantwortet von Herrn Bürgermeister Perschau.

Bürgermeister Perschau: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Der Senat beabsichtigt, die Überführung des Stadtinformationssystems bremen.online in ein Public-private-partnership-Konzept kurzfristia einzuleiten. Die Verzögerungen entstanden dadurch, dass die Vorstellungen über den Stellenwert und die Einordnung des Stadtinformationssystems in die Aktivitäten des Senats auf dem Sektor der Informations- und Medienpolitik sehr gründlich abgestimmt werden mussten. Radio Bremen könnte zu einer attraktiven Ergänzung des Informationsangebotes von bremen.online beitragen. Die konkrete Beteiligung von Radio Bremen wird im Rahmen der Bildung der Public private partnership geklärt. Diese Partnerschaft soll die jeweiligen wirtschaftlichen, medienpolitischen und informationstechnischen Potentiale der Partner widerspiegeln.

Die Möglichkeiten, sich an bremen.online zu beteiligen, haben in der Wirtschaft das erwartete positive Echo gefunden. Eine viel versprechende Anzahl bremischer Unternehmen hat bereits Interessenbekundungen abgegeben. Die Form, in der der Senat sich diese Partnerschaft konkret vorstellt, wird derzeit in einer Senatsvorlage erarbeitet.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Jäger (CDU): Herr Bürgermeister, wie beurteilen Sie die Wahrscheinlichkeit, dass die Privatisierung so weit voranschreiten könnte, dass weniger als 51 Prozent bei der Stadt verbleiben, insbesondere angesichts der Tatsache, dass ein hausinternes Gutachten ja auch sagt, dass eine

wirtschaftliche Tragfähigkeit in kurzer Zeit nicht zu erreichen ist? Insofern ist eine Politik der kleinen Schritte eher gefragt, als auf die große Lösung zu warten.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Herr Abgeordneter, Sie erwähnen zu Recht das Gutachten. Aufgrund dieses Gutachtens haben wir uns entschlossen, auf überschaubare Zeit die unternehmerische Führung, das heißt auch den Mehrheitsanteil dieses Unternehmens, zu halten. Es ist für uns das Unproblematischste, bei der Integration weiterer Partner unseren Anteil zu senken, wenn dadurch sozusagen eine größere Flexibilität und eine höhere Leistungsfähigkeit hergestellt wird.

Zurzeit muss man nüchtern feststellen, dass das Stadtinformationssystem "bremen.de" in dieser Form noch nicht wirtschaftlich voll allein betrieben werden kann. Gleichzeitig ist es aber auch so, dass die Anteilseigner im Moment eine gewisse Begrenzung der Partner wollen, um die Entwicklung zu beschleunigen. Mir liegt daran, dass wir jetzt sehr schnell auch zu einer Arbeitsfähigkeit und Leistungsfähigkeit kommen, und deshalb ist für mich im Moment nicht primär das Ziel, die Zahl der Anteilseigner auszuweiten, weil es immer nur zu weiteren Verzögerungen führen würde.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, Sie haben gesagt, es kommt kurzfristig zu einer Public private partnership. Was heißt kurzfristig? In welchem Zeitraum wird geplant?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Das heißt kurzfristig, Frau Abgeordnete, und deshalb hat die deutsche Sprache auch diese Begriffe. Ich vermute einmal, dass wir in der Lage sind, zur nächsten Sitzung eine solche Vorlage zu machen. Da ich aber die realistischen Abstimmprozesse kenne, möchte ich mich nicht in eine Falle begeben, dass Sie mir in vier Wochen vorhalten, warum liegt die Vorlage nicht vor. Ich hoffe, dass wir das schaffen, und deshalb haben wir diesen klaren, aber doch auch etwas unbestimmten Zeitbegriff "kurzfristig" gewählt.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich knüpfe noch einmal an einem anderen Punkt an. Herr Senator, wird dieses Gutachten auch dem Ausschuss für Informations- und Medienangelegenheiten bei Gelegenheit zugestellt?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Ich denke, dass es da auch beraten werden kann. Es ist hier auch bereits mehrfach angesprochen worden. Von daher ist es kein Geheimgutachten und ist zugänglich.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): In Bremerhaven ist es möglich, dass die Bürgerinnen und Bürger der Stadt eine kostenlose Internet-Adresse bekommen unter Adresse "anja stahmann@bremerhaven.de". Wann ist das für "bremen.de" angedacht? Ich hatte das hier ja schon vorgeschlagen!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Ich glaube, da gibt es im Moment furchtbar viele Angebote. Die meisten unterscheiden sich in den Kostenstrukturen nicht, weil sie die Telekom-Gebühren auch so oder so bezahlen müssen. Im Regelfall gibt es Tarife, die sehr viel günstiger sind. Die Hamburger haben so ein Modell auch gemacht, und es hat sich bisher nicht herausgestellt, dass das für die Konsumenten preiswerter ist.

Was interessant ist, ist "bremen.de" als Portal, als Einstieg für eigene Webseiten und möglicherweise auch für neue Dimensionen von Marketing. Ich glaube, dass das im Moment eher ganz populär klingt, dass aber die Kostenstrukturen sich nicht wesentlich unterscheiden. Ich hätte auch keine großen Bedenken, so etwas kostenlos anzubieten. Die Telekom ist selbst bereit, so etwas möglicherweise auch zu erklären und das zu machen, aber wir haben dies jedenfalls bei uns bisher noch nicht entschieden.

Ich habe damals die Hamburger Lösung in die Prüfung gegeben. Unsere Fachleute haben uns gesagt, es ist ein bisschen Show, und im Grunde löst es das eigentliche Problem der Internet-Kosten nicht, die sich überwiegend an den Zeitfenstern orientieren, in denen die Telekom preiswerte Angebote macht oder wann sie etwas teurer ist.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Würden Sie aber meine Meinung teilen, dass es vielleicht eine Imageförderungsmaßnahme für die Freie Hansestadt Bremen wäre?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Mir liegt daran, wir haben bei "bremen.de", verehrte Frau Abgeordnete, die Preise deshalb gewonnen, weil wir einen so hohen qualitativen Ansatz wählen.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie "bremen.de" kaputt machen wollen, müssen Sie es inflationieren, weil sich dann niemand mehr in dem System zurechtfindet und weil Sie nachher auch die Qualität nicht wieder herstellen können, die Sie brauchen, um zum Beispiel ein Stadtinformationssystem mit dem Angebot auch von Informationen überschaubar so zu organisieren, dass es wirklich funktioniert.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Heißt das, dass Sie es so einschätzen, dass das Portal "bremerhaven.de" von minderer Qualität ist als das Bremer Portal?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Ich glaube, das Bremer ist gut!

(Beifall bei der CDU)

Das ist uns von vielen bescheinigt worden, und Sie wissen, dass wir bei fast allen Wirtschaftspresseuntersuchungen entweder auf Platz eins oder Platz zwei in Deutschland mit diesem System gelandet sind. Von daher kann es nicht so schlecht sein.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Ist Ihnen bekannt, dass gerade diese Frage mit den Internet-Adressen auch im Landesmedienprogramm Bremen in T.I.M.E. erwähnt ist und dass ich auch aus diesem Grund nachfrage?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Ich habe das gelesen, es gibt viele Forderungen, die auch auf dem Markt sind. Ich glaube, dass ganz viele sehr engagierte Leute dabei sind, unterschiedliche Ideen zu sortieren, nur, verehrte Frau Abgeordnete, wir müssen sie auch sortieren. Wir müssen sie sortieren im Hinblick auf das, was im Moment im Rahmen unserer Konzeption sinnvoll und richtig ist. Unsere Fachleute sagen, wir feilen noch ein bisschen weiter an der Qualität, wir möchten es dann für die Wirtschaft öffnen, weil da sehr viele wirtschaftsfördernde Aspekte enthalten sind, gerade was die Vermarktungsmöglichkeiten angeht, aber wir wollen das Zug um Zug entwickeln. Ich denke, dass wir da auf einem wirklich guten Weg sind.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Wiedemeyer!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Herr Senator, können Sie mir einmal erklären, welche Gefahr oder welche Qualitätsverschlechterung der wirklich guten und prämierten Seiten "bremen.de" Sie sehen, wenn es mehrere Bürger gäbe, die - es geht allein um die E-Mail-Adresse - eine E-Mail-Adresse hätten mit dem Ende "bremen.de"?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Sie wissen, dass es bei uns geprüft wird. Wenn es nur um die E-Mail-Adresse geht, ist es sicherlich relativ einfach zu lösen. Wenn es um einen erweiterten Bedarf geht, dass die Leute sich sozusagen selbst präsentieren wollen dabei, dann wird es schwierig. Bei der E-Mail-Adresse gibt es dieses Problem nicht.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Die Kollegin hat sich aber eben auch ausdrücklich auf die E-Mail-Adressen bezogen!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Das habe ich nicht so verstanden, Frau Abgeordnete.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wiedemeyer** (SPD): Eine weitere Frage! Mir ist unbegreiflich, warum Sie angeführt haben, dass es da noch Probleme mit der Telekom und den Telefongebühren gäbe. Es gibt auch in Bremen namhafte Bremer Unternehmen, mit de-

nen man mittlerweile sehr gut im Internet kommunizieren kann. Ist Ihnen das bekannt?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Bürgermeister!

Bürgermeister Perschau: Ich weiß nicht, wo der Gegensatz zu meiner Aussage besteht. Ich habe mich nur auf die Telekom bezogen, aber es gibt auch andere, das ist sicher richtig.

(Abg. Frau Wiedemeyer [SPD]: Bremerhaven macht es uns da schon vor!)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die sechste Anfrage in der Fragestunde befasst sich mit dem Thema "Brandschutz bei Lagerung von Feuerwerksartikeln". Die Anfrage ist unterzeichnet von den Abgeordneten Frau Wulff, Frau Wiedemeyer, Engelmann, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau Wulff (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Mengen und Arten von Feuerwerksartikeln werden von der Firma Comet GmbH in den von ihr in Bremen-Oslebshausen, Gewerbegebiet Beim Struckenberge, Große Riehen und Pulverberg, genutzten Hallen gelagert?

Zweitens: Wie groß ist der Sicherheitsabstand der Hallen zum Wohngebiet Wohlers Eichen und zur Grundschule Auf den Heuen, und wie bewertet der Senat die von den in den Hallen gelagerten Feuerwerksartikeln ausgehende Gefahr für die Bevölkerung?

Drittens: In welchen zeitlichen Abständen wird von den bremischen Behörden - Gewerbeaufsicht, Feuerwehr, Umweltbehörde - die Einhaltung von Sicherheitsvorschriften, Arbeitssschutz, Brandschutz, Sprengstoffrecht und Immissionsschutz, überprüft?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zur Beantwortung erhält das Wort Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu eins: Es wurde der Firma Comet GmbH für die Lagerung von 2510 Tonnen brutto - entsprechend zirka 490 Tonnen netto - Kleinstfeuerwerksartikel der Klasse I und Kleinfeuerwerksartikel, Silvesterfeuerwerk, Klasse II, eine Genehmigung nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz erteilt. Zurzeit werden nach Aussage des Betreibers zirka 400 Tonnen brutto gelagert. Die Lagerung erfolgt im dortigen Gewerbegebiet an den Standorten Beim Struckenberge 2-4, Große Riehen 2-4 und Pulverberg 20-22 in drei getrennten Lagerhallen, unterteilt in insgesamt acht Abschnitte.

Zu zwei: Der Abstand zum Wohngebiet Wohlers Eichen beträgt zirka 100 Meter. Der Abstand zur Grundschule Auf den Heuen beträgt zirka 150 Meter. Der erforderliche gesetzliche Schutzabstand zu Wohnbereichen beträgt für die Lagerung dieser Klein- und Kleinstfeuerwerksartikel nach Sprengstoffrecht 25 Meter.

In einem Genehmigungsverfahren unter Beteiligung der Öffentlichkeit nach dem Bundes-Immissionsschutzgesetz wurden 1999 alle sicherheitsrelevanten Belange auf der Grundlage der Störfallverordnung von mehreren unabhängigen Sachverständigen geprüft. Gegenstand der Prüfung waren auch die Sicherheitsabstände zu benachbarten Betrieben und zur Wohnbebauung.

Die Gutachten sind zu dem Ergebnis gekommen, dass die Anlagen dem heutigen Stand der Sicherheitstechnik entsprechen und dass im Falle eines als unwahrscheinlich zu betrachtenden Störfalles die Störfallauswirkungen durch die störfallbegrenzenden Maßnahmen wirkungsvoll reduziert werden. Die Gutachter schließen eine Explosion der Lagerhallen wie im niederländischen Enschede völlig aus.

Aufgrund von Auswertungen von Bränden bei vergleichbaren Lägern ist bekannt, dass die gelagerten pyrotechnischen Gegenstände abbrennen und hierbei nur einzelne Gegenstände explodieren können. Die Explosionsauswirkungen sind jedoch gering und beschränken sich auf einen engeren Umkreis und stellen keine bedeutsame Gefahr dar, weil nicht alle Gegenstände gleichzeitig explodieren. Eine Gefährdung der Öffentlichkeit kann allenfalls durch die entstehenden Brandgase, vergleichbar wie bei jedem größeren Brand, gegeben sein.

Zu drei: Das Lager wird mindestens alle drei Jahre von einem besonders dafür zugelassenen Sachverständigen sicherheitstechnisch überprüft werden. Da die Inbetriebnahme des Lagers im Jahr 1999 stattfand, erfolgte die letzte Abnahme durch den Sachverständigen im Dezember 1999. Die nächste regelmäßige Sachverständigenüberprüfung wird daher im Jahr 2002 stattfinden.

Aufgrund der im Mai dieses Jahres in Kraft getretenen novellierten Störfallverordnung ist unabhängig davon eine jährliche Vor-Ort-Inspektion vorgeschrieben, die vom Gewerbeaufsichtsamt beziehungsweise im Namen des Gewerbeaufsichtsamtes durch einen beauftragten Sachverständigen vorgenommen werden wird. Das Gewerbeaufsichtsamt wird über diesen vorgeschriebenen Zyklus hinaus das Lager in unregelmäßigen Abständen zirka zweimal jährlich überprüfen. Der Termin der Überprüfung wird aus nahe liegenden Gründen nicht angekündigt. Es ist jedoch sinnvoll, die Überwachungstermine in die Zeit der höchsten Auslastung des Lagers zwischen August und Dezember zu legen.

Die Feuerwehr war an dem Genehmigungsverfahren beteiligt. Ihr liegt ein professionell erstellter, aktuell gehaltener Einsatzplan für das Objekt vor. Im Einsatzfall ist eine Lagerliste, aus der sich das Lagergut ergibt, an zentraler Stelle im Eingangsbereich für die Feuerwehr zugänglich.

Die Umsetzung der materiellen Anforderungen auf der Grundlage der novellierten Störfallverordnung wird im Rahmen der vorgesehenen Übergangsfristen für bestehende Anlagen erfolgen. Hierzu zählt unter anderem die Information der Öffentlichkeit. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Wulff!

Abg. Frau Wulff (SPD): Ich habe noch eine Zusatzfrage, Frau Senatorin! Wie wird vorgegangen, wenn sich neue Betriebe zum Beispiel im Umfeld dieses Werkes ansiedeln möchten? Mir ist aus der Ortskenntnis bekannt, dass sich dort im Jahr 2000 eine Tankstelle angesiedelt hat in zirka 200 Metern Entfernung. Die Sorge der Anwohner, die auch an mich herangetragen worden ist, ist eben, dass es möglicherweise auch zu Kettenreaktionen kommen kann, dass gar nicht einmal die Gefährdung von dem Werk selbst ausgeht, sondern möglicherweise von Kettenreaktionen im Umfeld. Ich hätte gern gewusst, da ich mich nicht so genau im Immissionsschutzgesetz auskenne, inwieweit jetzt bei Neuansiedlung von Betrieben im unmittelbaren Umfeld auch geprüft wird, wie die Gefahren einzuschätzen sind.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Ich muss Ihnen nach meiner jetzigen Einschätzung eine Antwort geben, weil ich in der Tat jetzt nicht weiß, ob es für Unternehmen wie die von Ihnen genannten andere Sicherheitsabstände geben muss. Wenn ich die Sachverständigen richtig verstanden habe, wie ich es Ihnen eben auch vorgetragen habe, ergibt sich

da keine Flächenausbreitung, falls es zu Feuer durch einzelne Silvester- oder Kleinstfeuerwerksartikel kommt, so dass aus meiner jetzigen, aber unfachlichen Einschätzung eigentlich die Gefährdung nicht gegeben sein könnte. Ich will dem aber gern noch einmal nachgehen, weil es ein so sensibles und sicherlich auch nach den Vorkommnissen in Enschede auch mit hohen Emotionen besetztes Thema ist, dass ich glaube, dass man da sehr präzise Antworten geben sollte. Insofern würde ich Ihnen das gern nachreichen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Wulff (SPD): Frau Senatorin, wären Sie bereit, einen Plan, der mir von Anwohnern dort aufgestellt worden ist, mit einer Beschreibung der einzelnen Betriebe, die in den drei Straßenzügen dort vorhanden sind im Umfeld dieses Lagers für Feuerwerksartikel, an sich zu nehmen und noch einmal in Ihrem Hause überprüfen zu lassen, wie sich die aktuelle Gefährdungslage darstellt?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte. Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Selbstverständlich!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wulff** (SPD): Noch eine letzte Frage! Gedenkt der Senat, auch in dieser Sache Öffentlichkeitsarbeit zu machen für die unmittelbaren Anwohner dort, denn sie machen sich natürlich aufgrund der Katastrophe in Enschede Gedanken und Sorgen? Von daher die Frage: Planen Sie dort Öffentlichkeitsarbeit seitens des Senats, um jetzt auch über die Form der Kontrollen aufzuklären, die dort durchgeführt werden? Das würde ja sicherlich zur Erleichterung beitragen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Frau Senatorin!

Senatorin Wischer: Es gibt einmal, das habe ich Ihnen eben vorgetragen, im Rahmen der Überprüfungen dann auch eine Öffentlichkeit. Ich will aber Ihre Anregung gern aufnehmen, dass man unabhängig davon vielleicht das, was ich Ihnen hier vorgetragen habe, auch noch einmal vor Ort öffentlich macht.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor.

Die siebte Anfrage trägt den Titel "Personalsituation Ortsamt Neustadt/Woltmershausen". Die Anfrage ist unterschrieben von den Abgeordneten Frau Wangenheim, Frau Möbius, Kleen, Böhrnsen und Fraktion der SPD.

Ich bitte die Fragestellerin, die Anfrage vorzutragen!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Wir fragen den Senat:

Erstens: Ist dem Senat bekannt, dass die prekäre Personalsituation nach wie vor besteht?

Zweitens: Wie will der Senat sicherstellen, dass das Ortsamt die Leistungen nach dem Ortsgesetz für Beiräte erbringen kann, wie Durchführung von Sitzungen, Protokolle, Umsetzung der Beschlüsse et cetera?

Drittens: Nach welchen Kriterien erfolgt die Personalbemessung der Ortsämter?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zur Beantwortung erhält das Wort Herr Senator Dr. Schulte.

Senator Dr. Schulte: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für den Senat beantworte ich die Anfrage wie folgt:

Zu Frage eins: Dem Senat ist die Personalsituation im Ortsamt Neustadt/Woltmershausen bekannt.

Zu Frage zwei: Der Senator für Inneres, Kultur und Sport hat in Reaktion auf die durch Personalabgänge absehbar schwierige Personalsituation im Ortsamt Neustadt/Woltmershausen reagiert und schon seit einigen Wochen eine Verstärkung durch das Ortsamt Schwachhausen/Vahr angeordnet. In der achten Sitzung der städtischen Deputation für Inneres wurde darauf hingewiesen, dass die gefundene Lösung nicht die erwartete Entlastung herbeigeführt hat.

Zu Frage drei: Die Personalbemessung im Arbeitsbereich "Beiräte" der Ortsämter richtet sich nach den im Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter festgelegten Aufgaben sowie der Anzahl der zu betreuenden Beiräte. - Soweit die Antwort des Senats!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Sie helfen mir nicht viel weiter, da ich sie von vorgestern finde. Ist dem Senat bekannt, dass ab 14. Juni nur noch der Ortsamtsleiter und seine Stellvertreterin für die Beiratsbetreuung zuständig sind?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Frau Abgeordnete, ich sagte schon, dass mir die dramatische Situation im Ortsamt Neustadt/Woltmershausen bekannt ist. Wir haben deshalb, wie ich eben schon angekündigt und dargestellt hatte, versucht, eine Personalumsetzung vorzunehmen. Dass sie nicht gegriffen hat, ist erst vor ganz kurzer Zeit erkannt worden, und jetzt müssen wir nach anderen Lösungen suchen. Sie können daraus aber ersehen, dass wir versucht haben, dem Ortsamtsleiter mit einer anderen Personalstelle zu helfen, dass dieses Problem erkannt und auch nach Lösungen gesucht worden ist.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Gut, dann ist Ihnen also bekannt, dass die Abordnung der Bürogehilfin seit dem 31. Mai zu Ende ist?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Mir ist mitgeteilt worden, dass es dort nicht die Lösung gegeben hat, von der sich alle Seiten eine Hilfe für die Problematik erwünscht hatten.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Wie stellen Sie sich die Arbeit des Ortsamtes Neustadt/Woltmershausen mit nur zwei Personen für die kommunalpolitische Arbeit vor?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Frau Abgeordnete, das ist eine berechtigte Frage. Ich teile Ihre Sorge, ich teile auch die Sorge bezüglich der Arbeitskapazität der zukünftigen Beiratsarbeit. Ich muss allerdings auch anfügen, dass in ähnlichen anderen Beirats- und Ortsamtsbereichen auch Personalproblematiken bestehen.

(Unruhe)

Gerade deshalb, meine Damen und Herren, sind wir ja dabei, das ganze Strukturbild der Ortsämter neu zu überdenken. Diese Diskussion beschäftigt uns seit einem halben Jahr, und wir müssen zu einer Lösung kommen, damit die Beiräte ordnungsgemäß arbeiten können. Das ist vollkommen richtig!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Herr Senator, sind Sie der Meinung, dass alle gesetzlich vorgeschriebenen Beteiligungsrechte des Beirates und der Bürger wahrgenommen werden können? Zum Beispiel steht ja in der Neustadt jetzt die Umsetzung der Planungsverfahren zur A 281 an. Können sie das mit zwei Personen weiterhin bewältigen?

(Abg. Brumma [SPD]: Der Senator hilft aus!)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Ich kann Ihnen bestätigen, dass die Situation gerade im Ortsamtsbereich Neustadt/Woltmershausen dramatisch ist, und ich kann Ihnen auch bestätigen, dass wir dringend Lösungen suchen müssen. Ich muss Ihnen nur die gleiche Enttäuschung bereiten, wie ich sie in der Deputation für Inneres Ihrer Kollegin Frau Möbius bereitet habe, die dort schon nachgefragt hatte, dass ich zurzeit keine Lösung sehe. Ich hatte mich sehr darauf verlassen, dass die eben angedeutete Lösung der Personalhilfe von Schwachhausen/ Vahr greifen würde. Sie hat nicht gegriffen, jetzt müssen wir nach anderen Lösungen suchen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Wie geht es denn weiter? Wie wollen Sie auch Bürgerengagement fördern, davon reden wir ja so viel, wenn wir die Bürger, die sich jetzt ehrenamtlich zur Verfügung stellen, Kommunalpolitik zu machen, so damit abwürgen? Wie soll das weitergehen?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Frau Abgeordnete, ich darf wiederholen, dass wir an allen Stellen, nicht nur im Ressort des Senators für Inneres, Kultur und Sport, große Personalprobleme haben. Wir haben Probleme im Ausländeramt, wir haben Probleme im Stadtamt, wir haben große Probleme in anderen Ortsämtern. Ich teile Ihre Sorge, dass das möglicherweise zu Lasten der kommunalpolitischen Arbeit vor Ort geht, darum müssen wir gemeinsam nach Lösungen suchen. Ich kann Ihnen nur bestätigen, dass die Problematik erkannt ist, ich kann Ihnen aber heute keine Lösung anbieten.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Kauertz!

Abg. Frau **Kauertz** (SPD): Herr Senator, ich gehe auf den Anfang Ihrer Antwort ein und frage deshalb noch einmal ganz klar: Wollen Sie hier tatsächlich ein Loch stopfen, indem Sie an einer an-

deren Stelle, hier im Bereich Schwachhausen/ Vahr, gleichzeitig eines aufreißen? Soll das die Lösung sein? Ist das die politische Antwort?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Nein, Frau Abgeordnete, das war eine Lösung, die von den Ortsamtsleitern im Rahmen einer Hilfestellung selbst erarbeitet worden ist. Es ist doch nicht der Senator, der eine Personalstelle von X nach Y verschiebt. Das bitte ich hier doch wirklich einmal deutlich zu machen!

(Beifall bei der CDU)

Ich muss sagen, die Solidarität und die Kollegialität der Ortsamtsleiter ist eine ganz vorzügliche Sache. Sie haben sich gemeinsam hingesetzt und überlegt, wie sie das regeln können. Sie haben diesen Weg gefunden, den wir alle für gut hielten. Jetzt hat sich herausgestellt, dass der Weg nicht vernünftig gangbar ist, weil es dort offensichtlich Probleme gibt, auf die ich jetzt nicht näher eingehen will. Ich kann aber sagen, die Kollegialität der Ortsamtsleiter wird auch zukünftig greifen. Alles, was ich von meinem Haus aus tun kann, werde ich tun, um das zu unterstützen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau Kauertz (SPD): Zur Kollegialität der Ortsamtsleiter! Ich verweise in diesem Zusammenhang auf ein Schreiben vom Ortsamt Schwachhausen/Vahr vom 26. Mai, das Ihnen sicher bekannt ist, in dem der zuständige Ortsamtsleiter sehr deutlich macht, dass in seinem Haus alle Möglichkeiten der Arbeitsoptimierung ausgelotet wurden und dass keine weiteren Möglichkeiten gesehen werden, anderen Ämtern im Rahmen von Abordnungen oder Versetzungen zu helfen. Er weist darauf hin, dass sich nach seiner Kenntnis diese Situationen in den anderen innerstädtischen Ortsämtern, die alle bereits für mehrere Beiräte und Stadtteile zuständig sind, ähnlich darstellen. In diesem Zusammenhang frage ich dann noch einmal: Wie will der Senat sichersteldass beispielsweise hier das Ortsamt Schwachhausen/Vahr die Leistungen nach dem Ortsgesetz für Beiräte erbringen kann, vor allem vor dem Hintergrund, dass wir darüber reden, dass die Rechte der Beiräte gestärkt werden sollen und sie dann für ihre Arbeit natürlich auch die Unterstützung haben müssen?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Frau Abgeordnete, ich möchte noch einmal wirklich deutlich machen: Der Senat ist bemüht, im Rahmen seiner Gesamtver-

antwortung für die kommunale Mitwirkung in den Ortsämtern und in den Beiräten eine Lösung zu finden, die für alle Stadtteile unserer Stadt gleichermaßen eine gute Lösung ist. Deshalb hat der Senat im Rahmen einer Staatsräterunde entschieden, nach Möglichkeiten zu suchen, wie wir das Thema Bürgerämter, Weiterentwicklung der Ortsämter in die Wege leiten können. Diese Arbeitsgruppe ist intensiv dabei zu beraten. Parallel dazu gibt es auch eine Arbeitsgruppe von Fraktionen dieses Hauses, die ebenfalls gemeinsam dabei sind, parlamentarisches Know-how und parlamentarische Einflüsse in dieses Gesamtkonzept einzubringen. Wir müssen daran arbeiten, dass diese beiden Arbeitsgruppen möglichst rasch zu einem Ergebnis kommen, damit wir zu befriedigenden Lösungen kommen, statt im Vorweg hier und da Löcher zu stopfen, die dann genauso unbefriedigend sind - ich teile da ja Ihre Sorge - wie das, was wir in diesem Fall erlebt haben.

Der Senat tut alles, um der Problemlage Rechnung zu tragen, die jetzt im Augenblick nur das Thema Neustadt/Woltmershausen betrifft, die aber morgen ein anderes Ortsamt betreffen kann, denn auch dort werden Personalstellen möglicherweise knapper werden. Wir müssen die Grundversorgung sicherstellen, damit die kommunale Arbeit der Beiräte gewährleistet ist. Es ist meine volle Überzeugung, dass wir das sichern müssen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte, sehr!

Abg. Frau **Kauertz** (SPD): Herr Senator, es stellt sich die Frage, ob Sie die Lösung finden, bevor die Ortsämter ausgetrocknet sind und sich damit vielleicht die Problematik nicht mehr so stellt, oder ob Sie die Lösung ebenso wie wir eigentlich darin sehen, dass die notwendigen Stellen nicht durch Verschiebung und ständiges Löcherreißen passieren kann, sondern ganz konkret durch Wiederbesetzung dieser notwendigen Stellen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Frau Abgeordnete, das ist sicherlich richtig, was Sie sagen. Auf der anderen Seite haben wir auch in den Ortsämtern wichtige bevölkerungsorientierte Verwaltungsaufgaben zu erfüllen, wenn wir einmal die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sehen, die dort für die Sozialhilfe zuständig sind, die für die Wohnungsfragen zuständig sind, für das Meldewesen. Die können wir dort nicht abziehen, weil sie für die Verwaltungsarbeit vor Ort genauso wichtig sind. Das heißt, ich kann da nicht einfach jonglieren, aus diesen Feldern

Personal abziehen, und ich kann auch keine neuen Leute einstellen, weil ich dazu im Augenblick nicht das Geld habe. Wir müssen zu Lösungen kommen, die ich nur, wie ich schon einmal gesagt habe, in der Fortsetzung der Arbeit dieser beiden Arbeitsgruppen sehe, die zurzeit laufen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Dr. Mathes!

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, würden Sie mir zustimmen, dass die Festsetzung dessen, was sich jetzt an katastrophaler Situation abspielt, natürlich auch mit den Haushaltsfestlegungen festgeschrieben und bestimmt ist? Würden Sie mir in dem Zusammenhang erklären, wie das dort interfraktionell diskutiert wurde?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Was interfraktionell diskutiert wird, Frau Abgeordnete, darf ich Sie bitten, vielleicht selbst zu erkunden. Ich darf Ihnen hier nur die Meinung des Senats vortragen!

(Abg. Frau Dr. Mathes [Bündnis 90/Die Grünen]: Im Senat!)

Die Meinung des Senats ist sehr wohl die, dass wir Sorge tragen müssen, dass die wichtige kommunalpolitische Arbeit vor Ort in den Beiräten auch organisiert und durchgeführt werden kann. Ich bin sehr engagiert dafür, dass die Beirätearbeit eine sehr wertvolle Arbeit vor Ort ist und gesichert sein muss. Ich kann Ihnen aber jetzt, genau wie den anderen Kolleginnen, die eben Fragen gestellt haben, zum heutigen Tag keine befriedigende Antwort anbieten.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte, Frau Möbius!

Abg. Frau Möbius (SPD): Herr Senator, wie Sie eben schon richtig bemerkt haben, hatte ich in der letzten Deputationssitzung diverse Fragen zu der Personalsituation im Ortsamt Neustadt/Woltmershausen gestellt. Unter anderem, nachdem wir zu keiner besonders befriedigenden Lösung gekommen sind, machte ich den Vorschlag, ob es denn nicht möglich sei, dort eine befristete Stelle einzusetzen, die dann, sofern dann dieses Reformprogramm, das wir uns alle gemeinsam vorgenommen haben, greift, bis zu diesem Zeitpunkt eine Entlastung sein könnte. In dem Zusammenhang würde mich interessieren, wieweit Ihre Gedanken dahin gediehen sind, weil Sie nämlich diesen Vorschlag sehr wohlwollend aufgenommen haben. Es ist ja nun schon eine Weile her, und es könnte ja

sein, dass es jetzt schon zu irgendwelchen Konsequenzen gekommen ist.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Frau Abgeordnete, ich habe in der Tat diesen Gedanken aufgenommen. Man muss allerdings den Zeitkorridor betrachten, den wir in Bezug auf die Arbeitsgruppen, von denen ich eben gesprochen habe, zur Verfügung haben. Ich habe aber in der Tat diesen Gedanken zur Prüfung gegeben.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Möbius** (SPD): Ich weiß zwar nicht, ob es in diesem Zusammenhang richtig ist, aber trotzdem würde mich einmal interessieren, ob Sie als Senator auch eine Fürsorgepflicht gegenüber Ihren Mitarbeitern in der Behörde haben.

(Beifall bei der SPD)

Wenn es denn so sein sollte, möchte ich darauf hinweisen, dass der Ortsamtsleiter und seine Stellvertreterin, die jetzt ja auch in Urlaub geht und die auch des Öfteren krank war, an die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit gestoßen sind. Dann würde mich interessieren, wie Sie, wenn es denn so ist, dass Sie eine Fürsorgepflicht haben, es uns hier jetzt erklären wollen, wie Sie damit aktuell umgehen möchten!

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie teilen die Sorgen!)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Frau Abgeordnete, Sie machen mich auf meine Fürsorgepflicht aufmerksam. Die sehe ich, und darum empfinde ich diese Situation auch als sehr quälend. Daneben habe ich auch eine Fürsorgepflicht gegenüber vielen anderen Bediensteten in vielen anderen Ämtern meines Ressorts.

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Dafür sind Sie ja Senator!)

Das ist vollkommen richtig, und ich muss auch diese Sorge tragen. Das alles schließt nicht aus, dass ich zurzeit, nachdem der eingeschlagene Weg nicht mehr tragbar gewesen ist, im Augenblick keine andere Lösung habe. Ich möchte noch einmal wiederholen, dass wir mit dieser Verschiebung einer Stelle von Schwachhausen/Vahr nach Neustadt gedacht haben, eine vernünftige Lösung gefunden zu haben, gerade aus der Sorge he-

raus, dass wir helfen müssen, und wir nun überrascht waren, dass dies eben nicht greift,

(Abg. Frau Möbius [SPD]: Das haben wir ja schon einmal gehört!)

ich wiederhole mich jetzt, aber das soll Ihnen deutlich machen, dass wir sehr wohl nicht dasitzen und nur einfach Däumchen drehen, sondern an Lösungen interessiert sind, die auch tragen.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Frau **Möbius** (SPD): Ich habe noch eine weitere Zusatzfrage. Sie haben gesagt, wir müssten nach einer Lösung suchen, die auch tragfähig sei. War Ihnen bekannt bei der Umsetzung der Stelle aus dem Ortsamt Schwachhausen/Vahr, dass das eine Besetzung ist mit einer Stelle, die nach BAT VIII bezahlt wird, und dass die Person im Grunde genommen in keiner Weise mit Aufgaben betraut worden ist in ihrem Ortsamt, die Zuarbeit für Beiratsarbeit ausmachen würde?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Ich muss wirklich sagen, Frau Abgeordnete, ich bemühe mich schon sehr intensiv und sehr detailliert, Vorgänge nachzuvollziehen, die in meinem Hause passieren. Nur, wenn hier zwei Ortsamtsleiter gemeinsam eine Verabredung treffen und diese betreffende Dame für geeignet halten, dann brauche ich nicht hinterher zu recherchieren.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Möbius [SPD]: Herr Fischer greift natürlich nach jedem Strohhalm! Ich habe noch eine Frage, oder, nein, ich lasse es lieber!)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. Pflugradt (CDU): Herr Senator, sind Sie bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass die Schwierigkeiten, die Sie jetzt haben, eine Folge der PEP-Quoten sind? Sind Sie weiter bereit, zur Kenntnis zu nehmen, dass der Senat einstimmig keine Herausnahme der Ortsämter aus den PEP-Quoten beschlossen hat, dass weiterhin die beiden Koalitionsfraktionen keinerlei Anträge gestellt haben, die Ortsämter aus den PEP-Quoten herauszunehmen, dass auch die Opposition keinen Antrag gestellt hat, die Ortsämter aus den PEP-Quoten herauszunehmen, dass gleichwohl die Arbeitsgruppen, die Sie erwähnt haben, daran arbeiten, das Problem zu lösen, und auch einige Fragestellerinnen und Fragesteller daran beteiligt sind?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Herr Abgeordneter, ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie mich das fragen, weil ich ja weiß, dass unter Ihrer Federführung diese Arbeitsgruppe tagt. Es ist in der Tat so, dass die Ortsämter und die Mitarbeiter für diesen beiratsbetreuenden Bereich aus der PEP-Quote nicht herausgenommen sind und dass dies eine Entscheidung ist, die das Parlament insgesamt zu treffen hat. Deshalb kann ich von mir aus allein keine bessere Lösung anbieten.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Dr. Güldner!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Ich beziehe mich auf die Antwort des Senats zu Frage drei, die Sie vorhin gegeben haben. Da sagen Sie: "Die Personalbemessung im Arbeitsbereich 'Beiräte' der Ortsämter richtet sich nach den im Ortsgesetz über Beiräte und Ortsämter festgelegten Aufgaben sowie der Anzahl der zu betreuenden Beiräte." Was würde das denn für das in Frage stehende Ortsamt Neustadt/Woltmershausen in der Personalstärke nach dieser gesetzlichen Vorgabe heißen? Wie viel Personal müsste da denn gesetzlich beschäftigt werden?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Herr Abgeordneter, wir müssen uns in der Tat, wenn wir das konsequent zu Ende denken, was der Abgeordnete Pflugradt gefragt hat, überlegen, ob wir nicht das Gesetz über Beiräte und Ortsämter neu fixieren, um hier zu einer Klarstellung zu kommen, die die Tragfähigkeit sicherstellt. Gerade weil wir das jetzt noch nicht können, müssen wir daran arbeiten, dass wir so schnell wie möglich in die Lage versetzt werden, dass wir das tun können.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Zusatzfrage? - Bitte sehr!

Abg. **Dr. Güldner** (Bündnis 90/Die Grünen): Gehe ich erstens recht in der Annahme, dass das Gesetz im Moment noch gilt und noch nicht verändert worden ist? Zweitens steht die Antwort auf meine Frage ad eins noch aus!

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Ich kann Ihnen diese Frage jetzt, was genaue Kopfzahlen betrifft, nicht beantworten. Das will ich Ihnen gern bei der nächsten Deputationssitzung nachreichen! Das kann ich gern tun.

(Abg. Dr. Güldner [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber das Gesetz gilt noch?)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Eine weitere Zusatzfrage des Abgeordneten Zachau!

Abg. **Zachau** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Senator, stimmen Sie mit mir überein, dass die PEP-Quote nicht zwingend sagt, dass in allen Dienststellen gleichmäßig abgebaut werden muss, sondern dass es die politische Aufgabe eines Senators ist, im Rahmen der von ihm mitbeschlossenen Eckwerte auch zu gestalten und auch die Schwerpunkte zu setzen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Herr Abgeordneter, ich habe in der Tat im Rahmen der Festlegung, wo ich die PEP-Quote ansetze, Spielräume. Aber bei der dramatischen Situation, die auch andere Ressorts betrifft, muss ich auswählen. Ich kann nicht das Standesamt weiter herunterfahren, wir brauchen auch geschlossene Ehen und müssen sehen, dass unsere Bevölkerung nicht schrumpft. Ich muss sehen, dass im Stadtamt die Arbeit weiter läuft, ich muss beim Ausländeramt darauf achten, dass wir die wichtigen Einbürgerungsarbeiten erledigen können, die heute Morgen zur Rede standen. Da würde sofort die Kritik von Ihnen kommen, wenn wir diese Arbeit nicht zügig erledigen würden.

Das heißt, ich muss sicherstellen, dass auch die gesetzlich vorgeschriebenen Maßnahmen ordnungsgemäß und konsequent umgesetzt werden müssen. Im Rahmen dieser politischen Bemessungsfreiheit, die ich habe, habe ich allerdings auch meine Verwaltung angewiesen, so zu verfahren, wie es jetzt der Fall ist.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Eine weitere Zusatzfrage der Abgeordneten Frau Wangenheim!

Abg. Frau **Wangenheim** (SPD): Es tut mir ja Leid, aber ich finde, das Ortsamt Neustadt hat seine PEP-Quote ja nun weiß Gott erfüllt. Von daher, wie handeln Sie, außer dass Sie mir hier mitteilen, dass Sie keine Lösung haben?

Vizepräsident Dr. Kuhn: Bitte, Herr Senator!

Senator Dr. Schulte: Frau Abgeordnete, mir tut es ja auch Leid, dass Sie bei mir Antworten herauskitzeln möchten, die ich Ihnen nicht anbieten kann.

(Abg. Frau Wangenheim [SPD]: Die erwarte ich eigentlich von einem Senator!)

Wenn ich hier jetzt nicht in einem hohen Haus stehen würde, würde ich sagen: Einem nackten Mann kann man nicht in die Tasche greifen! Es ist in der Tat so, wie Sie sagen. Ich stehe nicht anheim, dass wir die Lösung nur dann finden können, wenn wir diese beiden Arbeitsgruppen zu einem sachgemäßen Ende führen und zu einer Neuregelung der Gesamtstruktur kommen. Dann, glaube ich auch, werden wir es schaffen, personell zurechtzukommen. Das ist die einzige Lösung, die ich Ihnen anbieten kann.

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Zusatzfragen liegen nicht vor. Vielen Dank, Herr Senator!

Damit ist allerdings auch die Zeit für die Fragestunde verstrichen.

Die restlichen Anfragen werden schriftlich beantwortet.

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Abgeordneten Dr. Güldner, Frau Dr. Trüpel, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen folgendes Thema frist- und formgerecht eingebracht worden:

Senatsvorlage zur Entwicklung der Hafengebiete rechts der Weser - alter Streit ohne neue Perspektiven für die Stadt am Fluss

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer, ihr beigeordnet Staatsrat Dr. Färber.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Für meine Fraktion Bündnis 90/Die Grünen besteht die Stadt am Fluss in Bremen nicht nur aus einem lauen Sommerabend an der Schlachte in einem der attraktiven Biergärten. Die Stadt am Fluss Bremen zieht sich von Mahndorf bis nach Blumenthal wie die Weser durch die ganze Stadt. Das zum Zentrum der Bremer Stadtentwicklung zu machen ist Ziel der Grünen, solange wir im Parlament sind, seit 1983,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

und hat sich Schritt für Schritt ja offensichtlich in den Köpfen der Stadtplaner und der Politiker der anderen Fraktionen festgesetzt.

Ein erheblicher Teil dieser Stadt am Fluss liegt im Augenblick noch versteckt hinter weitgehend brach gefallenen Verkehrsanlagen, untergenutzten gewerblichen Anlagen in den alten Hafenrevieren rechts der Weser. Fünf Kilometer an der Weser entlang, rund 300 Hektar Gelände, sechsmal so groß wie die Bremer Innenstadt, stehen dort zur Verfügung und könnten für die Entwicklung Bremens als Stadt am Fluss genutzt werden.

Andere Städte in Europa haben uns das vorgemacht. Hamburg plant im Moment eine Hafencity, ausgehend von der Innenstadt die Elbe entlang, mit großem Aufwand, großen öffentlichen Wettbewerben, großen Ausstellungen und großer Nachfrage. Da zeigt eine Stadt, wie sie sich künftig entwickeln kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das kann auch für Bremen Vorbild sein. Vor der Bürgerschaftswahl vor zwei Jahren fing eine öffentliche Debatte hier in der Stadt an, dass auch Bremen dem Hamburger Vorbild oder auch dem Vorbild anderer Städte folgen könne und die Stadt am Fluss in den alten Hafenrevieren weiterentwickle. Der Streit war heftig und öffentlich. Es hat viele Veranstaltungen gegeben und viele Diskussionen, und sie sind vor der Wahl mit der Zusage des Bürgermeisters Henning Scherf beendet worden, er werde die verschiedenen Interessen unter einen Hut bringen. Ich nenne sie hier schon einmal. Die verschiedenen Interessen waren: gewerbliche Entwicklung und vielleicht sogar weitere hafennahe Nutzung einerseits und Wohnbebauung in den alten Hafenrevieren andererseits, insbesondere an der Weserseite und an den Hafenhecken

Dieses Versprechen stand vor der Wahl im Raum. Nach der Wahl 1999 wurde das Problem hinter die Türen des Senats weggesschlossen. Eine Arbeitsgruppe aus verschiedenen Ressorts und einem Beratungsunternehmen arbeitete, eine dieser vielen Lenkungsgruppen des Senats, die ja immer aus den gleichen Staatsräten bestehen. Die müssen übrigens Tag und Nacht mit Beiräten, mit Häfen, mit weiß ich nicht was, zusammensitzen und lenken und lenken.

Auf jeden Fall wurde das Problem für über ein Jahr weggeschlossen. Für den Februar wurde uns ein Konzept angekündigt, dann wurde es auf März verschoben. Jetzt wurde zum 15. Mai eine Senatsvorlage erarbeitet, ausgesetzt, überarbeitet zum 6. Juni, der ist nun auch vorbei. Wir konnten

am letzten Freitag in der Zeitung lesen, man sei sich noch nicht ganz, aber doch im Wesentlichen einig. Ich komme darauf gleich noch einmal, meine Damen und Herren.

Allein dieser Prozess, den der Senat jetzt mit einem Entwicklungskonzept abschließen will, ein ungefähr fünfzigseitiges Konvolut, das diese Lenkungsgruppe dem Senat vorgelegt hat, ist ein Prozess, der unseres Erachtens so nicht fortgeführt werden kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Er ist nämlich heimlich und nicht öffentlich! Hier geht es um ein zentrales Projekt der Bremer Stadtentwicklung, und das ist ein Projekt, das man nicht wegschließen kann, sondern das man der Öffentlichkeit zeigen muss, öffentlich diskutieren und sich nicht auf öffentliche Auseinandersetzungen darum einlassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Die Senatsvorlage sagt: "Der Senat beschließt und leitet es der Bürgerschaft zur weiteren Beschlussfassung zu." Er meint dieses Entwicklungskonzept, das heute eigentlich noch keiner kennt. Es ist richtig, dass die Bürgerschaft darüber beraten und beschließen soll, was aber vorgeschaltet werden muss.

Einer der Gründe, warum wir diese Aktuelle Stunde heute beantragt haben, ist, dass wir vorher, bevor wir uns hier in der Bürgerschaft abschließend damit befassen, eine öffentliche Debatte mit Experten, mit den Bremer Bürgern, die davon betroffen sind - es sind ihre Grundstücke -, über dieses Entwicklungskonzept führen, was hier doch überhaupt noch keiner kennt. Ich weiß nicht, Herr Focke kennt es ja vielleicht, meine Fraktion kennt es nicht, und ich nehme an, die meisten Sozialdemokraten auch nicht.

(Zuruf des Abg. Focke [CDU])

Herr Kollege Focke, ich kann Zeitung lesen! Außerdem glaube ich, dass das ja jetzt nur ein paar Ablenkungsmanöver sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir sagen, eine solche gravierende Veränderung der Stadtentwicklung ist etwas, das in die Öffentlichkeit gehört und nicht nur im Senat und hier in der Bürgerschaft diskutiert werden kann. Deshalb haben wir das hier auf die Tagesordnung gesetzt, um das noch einmal klar zu machen, dass das hier nicht einfach so unter uns einmal schnell alles

beschlossen wird, und dann ist alles in guten Schuhen.

Sie haben ein Jahr gebraucht, um das zu erarbeiten, und die Öffentlichkeit kann wenigstens ein paar Monate Zeit haben, das zu diskutieren. Deshalb schlagen wir dem Senat vor, denn der Senat ist Herr des Verfahrens, dass die Baudeputation und die Wirtschaftsdeputation öffentliche Anhörungen mit Experten, wozu Bremer Bürger eingeladen werden, zu diesem Thema machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Ich weiß, das scheuen Sie, weil Sie ja eben zu Recht an die öffentliche Debatte vor eineinhalb Jahren erinnert haben. Tatsache war nämlich, dass dabei herausgekommen ist, niemand hat sich mit den Vorstellungen des Wirtschaftsressorts richtig anfreunden können, die damals vorgelegt worden sind. Niemand hat sich deshalb damit anfreunden können, weil diese Vorstellungen ausschließlich davon ausgehen, dass der Kernpunkt des Hafenentwicklungskonzepts die Bestandsgarantie und die Weiterentwicklungsmöglichkeit der bestehenden Betriebe ist. Das ist der Kernsatz, wovon auszugehen ist, der schränkt jede Entwicklung, so wird es wenigstens interpretiert, der alten Hafengebiete ein.

Damals haben Sie einen Wettbewerb ausgeschrieben. Internationale und nationale Investoren, europaweit war das, haben hier Modelle, Pläne, Entwürfe vorgestellt. Sie alle fanden offensichtlich nicht die Gnade des Wirtschaftsressorts. Sie verschwanden in der Versenkung. Wenn es nicht ein Wettbewerbsrecht gegeben hätte, hätten Sie sich wahrscheinlich mit den Entwürfen der Bietergemeinschaften, die hier öffentlich diskutiert worden sind und die fast alle eine Mischnutzung von Wohnen, modernen Dienstleistungen und hochwertigem Gewerbe vorgesehen haben, überhaupt nicht weiter beschäftigt. Sie kamen darum nicht herum und müssen nun leider das Verfahren mit den Bietern doch zu Ende bringen, insofern sind die noch nicht ganz aus der Auseinandersetzung heraus.

Wie sieht so ein Entwicklungskonzept aus? Ich will Ihnen das einmal kurz zeigen. In einfacher Form ist das hier einfach so, das ist das Arbeitsergebnis.

(Heiterkeit bei der CDU)

Der neueste Stand ist nicht kompliziert, weil es einfach nur Kästchen sind, in denen sich irgendetwas entwickeln soll. Das ist ja auch in Ordnung so in einem Verkehrserschließungskonzept, mehr ist das im Grunde nicht, aber was sich in diesen Kästen entwickelt, ist das Entscheidende. Wenn man das Konzept liest und wenn man die Wirklichkeit kennt, dann weiß man, welche Flächen im Hafen frei sind.

Im vergangenen Jahr ist der Überseehafen zugeschüttet worden. Nun ist unglücklicherweise im Bereich des Überseehafens so gut wie kein Gewerbegebiet vorhanden und nichts, was sich weiter entwickeln und ausdehnen kann, so steht es wenigstens in der Konzeption. Null bis zehn Arbeitsplätze ist da die Dichte. Das ist wirklich ganz minimal, was in dem Bereich im Moment vorhanden ist.

Sie haben sicherheitshalber schnell zugeschlagen, der Senat hat beschlossen, da kommt der Großmarkt hin, obwohl es in der Stadt vielleicht auch andere Möglichkeiten gegeben hätte, ihn anzusiedeln. In Nachfolge soll auch die Firma Hameico, weil sie, wenn der Großmarkt da ist, erstens da hin muss und sonst aus Bremen abziehen würde, auch da hin. Damit haben Sie da plötzlich einen Gewerbebetrieb, und plötzlich, weil Sie einen Gewerbebetrieb ansiedeln, der noch gar nicht da ist, muss dieser sich auch entwickeln können, und deshalb kann da auch ganz plötzlich kein Wohngebiet mehr hin an diese Stelle, an der die Gutachter und die Investorengruppen vorgeschlagen hatten, bis zu 3000 Wohnungen zu bau-

Meine Damen und Herren, es war ein kluger Schachzug, haben Sie sich damals gedacht, so zu verhindern, was Sie einfach nicht wollten, dass die Entwürfe, die vorgeschlagen haben, Wohnungen dort zu bauen, auch realisiert werden können. Nun haben Sie das alles noch einmal untersucht in Ihrem Entwicklungskonzept, und was steht darin? Es steht darin, es könnten bis zu 2400 Wohnungen gebaut werden, sagt ein Gutachter. Dann kommen diese Staatsräte zu dem Ergebnis, nein, so viele nicht, vielleicht 1200, und schließlich kommen Sie ganz am Ende zu dem Ergebnis, aber weil da um die Ecke ietzt dieses so genannte Frischezentrum Nord mit Emissionen ist und der Holz- und Fabrikenhafen, der sich ja vielleicht auch einmal wieder weiterentwickelt, kann da überhaupt kein eigenständiges Wohnquartier gebaut werden.

So einfach macht man das, indem man die eine Entscheidung trifft, dann alle Gutachten so lange hin und her wälzt, obwohl die Gutachter die Frage viel vorsichtiger interpretieren, dass man schließlich sagt, es kann nicht sein, was nicht sein darf, und da darf dann auch nicht weiter über Wohnungen nachgedacht werden. So schlicht und einfach ist die Frage.

Wo sind die Zusagen von Bürgermeister Scherf, dass er hier Gewerbe und hochwertige Nutzung und Wohnungen miteinander versöhnen will und das Hafengebiet wirklich zu einem zukunftsfähigen und geldbringenden Stadtteil entwickeln will? Darum geht es ja, es geht ja auch um Geld, und Wohngrundstücke bringen natürlich beim Verkauf mehr Geld ein als Gewerbeflächen, und es ist ziemlich absurd, für 153 Millionen DM den Überseehafen zuzuschütten und hinterher dann noch einmal hochsubventioniert entweder neues Gewerbe anzusiedeln oder unter Umständen sogar nur Firmen aus dem Holz- und Fabrikenhafen dahin umsiedeln zu lassen mit Grundstückstausch. Das bringt dann gar nichts, meine Damen und Herren! Das sichert zwar den Bestand, aber es bringt gar nichts!

Das ganze Problem ist, dass diese Bestandssicherung an dieser Stelle eine heilige Kuh ist. Nebenan im Space-Park hat es nichts ausgemacht, für Millionen und Abermillionen Firmen abzuräumen und umzusiedeln. Hier, wo es nicht um den Space-Park geht, dessen Entwicklung sowieso fragwürdig ist, der letztlich ein Einkaufszentrum werden wird, was an anderer Stelle wiederum zu Einbußen führen wird, hier, wo es wirklich um zukünftige Entwicklung geht, sind Sie nicht in der Lage, der einen oder anderen Firma, die nicht unbedingt da sein muss, andere Entwicklungschancen anzubieten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Meine Damen und Herren, den Kern, um den es hier geht, hat heute die Handelskammer noch einmal in einer Presseerklärung öffentlich dargelegt. Die Entwicklungskonzeption liegt vor. Die Entwicklungskonzeption sagt, kein Wohnungsbau, höchstens einmal ein bisschen in der Nähe der Innenstadt in den Hafengebieten, keine andere Entwicklung als Gewerbe. Genau das ist die Position, die im Moment auch die Regierung vertritt. Der kleine Streit, ich komme nachher vielleicht noch darauf, den es noch zwischen SPD und CDU gibt, ist ein Streit, der eine Hintertür offen lassen soll.

Aber es geht gar nicht darum, sondern es geht im Kern darum, dass sich das Wirtschaftsressort hier durchgesetzt hat gegen eine Diskussion unter Experten, die vorher gelaufen ist, gegen eine Zusage des Bürgermeisters Scherf, gegen ein Versprechen der SPD-Fraktion, dass die alten Hafenreviere, so wie es jetzt vorgesehen ist, nicht die visionäre Zukunftsentwicklung für eine Stadt am Fluss sind, sondern ein neues Gewerbegebiet mit neuem Namen und alter Ausprägung.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Ich glaube, kein Gebiet in der Stadt oder im Land Bremen, das einer anderen Nutzung zugeführt werden sollte oder durch die Entwicklung eine andere Nutzung bekommen sollte, ist in dieser Stadt auf unendlich vielen Veranstaltungen so stark diskutiert worden wie dieses Gebiet, über das Sie gerade geredet haben, Herr Mützelburg.

(Beifall bei der CDU)

Ich habe viele Abende hier in der Langenstraße zugebracht und mir viele Veranstaltungen angehört, und ich weiß auch, dass es viele Gespräche mit Betrieben, mit den Anwohnern gegeben hat, die Beiräte sind daran beteiligt worden. Hier zu sagen, das wäre im verschlossenen Kämmerchen gemacht worden, ist schon ein bisschen weit hergeholt.

Wissen Sie, als wir diesen Titel für die Aktuelle Stunde sahen, haben wir erst einmal überlegt, warum Sie diese Aktuelle Stunde beantragt haben, es gibt doch eigentlich im Moment nichts. Witterten Sie irgendwie einen Dissens zwischen CDU und SPD oder zwischen den Häusern? Wenn es einen Dissens geben sollte, dann werden wir den koalitionär bereinigen, das ist ganz einfach. Dafür sind wir in einer Koalition, das habe ich gestern gesagt, das sage ich auch heute wieder. Das bekommen wir geklärt, wenn es Meinungsunterschiede gibt.

(Beifall bei der CDU)

Auch diese Geschichte mit dem eigenständigen Wohnquartier! Wenn Sie ein eigenständiges Wohnquartier vorsehen, wenn es überhaupt ginge, viele Gutachter zweifeln das an wegen Lärm, Geruch und solcher Dinge, die dort sind, dann müsste es eine bestimmte Größe haben, sonst würde es sich gar nicht tragen. Sie müssten dann auch eine soziale Infrastruktur, KTH und eine Grundschule bauen. Ich glaube nicht, dass sich so etwas dort rechnen würde, und das geht auch nicht.

Sie müssten solch ein Gebiet dann auch ganz anders an den ÖPNV anschließen. Da müssten Sie sich die Frage stellen, ob Sie nicht im Holzund Fabrikenhafen wieder eine Brücke bauen wollten, und dann ist die Nutzung des Holz- und Fabrikenhafens praktisch eingeschränkt, weil dann der seeschifftiefe Hafen nicht mehr so angelaufen werden kann. Dort findet Wertschöpfung

statt. Das haben Sie eben gar nicht gesagt. Sie sagen zu Recht, auf dem zugeschütteten Gelände Arbeitsplätze null bis zehn, natürlich, weil es zugeschüttet ist. Das ist kein Wunder.

(Beifall bei der CDU)

Aber sechseinhalbtausend Arbeitsplätze sind am Rand dieses Gebiets, und diese Arbeitsplätze brauchen wir jetzt und heute, und die wollen wir behalten und schützen.

(Beifall bei der CDU)

Da finden Sie die Christdemokraten ganz genau an der Seite des Bürgermeisters, der gesagt hat, diese Betriebe dort können sich auf einen Bestandsschutz verlassen, und diese Betriebe können sich arrondieren und ausdehnen, wenn sie es denn wollen. Das vertreten wir nach wie vor, und ich denke einmal, die Sozialdemokraten sind ihrem Bürgermeister da nicht entfernter als wir dem Bürgermeister in dieser Aussage.

Dass wir Hameico und den Großmarkt dort ansiedeln wollen und dass davon Geräusche ausgehen, dass das Lärm macht, weil es ein Gewerbe ist, das ist jedem klar. Ich möchte einmal den sehen, der viel Geld in die Hand nimmt und freiwillig neben einem Gewerbebetrieb in einem Wohngebiet eine Wohnung bezieht. Herr Mützelburg, gehen Sie doch einmal in das Heimatviertel und lassen Sie sich einmal von jemandem einladen, wenn die Firma, den Namen will ich nicht nennen, dort mit ihren Containern 25 Meter von der Terrassentür der Leute entfernt hantiert! Dann werden Sie erfahren, was dort für ein rebellischer Lärm herrscht! Die Wohnqualität dieser Anlage ist völlig auf null. Für diese Leute müssen wir in dem ganzen Zusammenhang etwas tun! Es wird aber kein Mensch mit viel Geld neue Wohnungen beziehen, wo Container vor der Tür vielleicht umgepackt werden, wo ein Sägewerk in der Nähe ist, das Tag und Nacht rund um die Uhr an 365 Tagen im Jahr arbeitet, und so werden die Firma Hameico und der Großmarkt wahrscheinlich auch laufen.

Wir müssen die Arbeitsplätze, die dort heute sind, sichern, sie müssen Bestandsschutz haben. Wie Arbeitsplätze in 15 oder 20 Jahren, so lange ist die ganze Entwicklung ja angelegt, das ist doch kein Plan, den wir in wenigen Monaten oder Jahren umsetzen werden, dann aussehen, das weiß ich heute nicht, das wissen Sie nicht, und das kann sicherlich keiner mit hinreichender Sicherheit beantworten.

Wenn es dort Menschen gibt, die sich auf irgendwelche Dienstleistungsgebäude ein Penthouse setzen wollen, dann sollen die es doch tun, wenn sie es wollen. Aber wir sollten das vorhandene und bestehende Gewerbe damit nicht beeinflussen. Es kann nicht sein, dass Vorhaben weniger Leute, die sich so etwas erlauben können oder wollen, dann im Rückschluss wieder Auswirkungen auf bestehende Gewerbebetriebe haben, dass die dort nicht mehr existieren beziehungsweise expandieren können. Das wollen wir als Christdemokraten nicht, das sage ich auch ganz eindeutig.

(Beifall bei der CDU)

Wenn wir mit dem Großmarkt und Hameico anfangen, dann ist völlig klar, dass auch die Verkehrsbeziehungen als erstes völlig neu geordnet werden müssen, denn wir haben auf der anderen Seite des Heerstraßenzuges einen Stadtteil, in dem zirka 30.000 Menschen leben. Die müssen mit dem neu zu schaffenden Gebiet dort auch ihren Frieden finden.

Wir wollen dort einen neuen Eingangsbereich haben, aber wir wollen von Anfang an, dass die Straßenverbindungen so gebaut werden, dass sich die Verkehrsunternehmen auch so einrichten können, dass sie begreifen, dass es neue Wege zu diesen neuen Arbeitsplätzen gibt, dass der Stadtteil nicht zusätzlich belastet wird. Das ist kein Geheimnis, das haben wir hier immer gesagt, und das sage ich heute auch wieder, und es ist eigentlich keine Aktuelle Stunde wert, finde ich.

Wir sind uns darüber einig, dass man mit Wohnen dicht an die City herangehen kann. Wenn Sie meine persönliche Meinung hören wollen, ich würde es nicht attraktiv finden, neben der Oldenburger Eisenbahn und neben der Oldenburger Hochstraße zu wohnen. Dort kann ich mir vieles in Richtung Kultur vorstellen. Als ich noch im Beirat war, gab es schon einen Antrag für ein Museum. Wer da wohnen will, kann es tun, aber so attraktiv finde ich die Ecke nicht.

Da finde ich die Ecke dort, wo es verfüllt ist, schon besser, aber da geht es nicht, weil wir dort eben die Betriebe sich ausdehnen lassen wollen. Eine Gefährdung der Betriebe wird mit uns nicht zu machen sein. Wenn Sie das als Dissens zwischen der Koalition erkannt haben wollen, dies ist keiner. Mein Kollege wird sich sicherlich gleich in ähnlicher Weise ausdrücken. - Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! In der Tat will der Senat am nächsten Dienstag ein Nutzungskonzept, einen Rahmenplan für die alten Hafenreviere verabschieden. Ich bin davon überzeugt, dass, wenn er verabschiedet ist und zur Diskussion steht, deutlich wird, hier die bestehenden Konflikte in einer Weise, und in der Vergangenheit bestand ein Konflikt, geklärt werden, wie sie der hochwertigen Entwicklung dieses Gebiets, der Sicherung des Bestands des dortigen Gewerbes und der Zukunftsgestaltung unserer Stadt nutzt.

In der Tat besteht vor diesem Hintergrund, Herr Kollege Mützelburg, Ihr letztes und einziges Problem offensichtlich noch darin, dass Sie eine öffentliche Befassung des Ganzen wollen. Das ist völlig richtig! Ich finde es aber erst einmal gut, dass der Senat hier diesen Planungsprozess beendet und etwas vorlegt. Dann kann man darüber diskutieren. Nun obliegt es nicht mir, Einladungen auszusprechen, aber ich kann ja die Information geben, die eigentlich bekannt sein müsste, dass am 20. Juni ein Stadtentwicklungsgespräch genau zu diesem Thema stattfindet. So werden wir die Öffentlichkeit herstellen, und natürlich wird es öffentliche Debatten um die konkrete Ausformulierung und Ausgestaltung dieses Konzepts geben müssen. Wenn das das Ziel der Aktuelle Stunde war, dann ist es in der Tat schon erfüllt.

Ich will aber doch auf einige inhaltliche Punkte dessen zu sprechen kommen, um das es hier geht. Erst einmal handelt es sich um ein Gesamtkonzept für das Areal vom Bereich des Stephanitors, also vom Faulenquartier, bis hin zum Space-Park. Dann handelt es sich, das ist durch die Presseberichterstattung bekannt, um eine Vorlage aller beteiligten Ressorts, und diese Vielseitigkeit kommt auch zum Ausdruck erstens durch eine Sicherung des Gewerbebestands, also ein Bestandsschutz, zweitens durch die Entwicklung eines zukunftsfähigen Verkehrskonzepts. Ich finde zum Beispiel den Vorschlag, die Straße Am Wall zu verlängern und damit eine direkte Anbindung des Gebiets zu realisieren, genauso richtig, wie dafür zu sorgen, dass über den Waller Ring keine Lkw-Verkehre in dieses Gebiet hineinfließen können. Das ist darin gewährleistet.

(Beifall bei der SPD)

Der dritte Punkt ist eine Konkretisierung der in diesem Hause beschlossenen Großmarktansiedlung, und der vierte Punkt, auf den ich hinweisen will, ist natürlich die Einleitung des Strukturwandels für dieses Gebiet zu einer hochwertigen Nutzung und einer Stärkung der Wertschöpfung. Dazu haben wir uns im Koalitionsvertrag als Koalitionsfraktionen verpflichtet, und daran werden wir uns auch

orientieren, und dieser Strukturwandel ist die Herkulesaufgabe in dem Zusammenhang.

Ich darf, auch wegen der öffentlichen Diskussion, an der Stelle sehr deutlich machen, dass wir als Sozialdemokraten natürlich eintreten für den Bestandsschutz der ortsansässigen Unternehmen und auch für ihre Entwicklungsmöglichkeiten. Das gilt für die Bereiche, die weiter vorn im Bereich des Weserbahnhofs liegen, das gilt natürlich auch insbesondere für die immer in der Diskussion stehenden Unternehmen im Holz- und Fabrikenhafen.

Ich sage auch als baupolitischer Sprecher meiner Fraktion, dass ich hier die Garantie abgebe, dass wir keinem Flächennutzungsplan oder Bebauungsplan zustimmen werden, der den Bestand und die Existenz von Unternehmen dort gefährdet. Das ist doch wohl eine Selbstverständlichkeit, das steht im Übrigen nicht nur im Koalitionsvertrag, sondern in unserem Wahlprogramm. Wir wollen die Arbeitsplätze dort sichern und wären froh, wenn es mehr werden würden.

(Beifall bei der SPD)

Dafür gebe ich in der Tat eine Garantie ab und will das sehr deutlich machen.

Das Kunststück aber wird der Wandel. Die Strukturen, die dort sind, wollen wir ja nicht konservieren, sondern wir wollen auch in dem Bereich, wie in anderen Bereichen der bremischen Wirtschaft, den Wandel erreichen, um das Ganze zukunftsfähig zu machen. Dazu bedarf es einer höheren Wertschöpfung und vor allem auch einer Nutzung dieser Flächen. Die müssen auch Einnahmen in die Stadtkasse hineinspülen. So sieht es das Konzept auch vor.

Ich will in dem Zusammenhang eben deutlich machen, dass wir an den reizvollen Stellen, an den attraktiven und hochwertigen Stellen natürlich eine Mischnutzung realisieren wollen. Dies schlägt das Konzept, das der Senat in der Form in der nächsten Woche hoffentlich dann beschließen wird, auch vor. Eine Mischnutzung, in der gewerbliche Sicherung mit zukunftsfähigen Dienstleistungen, mit Tourismusangeboten und natürlich auch Möglichkeiten des Wohnens verbunden wird!

(Beifall bei der SPD)

Dazu ist der Bereich des Weserbahnhofs vorgesehen, aber es muss natürlich auch so sein, dass die interessanten 500 Meter, die in der Nähe des zukünftigen Space-Parks, die am Rande der Fläche des früheren Überseehafenbeckens liegen, genutzt werden. Wir haben nicht so viel frei

in dieser Stadt an der Weser, oder wollen wir das Kleingartengebiet hier in der Stadt anfassen? Da hinten sehe ich schon die Finger. Wollen wir etwa weiter an den Stadtwerder heran? Wir machen das Wasserwerksgelände, nutzen da die Wassernähe, und wir werden und müssen für diese Stadt die Wassernähe auch in dem Bereich dieser hochinteressanten 500 Meter in den alten Hafenrevieren nutzen.

(Beifall bei der SPD)

Das schlägt das Konzept vor, und das ist richtig! Wir als Sozialdemokraten unterstützen das eindeutig. Das heißt Mischnutzung an der Stelle, das heißt nicht eigenständiges Wohngebiet.

Das will ich noch einmal sagen, ich glaube, auch alle Bietergemeinschaften haben das mittlerweile so klar gemacht, wir reden noch nicht von der Situation in 20, 30 Jahren, in die Richtung, Herr Kollege Oppermann hat dies deutlich gemacht, kann das keiner sehen. Aber zurzeit ist die Lage, am Holz- und Fabrikenhafen den Großmarkt zu haben, nicht geeignet, ein eigenständiges Wohngebiet von 2500, 3000 Wohneinheiten zu machen. aber hochattraktiv verbunden mit vielleicht eben einer Marina dort, wo heute die Wasserschutzpolizei sitzt, und dann am Rand eine Mischnutzung, Dienstleistung, Wohnen und, Kollege Eckhoff, vielleicht ein bisschen Online-City. Dagegen habe ich nichts! Ich sage das an der Stelle immer wieder. Das ist gut für technologieorientiertes Gewerbe, für Dienstleistung,

(Beifall bei der SPD)

und dagegen sollte sich niemand verschränken, der unter Strukturwandel nicht Strukturkonservierung, sondern Wandel, Veränderung für die Sicherung von Arbeitsplätzen und Wohnorten in dieser Stadt meint.

In dem Sinne, glaube ich, entspricht dieses Konzept, wenn es dann das breite Licht der Öffentlichkeit erblickt, sehr stark dem, was viele in diesem Hause wollen, und es wird ganz viele Debatten auslösen. Wir wollen Hochwertigkeit erreichen, allein schon aus fiskalischen Gründen, um Einnahmen hineinzuspülen, wir werden darin die Bestandssicherung für die Unternehmen garantieren und damit die Arbeitsplätze sichern. Auch das sichert Steuereinnahmen. Wir müssen jetzt - und das werden wir zeitgerecht, darauf will ich an dieser Stelle noch einmal hinweisen - zügig und schnell zu der Beschlussfassung des Senats kommen.

Ich warne alle Seiten, die da jetzt noch versuchen, herumzubessern! Die Presseerklärung der Handelskammer fand ich an der Stelle, das will ich auch sagen, nicht hilfreich, wenn man ein Interesse daran hat, dass Flächennutzungsplan und Bebauungsplan für den Großmarkt schnell kommen. Dann sollte man jetzt nicht noch alte Debatten führen, sondern sollte schnell entscheiden, denn wir wollen die planrechtlichen Beschlüsse fassen.

(Beifall bei der SPD)

Die werden unter der Überschrift stehen, unter der das ganze Konzept nach Vorschlag der operativen Einheiten der Staatsräte steht, es heißt "Übersee-Stadt". Das finde ich ein gutes Thema, eine gute Überschrift für das Gesamtareal. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat Frau Senatorin Wischer.

Senatorin Wischer: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Mützelburg, ich habe nach Ihrem Vortrag Schwierigkeiten gehabt, für mich zu klären, was wir eigentlich heute machen. Machen wir eine Diskussion über ein Konzept, von dem Sie sagen, dass Sie es nicht kennen, aus dem Sie aber dann Einzelheiten zitieren?

(Zuruf des Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen])

Nein, Sie haben darauf hingewiesen, dass Ihnen das nicht bekannt sei, und das, was Sie vorgetragen haben, konnte man nun nicht aus der Zeitung entnehmen, sondern war deutlich so, dass Sie selbstverständlich informiert waren darüber, was in diesem Konzept steht! Das ist, finde ich, ein merkwürdiges Vorgehen, weil ich es gut gefunden hätte, wenn zunächst der Senat sich eine Meinung bildet, der Bürgerschaft das Konzept dann vorlegt und dann die Bürgerschaft als Vertreter der Einwohner Bremens eine öffentliche Diskussion darüber führt, wie sie dazu steht. Das wäre das Verfahren gewesen, denn ich glaube, wir werden doch auch von der Bevölkerung gefragt, was wir uns vorstellen. Zu sagen, nun diskutiert alle einmal, und wir nennen keine Meinung, das ist, glaube ich, auch nicht die Form des Disputes, den man mit der Öffentlichkeit führt.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Die heftige öffentliche Diskussion, die Sie angesprochen haben, war, fand ich, damals keine fruchtbare, weil sie sozusagen gar nicht den Versuch unternommen hat, die verschiedenen Interessen, die in diesem Bereich bestehen, tatsächlich zusammenzuführen. Eine Brachfläche zu beplanen mit Ideen und Vorstellungen, das ist das eine. Aber ein Gelände zu verplanen, wo wir gesagt haben, wir wollen Bestandssicherheit, wir wollen Erweiterungsmöglichkeiten für die Unternehmen, wir wollen eine neue Hochwertigkeit, wir wollen Aspekte des An-den-Fluss-Kommens, der Öffnung des Flusses für die Bürgerinnen und Bürger, bis hin zu Fragen des Wohnungsbaus und hochwertiger Dienstleistung in diesem Bereich, setzt ganz andere Anforderungen an Planung als in anderen Bereichen, wo man eine Fläche Tabula rasa gemacht und in idealer Weise geplant hat.

Hier, finde ich, trägt das erste Mal das, was übrigens Sie auch immer so diskutieren, dass wir es mit einer Frage einer anspruchsvollen Binnenentwicklung zu tun haben,

(Beifall bei der SPD)

nämlich unter Integration derer, die da Interessen haben, und unter dem Gesichtspunkt, etwas konzeptionell weiterzuentwickeln, das eine Zeitachse von 20 Jahren hat.

Keiner von uns, denke ich, ist in der Lage, wirklich abschließend zu sagen, wie technologische Entwicklungen, wie wirtschaftliche Entwicklungen, wie unter anderem auch Wohnformen in 20 Jahren aussehen. Vielleicht haben wir eine neue Klientel, die neue Formen nachfragt, die dort passen gemeinsam mit gewerblichen neuen Dienstleistungsformen und mit den Betrieben, die da sind. Das kann ich heute nicht sagen.

Insofern wird es darauf ankommen, hier die Struktur, die, wie ich finde, im Übrigen sehr gemeinschaftlich von den vier diese Vorlage erarbeitenden Ressorts vorgelegt, Chancen bietet, weiter zu vertiefen.

Ich finde es spannend, dass wir einen Rahmenplan haben, der in den einzelnen Feldern, die Sie hier so ein bisschen abwertend dargestellt haben, Entwicklungschancen hin zu hochqualitativen Entwicklungsmöglichkeiten bietet und auch den bestehenden Unternehmen Entwicklungsmöglichkeiten bietet, die im Übrigen dann nicht minderwertig sein müssen. Im Gegenteil, auch für diese Unternehmen bietet sich die Chance, sozusagen die Wertschöpfung ihrer Unternehmen zu verbessern, auch zu qualitativen Sprüngen zu kommen. Deshalb ist, denke ich, die Konzeption, von der Sie sagen, dass Sie sie nicht kennen, aber sie ja gelesen haben, eine außerordentlich gute für eine Rahmenkonstruktion, die darauf wartet, in einem Zeitraum von 20 Jahren sich Schritt für Schritt weiterzuentwickeln und Perspektiven zu entwickeln.

Der Zugang zur Weser, wenn Sie es sich nun angesehen haben, ist ausdrücklich durch eine Straßenführung entlang der Weser, durch Grünflächen, durch Alleen, durch ein, wie ich finde, überzeugendes Straßensystem dargestellt worden, so dass auch von daher Quartiersentwicklungen möglich sind, die, wie ich finde, geradezu nach dieser Infrastruktur schreien.

Sie haben so, finde ich, geringschätzig über die operative Ebene und die Lenkungsgruppe geredet, die dies erarbeitet hat. Ich bedauere das sehr, weil ich glaube, dass in diesem Kreis, gerade auf der operativen Ebene, aber auch mit der Lenkungsgruppe zusammen - übrigens, die Staatsräte arbeiten tatsächlich so viel, meiner eingeschlossen - wirklich richtig gute Arbeit geleistet worden ist.

Da sind Gespräche geführt worden, und die Bietergemeinschaften, die Sie angesprochen haben, haben sich inzwischen mit diesem Vorschlag befasst und haben gesagt, wir sind bereit, da einzusteigen und Ideen mitzuentwickeln, denn wir reden im Augenblick über den Rahmen. Die Bietergemeinschaften, von denen Sie gesprochen haben, sagen sehr wohl, wir haben Interesse an Teilflächen, sie mit Ideen zu entwickeln, wie es im Detail gehen soll. Die Leute sind nicht außen vor, sondern sie sollen einbezogen werden und bringen neue Ideen mit hinein.

Natürlich ist die Frage der Anbindung, die Herr Dr. Sieling eben angesprochen hat, dass zwischen Faulenquartier und Hafenvorstadt ein Übergang entstehen soll, der das, was jetzt getrennt ist, in historische Verbindung wieder zusammenbringt, noch eine Zukunftsoption auf das einundzwanzigste Jahrhundert. Dass das nicht einfach ist, Herr Oppermann, dort Mischformen, Wohnen und neues Gewerbe anzusiedeln, ist mir auch völlig klar, aber es ist eine anspruchsvolle Aufgabe, und es ist eine notwendige für die Stadt und die Innenstadt, die Verbindung wieder herzustellen und an dieser Stelle, ob kulturelle Projekte, ob Wohnen, ob neue, hochwertige Dienstleistungen zu entwickeln, diese Chance auch wahrzunehmen.

Das Gleiche gilt für den Bereich, den Sie angesprochen haben, um das Heimatviertel herum. Es ist ein Gewinn und eine Chance für die Stadt, für Walle zu sagen, wir schaffen einen Übergang, und wir bekommen es hin, auch dort neue gewerbliche, neue Dienstleistungsformen zu entwickeln, die so nicht entstehen würden.

Ich weiß überhaupt nicht, warum Sie so unzufrieden sind, Herr Mützelburg, mit dem, was hier vorgelegt worden ist, denn es ist ein Rahmen, und den auszufüllen ist jetzt noch die Aufgabe. Die Grundlagen dafür, die wir haben integrieren müssen, waren eben die, die hier auch schon aufgeführt worden sind, nämlich Bestandssicherheit zu schaffen für die Unternehmen und Möglichkeiten zu schaffen, auch neue Unternehmen dort unterbringen zu können. Das ist doch nicht des Teufels, wenn es uns gelingt, an dieser Stelle auch Dienstleistung zum Beispiel zu gewinnen, dort zu investieren und Möglichkeiten zu schaffen, das Gelände attraktiver zu machen, so dass dann eben auch Wohnen beispielsweise möglich ist an dieser Stelle.

(Beifall bei der SPD)

Es ist eine solche Bandbreite an Chancen da, die in diesem Rahmen liegen, dass ich denke, es lohnt sich allemal, mit diesem Rahmen zu arbeiten und in weitere Diskussionen zu gehen. Es wird mit Sicherheit Diskussionen geben, wenn ich daran denke, wie man die Hafenvorstadt noch weiter intensiver entwickeln kann, welche kulturellen Dinge möglich sind, aber auch, was die Speicher anbelangt, welch spannende Aufgabe, dort möglicherweise neue Nutzungen mit hineinzubekommen! Auch die Frage, um den Großmarkt herum sozusagen einen neuen Lebensmittelschwerpunkt im weitesten Sinne zu entwickeln mit ganz spannenden Überlegungen an einer Höherwertigkeit als das, was wir bisher immer diskutiert haben an dieser Stelle, sind doch Chancen!

Wenn es dort Investoren und auch Gemeinschaften gibt, die sagen, wir hätten Lust, das weiterzuentwickeln, und wenn sie an dieser Stelle auch Entwicklungsmöglichkeiten für die nun am heftigsten diskutierte Fläche zwölf, über die wir immer reden, schaffen können, die sozusagen eine schöne Arrondierung vorsehen, um dann in diesem Bereich auch wiederum unterschiedliche Nutzungen möglich zu machen, das wäre doch wunderbar!

Ich denke also, die Chancen, die hier sind, sind mannigfaltig, und wir müssen uns, glaube ich, alle nur darauf einstellen, dass wir auch einen langen Atem dabei wahren, dies zu entwickeln, denn es ist ein Riesenareal. Es sind in etwa 20 Jahre Entwicklungsdauer, und in dieser Zeit, davon bin ich ganz fest überzeugt, kommen noch ganz viele neue Entwicklungen, die wir heute alle noch gar nicht sehen, und zwar in allen möglichen Bereichen.

Ich habe es eben schon angesprochen: Ich weiß nicht, wie die Wohnform ist in 20 Jahren, ob es nicht eine ganz neue Situation gibt, wo Menschen sagen, wir haben Lust, in bestimmten Quartieren, die eben nicht traditionellen Quartieren entspre-

chen, auch unsere Wohnung zu nehmen. Insofern sehe ich mehr Chancen.

Was die öffentliche Diskussion anbelangt, denke ich, wird diese Bürgerschaft eine selbstbewusste Debatte dann führen, wenn es darum geht, über diesen Rahmenplan zu beraten. Das ist auch öffentlichkeitswirksam, und es ist schon angesprochen worden, wir werden noch ein Stadtentwicklungsgespräch führen, um dies auch darzustellen. Transparenz ist gegeben, und ich denke, jeder auf seiner Seite muss auch die Verantwortung dafür übernehmen, Pläne vorzustellen und Entwicklungen einzuleiten. - Schönen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Mützelburg.

Abg. **Mützelburg** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich kann dem Kollegen Sieling nur vollständig zustimmen, wenn er sagt, der Kern der Zukunft der alten Hafenreviere ist der Strukturwandel, der hier eingeleitet und in den nächsten Jahren umgesetzt werden muss. Ich glaube, wir zumindest, der Kollege Sieling und ich, sind uns darüber einig, dass zu dem Strukturwandel in der Tat nicht monostrukturierte Gebiete gehören, sondern Mischnutzungen auf dieser langen Strecke dringend nötig sind.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das zentrale Problem ist doch, und darum geht es ja auch in dem Senatsbeschluss, Frau Senatorin Wischer hat das eben noch einmal gesagt mit dem Großmarkt und Hameico, dass immer wieder der Senat sich selbst Stolpersteine auf dem Weg zu diesem Strukturwandel in den Weg legt. Darum geht es uns auch hier. Die Ansiedlung des Großmarktes und von Hameico in diesem Gebiet führt eben genau zu den Erschwernissen, da moderne Ansiedlungen in diesem so genannten Übersee-Park, also dem verfüllten Überseehafen und dem leeren Ende dahinten, vorzunehmen.

Kollege Sieling, Sie haben ja Recht, wenn Sie sagen, man kann da auch moderne Dienstleistungen - ich will jetzt gar nicht über Online-City reden - dahinsetzen, aber wer setzt sich denn da in seinem Büro an den Computer, wenn daneben ein Sägewerk ist? Die gleichen Leute, die da nicht wohnen wollen, wollen da auch nicht arbeiten. Das ist doch das Problem, was wir an der Stelle

-

^{*)} Vom Redner nicht überprüft.

haben, und nicht nur an der Stelle. Ich sage, wer dem Strukturwandel bewusst Hindernisse in den Weg legt, der schafft sich die Probleme selbst und verhindert den Strukturwandel, statt ihn voranzubringen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das gilt nicht nur an dieser Stelle, das gilt auch noch für einige andere Stellen in dieser ganzen Konzeption, die wir ja heute nicht im Detail beraten.

Ich will noch auf etwas Zweites eingehen, das hängt aber eng damit zusammen. Vielleicht gibt es nur einen geringen Dissens in der Koalition zwischen Herrn Oppermann und Ihnen. Zwischen der Handelskammer und Ihnen gibt es offensichtlich klare Differenzen, wenn die in der Presseerklärung mitteilt, Debatte über Wohnungsbau in den alten Hafenrevieren gefährdet die Wirtschaft. Das ist grotesk! Wohnungsbau gefährdet nicht die Wirtschaft, Wohnungsbau ist selbst Wirtschaft meines Erachtens, und mit dem Wohnungsbau wird viel Geld verdient, auch in dieser Stadt, und mit Vermietung von Wohnungen im Übrigen auch. Das sind so diese Nonsensargumente, die hier vorgeführt werden.

Ich glaube, es geht hier nicht, Frau Senatorin Wischer, und ich glaube, das muss man doch noch einmal klarer machen, darum, dass hier irgendetwas die Wirtschaft gefährdet, sondern es geht darum, wer verfügt in dieser Stadt künftig über welche Flächen und vergibt sie. Darüber wird die Auseinandersetzung gehen. Ich fürchte, wenn ich mir ansehe, wie das organisiert wird mit einer Entwicklungsgesellschaft, in der die Handelskammer sitzt, Sie auch, aber wer darin sonst noch sitzen wird, dass es genau darum gehen wird, diese Fläche so zu vergeben, wie es in Bremen in der Wirtschaftsförderung seit langem gang und gäbe ist. Das ist doch der Kern der Auseinandersetzung, um den es geht.

(Senatorin Wischer: Das ist aber das Hamburger Modell!)

Das organisatorische Modell ist das Hamburger Modell, aber in Hamburg gibt es natürlich auch ein bisschen andere historische Bedingungen und Voraussetzungen und mehr Innovationsschub für die Entwicklung solcher Gebiete, wie Sie an der Hafencity-Diskussion sehen können.

(Abg. Kastendiek [CDU]: Aber Hafencity ist anders als die Hafenreviere!)

Herr Kollege Kastendiek, Frau Senatorin Wischer hat gerade gesagt, wir machen dasselbe Ent-

wicklungsmodell. Ich sage, dann muss es sich auch messen lassen an dem, was ist. Ich sage, wir können dasselbe Entwicklungsmodell hier wahrscheinlich gerade nicht machen, weil Hamburger Hafencity etwas anderes ist. Sie haben mich nur bestätigt, herzlichen Dank!

Gut, wenn das sein muss! Darauf kam es mir aber heute nicht an. Ich will nicht die Debatte über die Organisationsform führen, sondern darauf aufmerksam machen, dass der Senat jetzt nicht nur über die Entwicklungskonzeption entscheidet, sondern jetzt über die Umsiedlung nicht nur des Großmarkts, sondern auch der Firma Hameico entscheidet. Er entscheidet über 21 Hektar Frischezentrum, die genau das Abkapseln unter den Bedingungen, die Herr Oppermann gesagt hat, bewirken, und dieser Beschluss wird gefasst unabhängig davon, was die Bürgerschaft über die Entwicklungskonzeption sagt.

Das sind konkrete jetzige Beschlüsse. Zu den konkreten jetzigen Beschlüssen gehört, dass die Gelder jetzt für die Erschließung dieses Gebiets ausgegeben werden. Das ist ja richtig mit dem Stephanitor, Herr Sieling! Das steht aber für 2006 und später in dem Konzept und in dem Beschluss an. Jetzt wird erst einmal das gemacht, was die Hindernisse aufbaut, und wenn die Hindernisse dastehen, dann wird entwickelt!

Ein Hindernis müssen Sie jetzt schon zurücknehmen. Vor einem Jahr wurde da auch schnell einmal die Firma Dittmeyer angesiedelt, die den Weg zum Wasser versperrt hat. Jetzt sagt Frau Senatorin Wischer, der wird frei gemacht. Ja, der Senat muss jetzt beschließen, dass da erst einmal wieder getauscht wird, damit Dittmeyer nicht den Weg versperrt.

Hier ist Geld verschleudert worden, hier ist eine falsche Entscheidung getroffen worden! Jetzt sehen Sie ein, dass die Entscheidungen falsch waren, die erst ein Jahr alt sind, meine Damen und Herren, und so wird es Ihnen mit dem Großmarkt und Hameico auch gehen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Sieling.

Abg. **Dr. Sieling** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Sache mit Dittmeyer, auch da, Frau Senatorin, kennt er natürlich mehr! Die Sache mit Dittmeyer: Das ist doch gut! Das ist doch ein Erfolg, dass wir realisieren, was wir immer gewollt haben. Wir Sozialdemokraten, auch damals in der Hafendeputation übrigens, gut nachlesbar, waren nicht damit einverstanden,

dass es so vergeben wird, wie es damals vergeben worden ist. Dass der Senat jetzt beschließen will, das wieder so zu machen, wie wir es für eine vernünftige Stadtentwicklungspolitik brauchen, finde ich gut. Da kann ich nur sagen: Gratulation auch an den Wirtschaftssenator, der da noch viel Arbeit haben wird!

(Beifall bei der SPD)

Jetzt haben Sie, Herr Kollege Mützelburg, angesprochen, wir seien uns doch einig, Sie und ich, mit den Mischnutzungen. Das scheint mir auch so zu sein, ich glaube, da darf ich auch Herrn Oppermann einbeziehen, dass wir uns einig sind, dass Mischnutzungen realisiert werden müssen, wo es geht. Wer aber zu Mischnutzung ja sagt, Kollege Mützelburg, der muss auch einmal ein Wort dazu verlieren, dass sie so zu gestalten sind, dass sie den Unternehmensbestand, die Arbeitsplätze dort und die Firmen, nicht gefährden. Darum geht es in diesem Zusammenhang.

Wir wollen das Thema angehen, wir wollen den ganzen Bereich keinesfalls als Gewerbefläche sehen, denn das wäre aus fiskalischen Gründen, Strukturwandel, nicht gerechtfertigt, aber wir machen dort eine Zone - es geht ja um den so genannten Übersee-Park und diese Fläche zwölf von Mischnutzungen mit Wohnen und Dienstleistungen, die so gestaltet ist und sich so abgrenzt, dass der Unternehmensbestand nicht gefährdet wird, der im Holz- und Fabrikenhafen ist. Das sage ich hier noch einmal sehr deutlich. Das ist so, und ich hoffe, dass wir da auch an einer Seite sind und nicht nur bei dem Thema Mischnutzung.

In dem Zusammenhang wird es darum gehen, Abstände zu wahren. Da will ich hier auch sagen: Abstände wahrt man dadurch, dass man die eine Seite mit den Mischnutzungen sichert und die andere Seite mit dem Gewerbe. Dann muss man in der Mitte eine Zone haben, die beides ermöglicht und gegen beides schützt. Das macht man auch um die Unternehmen im Holz- und Fabrikenhafen, auch um die Entwicklung vom Großmarkt und in der Tat jetzt auch Hameico möglich zu machen. Darum macht man eine solche Pufferzone.

Dann will ich nur zum Schluss noch einmal sagen: Ich finde das Konstrukt Hamburger Modell richtig, auch mit der BIG oder einer Tochter der BIG als Landesgesellschaft. Wir werden noch einmal sensibel darauf achten müssen, dass, wenn es eine Landesgesellschaft ist, die dort mit städtischem Vermögen umgeht, die Vermögensposition der Stadt bei den ganzen Geschäften gewahrt wird.

Kollege Mützelburg - Kollege Pflugradt ist jetzt nicht da -, aber auch Kollege Oppermann, wir werden natürlich uns nicht regieren lassen durch Landesentwicklungsgesellschaften, sondern, das ist jetzt Kollege Mützelburg, der mit mir in der Baudeputation sitzt, wir haben doch die Möglichkeit, über das Planungsrecht die Flächengestaltung so vorzunehmen, dass dort kein Wildwuchs passiert, sondern eine Entwicklung in dem Sinne, wie sie die vier Ressorts jetzt dem Senat für nächste Woche vorlegen. Ich halte das für ein gutes Konzept, das sollte so beschlossen werden. Dann geht es weiter. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Kuhn: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Wort Strukturwandel und das, was Herr Dr. Sieling eben in seinem zweiten Beitrag gesagt hat, haben mich doch noch ein bisschen stutzig gemacht. Strukturwandel muss auf dem ganzen Gebiet stattfinden, wird auch in dem ganzen Gebiet stattfinden. Das ist nur eine Frage der Zeit. Viele dieser ganzen Anlagen dort sind einfach überholt worden, sind abgängig, kann man sagen.

Wir haben für den Strukturwandel, der dort teilweise anfängt, ja auch ein gutes Beispiel. Wenn Sie an der Nordstraße vis-à-vis vom Volkshaus schauen, dort ist ein Speicher umgebaut worden zu Büroräumen. Die Büroräume sind alle voll, das sieht alles tipptopp aus. So kann man sich den Strukturwandel in einigen der Speichergebiete dort auch vorstellen.

Ich will auch eines sagen: Es ist eine hervorragende Geschichte, wenn man jetzt den Speicher elf dort frei stehen sieht. Ich habe den früher nie so schön gesehen, wie er in Wirklichkeit ist. Er war ja praktisch nicht zu sehen, durch die anderen Gebäude war die Sicht auf diesen Speicher elf verdeckt. Dort kann ich mir durchaus sehr viel vorstellen von dem, was gesagt worden ist, auch eine kleine Online-City. Wenn Leute mit einem Laptop Geschäfte machen, können die dort Büros haben, dann ist das auch nicht verwerflich.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das kann ich mir auch durchaus als Ergänzung von Online-City vorstellen. Es gibt zwischen meinem Fraktionsvorsitzenden und mir dort keinen Dissens, das kann ich mir auch als Ergänzung vorstellen neben dieser anderen Anlage. Aber, Herr Dr. Sieling, Strukturwandel ja, die Betriebe: Ich habe vorhin so vor mich hingesprochen, die

Rede von der Frau Senatorin hätten Sie eigentlich unterschreiben sollen, dann wären wir alle sehr froh gewesen, aber Sie haben zum Schluss doch noch wieder etwas gesagt, was ich noch einmal für die CDU-Fraktion hier richtig stellen will. Es wird mit uns keine Gefährdung der vorhandenen Gewerbebetriebe geben und auch keine Gefährdung der Ausweitung der Gewerbebetriebe.

(Beifall bei der CDU - Abg. Frau Lemke-Schulte [SPD]: Mit uns auch nicht!)

Das heißt, wir müssen sehr genau formulieren, wie wir die Abgrenzung zwischen dem 500-Meter-Streifen am Wasser hinbekommen und die Abgrenzung zu der Großmarktansiedlung, der Frischezentrumansiedlung hinbekommen. Wir müssen auch genau überlegen, wie die Abtrennung des vorhandenen Gewerbegebietes zu dem Wohngebiet erfolgen soll, wo wir auch sagen, wer dort wohnen will, soll dort wohnen, wenn er es sich denn erlauben kann. Für arme Leute werden das sicherlich keine Wohnungen, die dort am Wasser dann gebaut werden können.

Mit uns gibt es dort ein Gewerbegebiet, aber dem, was Sie so angedeutet haben mit Abstufung möglicherweise und Mischformen, stehen wir nicht so gegenüber, wie Sie das eben darstellen wollten. Voller Gewerbestreifen, Besitzstandswahrung, ausgewiesenes Gewerbegebiet, dort muss dann auch alles möglich sein, und das Wohnen an dieser Stelle hat sich dann dem Gewerbe dort unterzuordnen. - Schönen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Das Wort hat Herr Staatsrat Dr. Färber.

Staatsrat Dr. Färber: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte mich insbesondere an Herrn Mützelburg wenden. Herr Mützelburg, ich meine, dass eine geordnete Streitkultur in ein lebendiges Parlament gehört, aber wie Sie hier auf die Suche gegangen sind nach einem Streit, das erscheint mir doch etwas kurios, wenn der eigentliche Streitgegenstand gar nicht auf dem Tisch liegt.

Sie haben anfangs so getan, als kennten Sie die Planung nicht. Dann haben Sie hier doch Pläne gezeigt. Es geht also um eine Senatsvorlage, die in Arbeit ist. Ich meine, die kann in diesem Zustand gar nicht Gegenstand einer parlamentarischen Debatte sein, weil sie Ihnen hier gar nicht vorliegt. Wenn das die Form der öffentlichen Diskussion ist, die Sie suchen, dann halte ich diese Diskussion, wie Sie sie führen, allerdings für sehr

albern. Sie reden über etwas, was andere überhaupt nicht kennen.

(Beifall bei der CDU)

Öffentliche Diskussion, meine ich, ist zu diesem Thema in einer bestimmten Phase sehr intensiv geführt worden. Vor über einem Jahr gab es eine Aufforderung an Bietergemeinschaften, Vorschläge zu erarbeiten. Da war etwas angesagt, was für diese Phase, meine ich, gut war, nämlich schlicht freies Denken. Da haben Bietergemeinschaften Vorschläge erarbeitet, vorgelegt, die sind öffentlich diskutiert worden. Dann ist der Ball eigentlich zurückgespielt worden an den Senat. Er wurde nämlich gefragt, was wollt ihr denn nun eigentlich?

Wenn ich einmal den Streit zwischen damals noch drei Häusern, jetzt sind es nur noch zwei, die sich mit diesem Thema zu befassen haben, bewerte, die mit allem Respekt damaligen "Streithähne", damaligen Staatsräte Frau Luther, Herr Haller und Herr Markus sind alle nicht mehr dabei, und diese Erfahrungen, die wir damit gemacht haben, dass dieses Thema damals drohte, öffentlich zerredet zu werden, haben wir nun genutzt, um hier mit hoher Sachlichkeit ein Konzept zu erarbeiten. Das ist nicht, Herr Mützelburg, wie Sie sagen, heimlich hinter verschlossenen Türen passiert.

Das Gegenteil ist der Fall! Wir haben mit den Betroffenen den Dialog gesucht, noch nicht mit der breiten Öffentlichkeit, aber wir hatten die Aufforderung, der Senat soll doch jetzt bitte sagen, was er sich denn vorstellt als Entwicklungskonzept für diese Reviere. Das sind wir angegangen, Sie wissen ja selbst, dass dieses Konzept so gut wie fertig ist. Das ist unter Einschaltung von externen Gutachtern, externer Moderation und so weiter hoch qualifiziert und sachlich abgelaufen. Ich denke, Frau Senatorin Wischer hat das schon sehr eingängig dargestellt.

Mit diesem Konzept suchen wir, nachdem der Senat es beschlossen hat, den Weg in die Öffentlichkeit, den Weg in dieses Parlament. Ich meine, dann, erst dann, haben Sie eine Basis, hier vernünftig über die Sache zu diskutieren, und nicht in der Form, dass Sie hier in Sachinhalte einsteigen, die andere, ich meine, die allermeisten von Ihnen, in der Form noch gar nicht kennen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Noch ist das Parlament frei in der Wahl seiner Themen!)

Auch wenn Sie hier immer das Thema Wohnen zitieren, ist es richtig, dass die Bietergemeinschaften damals den Aspekt Wohnen sehr viel intensiver in ihren Konzepten hatten, als es heute der

Fall ist, ohne dass ich jetzt auf Details eingehen will. Es waren ja gerade die Gutachten, die wir eingeholt haben, die uns hier dazu geführt haben, das Thema Wohnen in der Form, die wir Ihnen dann auch vorlegen werden, entsprechend zu berücksichtigen.

Die Qualität der bisherigen Arbeit, die ich als eine wirkliche Zusammenarbeit der betroffenen Ressorts bezeichnen möchte, lässt mich optimistisch sein, dass wir in den nächsten Tagen das Konzept endgültig fertig stellen können, um dann den Schritt über den Senat in das Parlament und in die Öffentlichkeit zu tun. Erst dann, denke ich, sind wir in der Lage, hier eine qualifizierte Diskussion zu führen, an der ich dann inhaltlich hochgradig interessiert bin, genauso wie das Bauressort, genauso wie viele andere, und ich erwarte da die sachliche Diskussion und nicht hier eine ohne sachliche Basis auf Polemik aufbauende,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Aber im "Weser-Kurier" darf es stehen!)

die versucht, einen Streit zu erzeugen, der eigentlich gar nicht da ist. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Vizepräsident Dr. Kuhn: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aktuelle Stunde geschlossen.

59. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983 - Burglesum (Werderland) Mitteilung des Senats vom 7. März 2000

Mitteilung des Senats vom 7. März 2000 (Drucksache 15/111 S)

Dazu als Vertreter des Senats Frau Senatorin Wischer.

Die Beratung ist eröffnet.

Das Wort hat die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir Grünen lehnen die Änderung des Flächennutzungsplans ab, und dies möchte ich kurz begründen. Mit der Änderung des Flächennutzungsplans soll ein weiteres Landschaftsschutzgebiet zerstört werden. Die vorgesehene Nutzung dieses zirka 100 Hektar großen Bereichs für Grünflächen, für Sport- und Wasserflächen widerspricht den Schutzzielen, die 1968 in der Landschaftsschutzverordnung festgelegt wurden. Diese Teile des Werderlandes gehören zu den typischen Grünlandgrabenarealen der Bremer Wesermarsch. Sie

sind ein für Naturhaushalt und Landschaftsbild hochwertiges und damit schützenswertes Gebiet.

Der dort geplante Sandentnahmesee geht weit über das erforderliche Ausmaß hinaus. Bei der Sandentnahme für die Aufschüttung des Industrieparks sehen wir auch, dass diese aus ökologischen Gründen durchaus sinnvoll ist, um Transporte zu reduzieren und Ähnliches mehr, sie muss sich aber auf das unbedingt nötige Maß beschränken. Der vorgelegte Flächennutzungsplan orientiert sich nicht an der Optimierung der Sandentnahme, sondern er orientiert sich an der Möglichkeit, dort auch einmal eine Regattastrecke erstellen zu können. Das ist der wesentliche Grund. Es zeigt aber insgesamt, dass eine echte Abwägung von ökonomischen und ökologischen Belangen in dieser Stadt nicht mehr stattfindet,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen - Vizepräsident Ravens übernimmt den Vorsitz.)

genauso wenig wie im Übrigen auch auf die Interessen der Landwirtschaft Rücksicht genommen wird.

Zudem ist mir völlig schleierhaft, wie zurzeit oder in den letzten Jahren mit dem existierenden Rahmenplan umgegangen wird. Das Landschaftsprogramm von 1991 können Sie wirklich langsam in den Papierkorb werfen. Das Fatale daran ist, dass zum Teil in Veröffentlichungen wie in der BAW-Studie sich auf diese alten Festlegungen bezogen wird und daraus auch noch Schlüsse gezogen werden. Zurzeit werden über 2000 Hektar Fläche von Ihnen, meine Damen und Herren von der großen Koalition, die dort andere Festlegungen, nämlich im Sinne des Landschafts- und Naturschutzes, aufweisen, anders genutzt oder verplant. Wir brauchen aber statt Flächenfraß Flächenrecycling.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der Kern ist, wie man so schonend wie möglich mit dem, was an Naturressourcen zur Verfügung steht, umgeht, und von daher die Forderung hier, den Flächennutzungsplan so anzupassen, dass er nur auf die Sandentnahme optimiert ist, und nicht mehr als notwendig dort an wertvoller Natur kaputt zu machen!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Zerstörte Natur kann man nämlich im eigentlichen Sinn nicht ersetzen und auch nicht ausgleichen. Deswegen lehnen wir diesen Flächennutzungsplan ab. Die Begründung entspricht übrigens derjenigen, mit der auch der Gesamtverband für Natur- und Umweltschutz hier seine Stellungnahme

abgegeben hat, nämlich so sparsam wie möglich mit den wertvollen Flächen dort umzugehen. Sie stehen nicht umsonst unter Landschaftsschutz. Damit möchte ich meine Rede beenden!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Kummer.

Abg. Frau **Kummer** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Dr. Mathes hat für die Grünen begründet, warum sie die Flächennutzungsplanänderung ablehnen. Ich werde für die SPD-Fraktion begründen, warum wir dafür sind. Das ist das bekannte Spiel!

Wir verbinden mit dieser Flächennutzungsplanänderung auch ganz viele positive Sachen, weswegen wir dann natürlich zustimmen. Sandentnahme Industriepark West, Sie haben es selbst gesagt, kurze Transportwege sind wirtschaftlich und umweltverträglich, ich glaube, darüber braucht man sich nicht zu streiten. Wir tun etwas für den Sportpark Grambke, für die Naherholung für viele Bürgerinnen und Bürger in Bremen-Nord und für Studierende der neuen Rice University. Ich weiß nicht, was man dagegen haben kann, einen Badesee zu schaffen, auch als Ersatz für das Heidbergbad, das geschlossen wird!

Wir schaffen außerdem die gesetzlich gebotenen Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen für wichtige bremische Industrie- und Gewerbevorhaben, Niedervieland und den Industriepark West selbst. Ich weiß auch nicht, was man dagegen haben kann. Die Landwirtschaft ist da selbstverständlich einbezogen worden. Nicht das gesamte Werderland, also die gesamte westliche Fläche, ist als Ausgleichsfläche ausgewiesen, sondern das ist eine Option, dass man auch dort suchen kann, wo die Landwirtschaft nicht beeinträchtigt wird.

Wir haben in der Umweltdeputation so einen wunderschönen Band vom BUND und vom Senator für Bau und Umwelt bekommen, "Stehende Gewässer im Land Bremen", und da findet man eigentlich, dass die meisten Seen, die es in Bremen überhaupt gibt, Sandentnahmeseen und Ausgleichsflächen sind. Möglicherweise kommt in ein paar Jahren dann noch einer hinzu.

Die Konkretisierung dieser F-Planänderungen ist darüber hinaus Gegenstand späterer Planungen. Über den Erfolg und die weitere Vermarktung des Bremer Industrieparks, also die Notwendigkeit, da weiter Sand abzubauen, sprechen wir morgen noch. Das spare ich mir an dieser Stelle. Ob aus dem Badesee, dessen Sinn und Zweck niemand bestreiten wird, einmal eine Regattastrecke wer-

den könnte, werden wir später befinden, das tun wir hier auch nicht. Wir werden dann in diesem Verfahren auch abwägen müssen, ob so eine Strecke den dortigen Zielen von Natur und Landschaft widersprechen könnte oder auch nicht. Gleiches gilt für eine mögliche dritte Lesum-Querung.

Meine Damen und Herren, diese F-Planänderung ist letztlich nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein Rahmen für das Offenhalten von Möglichkeiten, die planungsrechtliche Grundlage für weitere zu konkretisierende Projekte. Ich denke, das muss in dieser Phase Ziel von Stadtentwicklungspolitik sein, dass wir uns nichts verbauen, sondern Möglichkeiten schaffen, um zu bauen oder auch nicht zu bauen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pflugradt.

Abg. **Pflugradt** (CDU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will das, was meine Kollegin Frau Kummer eben ausgeführt hat, nicht wiederholen, sondern noch ein paar ergänzende Bemerkungen machen.

Erstens möchte ich noch einmal darauf hinweisen: Der Grund, diese Flächennutzungsplanänderung zu machen, ist der Industriepark West, und die Idee, dieses Gewerbegebiet auszuweisen, ist, glaube ich, keine Idee, die Christdemokraten erdacht haben, sondern ich glaube, es war ein Stadtentwicklungssenator Fücks, der das einmal so entwickelt hat. Logisch ist, wenn Herr Fücks solch ein Gewerbegebiet ausgewiesen hat, dass man da auch Sand auffüllen muss und dass man diesen Sand nicht über Straßen und kilometerweit herantransportiert, sondern auf eine möglichst ökologische Art und Weise. Deswegen ist dieser Sandentnahmesee entstanden. Das eine hat etwas mit dem anderen zu tun. Wer A sagt, muss auch B sagen, Frau Mathes!

Die zweite Anmerkung will ich mir doch gestatten: Wir haben letzte Woche in der Umweltdeputation über die Arberger und Mahndorfer Marsch geredet. Wir reden heute über diese Flächennutzungsplanänderung, die unmittelbar etwas mit dem Industriepark West zu tun hat. Man kann hier nicht immer nur sagen, und da gilt auch, wer A sagt, muss auch B sagen, dass wir Arbeitsplätze schaffen wollen, und wenn es darum geht, Gewerbegebiete auszuweisen, um Betriebe anzusiedeln und damit Arbeitsplätze zu schaffen, plötzlich nein sagen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Gegen die Ausweisung haben wir nichts!)

Wer A sagt, muss auch in diesem Fall B sagen, ansonsten ist eine solche Diskussion über die Schaffung von Arbeitsplätzen eine scheinheilige,

(Beifall bei der CDU)

denn ich kann nicht virtuell Arbeitsplätze schaffen, genauso wie ich nicht virtuell Wohnungen schaffen kann, wie wir gestern schon debattiert haben. Wenn man Arbeitsplätze schaffen will, dann braucht man dafür schlicht Grund und Boden, und der wird im Industriepark ausgewiesen. Die inhaltliche Debatte über den Industriepark werden wir ja hier in diesem Haus noch führen. Ich will nur auf diesen Zusammenhang hinweisen und noch einmal sagen, solch eine scheinheilige Diskussion, hier wird Ökonomie gegen Ökologie ausgespielt, finde ich nicht korrekt.

Im Übrigen sollte man auch noch einmal die Vorlage genau lesen. Wenn ich da so sehe, was alles gemacht wird - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten aus der Vorlage -: "Obwohl das Gebiet eine sehr hohe Wertigkeit besitzt, sind dennoch weitere Aufwertungen möglich. Angestrebt werden folgende Maßnahmen: Entwicklung von Röhricht, Feuchtbrachen und Gewässern, Entwicklung und Sicherung von Grabenbiozonen, Optimierung von Feuchtgrünland zur Verbesserung der Brut- und Rastfunktion für Wat- und Wasservögel, Förderung und Entwicklung von typischen Vegetationsgesellschaften des Feuchtgrünlandes, Extensivierung der landwirtschaftlichen Nutzung, Neuregelung des Bewässerungssystems" und so weiter.

Meine Damen und Herren, das muss man auch schlicht zur Kenntnis nehmen: In dem Gebiet, das hier in Rede steht, wird kein einziger Quadratzentimeter bebaut, das bleibt alles Natur, und Wasser und Feuchtgebiete gehören auch dazu! Insofern gibt es überhaupt keine richtige Begründung, die Sie angegeben haben. Sie machen nur aus scheinheiligen Gründen hier eine Ablehnung, aber die trägt nicht. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Mathes.

Abg. Frau **Dr. Mathes** (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Mit Scheinheiligkeit hat das wirklich nichts zu tun, Herr Pflugradt, und offensichtlich haben Sie mir auch nicht zugehört. Wir haben gesagt, genau wie das Konzept von Fücks war, wir sind dafür, wir

sind auch für die Sandentnahme. Wir sind nur nicht für die Sandentnahme in diesem Ausmaß.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Weil die nicht richtig ist!)

Das ist der Punkt. Ich finde es langsam ärgerlich, wenn einem immer auch noch die Inhalte verdreht werden.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das kennen wir ja!)

Gestern die Debatte haben Sie sicherlich auch nicht verfolgt und eben die Aktuelle Stunde auch nicht. Wir haben Vorschläge, wir wollen auch, dass Arbeitsplätze in diese Stadt kommen, wir sind für eine Entwicklung in der Richtung, aber wir brauchen den Strukturwandel, und wir müssen anders mit unseren wertvollen Naturflächen und Böden umgehen. Ich muss es leider noch einmal wiederholen.

Einen Aspekt wollte ich noch einbringen, der sich auch auf die Rede von Frau Kummer bezieht und weil ich genau das auch ietzt in der Diskussion erwartet habe mit den Seen: Wenn ganz Bremen ein See wäre, wäre das auch nicht mehr ökologisch vielfältig. Das ist nämlich der Punkt, und die Seen und die Sandentnahme an vielen verschiedenen Stellen haben in der Tat zu einer ökologischen Vielfältigkeit beigetragen, aber das muss ein entsprechendes Verhältnis sein. Das Mosaik sozusagen, die Kleinräumigkeit und die Anordnung machen das. Insofern kann man leider auch von der ökologischen Seite diese Argumentation mit den positiven Entwicklungen, die wir in den letzten Jahren durchaus hatten, nicht übertragen, sondern es hängt auch von der Größe des jeweiligen künstlich geschaffenen Gewässers ab. -Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer die 59. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983 beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

Pauschalierung der Sozialhilfe

Mitteilung des Senats vom 21. März 2000 (Drucksache 15/119 S)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Hoppensack.

Die Beratung ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Wangenheim.

Abg. Frau Wangenheim (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Am 26. Juni 1999 trat Paragraph 101 a Bundessozialhilfegesetz in Kraft. Der Gesetzgeber schuf damit eine Rechtsgrundlage für die Erprobung weitergehender Pauschalierungen von Leistungen nach dem Sozialhilfegesetz. Am 16. November 1999 haben wir hier in der Bürgerschaft diese Möglichkeiten debattiert. Der Senat wurde aufgefordert, der Stadtbürgerschaft einen Bericht vorzulegen, welche Möglichkeiten es nach Paragraph 101 a BSHG gibt, Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt in pauschalierter Form zu erbringen, welche finanziellen Konsequenzen sich daraus ergeben und wann mit einer Realisierung in Bremen zu rechnen ist. Für die SPD-Fraktion ist die Weiterentwicklung der Sozialhilfe wichtig, erstens, um den Leistungsbeziehern mehr Autonomie einzuräumen, somit die Selbständigkeit zu fördern, zweitens, um Einsparungen in der Verwaltung zu ermöglichen, um diese für die Beratung der Hilfebedürftigen einzusetzen.

Der Bericht liegt uns nun vor, und wir müssen feststellen, die Frist, die wir uns vorgenommen haben, um Klarheit über Möglichkeiten zu bekommen, war zu kurz. Eine Auswertung ist noch nicht möglich. Bremen "erprobt"! Die SPD-Fraktion würde heute gern, von der Senatorin vielleicht nicht, aber vom Staatsrat hören, wann die Planungen des Modellvorhabens abgeschlossen sind und wann ein weiterer Bericht vorliegt.

Unsere Fraktion ist weiter an der Pauschalierung der Leistungen der Hilfe zum Lebensunterhalt interessiert. Wir teilen allerdings die Meinung des Ressorts, dass Mehrkosten für Bremen nicht entstehen dürfen. Sinnvoll fände ich auch eine gemeinsame Lösung für beide Städte Bremen und Bremerhaven. Wir werden dieses Thema in der

Deputation weiter eng begleiten. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Als nächster Redner hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe Oppermann (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Frau Wangenheim hat es schon gesagt, der Gesetzgeber hat mit dem Paragraphen 101 a dem örtlichen oder regionalen Träger der Sozialhilfe die Möglichkeit eingeräumt, für weitere Leistungen eine Pauschalierung einzuführen. Wir haben auch schon einmal debattiert, dass die Koalitionsfraktionen das gern hätten, und die Antwort des Senats auf die damalige Anfrage lag schon zur letzten Bürgerschaftssitzung vor. Der Punkt ist dann nicht mehr an die Reihe gekommen. Das haben Sie nicht verschuldet, aber damit leben wir ja, dass wir Tagesordnungen nicht immer abarbeiten können, wahrscheinlich, weil wir so fleißige Abgeordnete sind.

In dieser finanziellen Situation kann Bremen keine Möglichkeit außer Acht lassen, wenn Geldmittel eingespart werden sollen, ich habe das gestern schon beim Haushalt gesagt. Wir sind hier auf einem guten Weg, die Indikatoren in der Sozialhilfe zeigen alle nach unten. Das ist ein erfolgreicher Weg, den wir da beschritten haben, und den wollen wir weiter einschlagen. Wir wollen durch eine Pauschalierung von Sozialhilfe auch Geld einsparen, das ist ganz selbstverständlich. Das wollen wir auch gar nicht verbergen. Wenn Sie am 16. Dezember damals zugehört hätten, wüssten Sie, dass wir nicht mehr Geld ausgeben wollen, als gesetzlich notwendig ist. Wenn Pauschalierungen teurer werden, dann müssen wir davon zunächst einmal Abstand nehmen.

Über die Pauschalierung sollen die Sachbearbeiter von Alltagsarbeiten befreit werden, die sie daran hindern, eine stark ausstiegsorientierte Sachbearbeitung, Fallbearbeitung zu machen. Das soll möglichst bald der Vergangenheit angehören, damit wir im nächsten oder übernächsten Bericht noch bessere Zahlen vorweisen können. Deswegen auch unsere Verwunderung, warum das alles so lange dauern muss! Ich meine, wir haben sehr viele Zahlen, sehr viele Indikatoren, woran wir ablesen können, was wir machen können.

Bei dieser Pauschalierung, und das will ich hier auch deutlich sagen, stehen für mich als Sozialpolitiker die Hilfebezieher im Vordergrund aller Überlegungen. Es kann doch nicht richtig sein, dass wir eine zumindest teilweise finanzielle Entmündigung von erwachsenen Menschen betreiben, indem wir ihnen zumuten, für Dinge des Bestreitens des Alltages jeweils in einem Amt vorzusprechen und in einem umständlichen Verfahren dafür eine Zusage oder eine Absage zu erhalten! Nach meinen Vorstellungen geht es ein Stück gegen die Menschenwürde. So sieht es auch der Bundesgesetzgeber, der mit dem Beschluss dem Hilfeempfänger die Möglichkeit einräumen will, ein höheres Maß von selbständigem und eigenverantwortlichem Wirtschaften zu erhalten, als bei der ewigen Bewilligung im Einzelfall nötig ist.

Wir sind uns hier im Haus doch eigentlich alle einig, dass es humaner ist, den Menschen am Arbeitsleben teilhaben zu lassen, statt ihn an staatliche Transferleistungen zu gewöhnen. Mit leichten Unterschieden tragen wir doch alle in dieser Koalition den von uns mit Nachdruck betriebenen Kurs. Wir wollen nicht verantworten, dass die betroffenen Menschen, teilweise sehr jungen Menschen, sich an einen solchen Zustand gewöhnen. Das kann nicht Sinn unserer Politik sein.

Wie aber, meine Damen und Herren, soll ein Hilfeempfänger in der Lage sein, bei einem längeren Leistungsbezug noch vorausschauende Planung zu betreiben, wenn man ihm das eigenständige Planen weitestgehend abgewöhnt hat? Ein Einstieg in eine solche, zumindest kostenneutrale Pauschalierung wäre ein Schritt, um den betroffenen Menschen zu zeigen, dass man ihnen zutraut, ihren Lebensalltag selbst zu planen.

Für viele Menschen mit geringeren Einkommen ist es doch normal, dass man planen muss, dass man sein Geld einteilen muss. In der Regel bekommen diese Männer und Frauen das aber auch hin, die Familien mit geringem Einkommen, dass sie ihren Lebensunterhalt planen. Wer von Ihnen Kinder hatte oder Kinder hat, der erinnert sich sicherlich auch an Zeiten, in denen das Geld in der eigenen Familie auch knapper war und man überlegen musste, ob erst die Kinder an der Reihe waren oder ob man etwas anderes anschaffen wollte. Warum wollen wir das nicht auch den Empfängern von Hilfe zum Lebensunterhalt oder Sozialhilfebeziehern ermöglichen?

Wirtschaften kann man aber nicht erlernen, wenn die entsprechenden Kompetenzen nicht trainiert werden. Der Senat hat Recht, wenn er feststellt, dass es zu Schwierigkeiten in der Zeit des von uns allen gewollten Ausstiegs aus der Sozialhilfe führen kann. Auch hier hat der alte deutsche Spruch Gültigkeit "Was Hänschen nicht lernt, das lernt Hans nimmermehr", oder man könnte auch sagen: "Was Lieschen nicht lernt, das lernt Lisa auch nicht mehr". Trauen wir den Menschen doch einfach mehr zu! Immer und auch im besten Hilfesystem wird es Menschen geben, die mit Pau-

schalen nicht umgehen können, die das Anlegen von geringen Reserven nicht hinbekommen werden. Das wird so sein, aber deren individueller sozialhilferechtlicher Grundanspruch kann durch eine Pauschalierung nicht aufgehoben werden.

Meine Damen und Herren, wir wollen ja die Sozialhilfesachbearbeiterinnen und -sachbearbeiter auch nicht abschaffen, sie sollen ja weiter für diese Klientel zur Verfügung stehen. Aber eines wollen wir von der CDU mit der Einführung von Pauschalen erreichen, dass sie von der unergiebigen Beschäftigung mit der Einzelbewilligung weitestgehend befreit werden. Sie sollen sich gemeinsam mit dem Hilfebezieher daranmachen, den Ausweg aus dem Hilfebezug sorgsam vorzubereiten, damit er dann auch irgendwann erfolgreich vollzogen werden kann. Dadurch, und das ist das Interessante an dieser Pauschalierung, meine Damen und Herren, würden wir Einsparungen erzielen, deren Höhe man zwar nicht vorhersagen kann, die aber zweifelsohne vorhanden wären.

Lassen Sie mich zur Höhe der Pauschalen kommen! Auf jeden Fall sollte der Senat diesen Schritt kostenneutral beschreiten. Einsparungen erwarten wir dadurch an anderer Stelle, ich habe es gesagt. Der Hinweis auf die Menschen, die sich genieren, Sozialleistungen zu beantragen, zieht nur zum geringen Teil, wissen wir doch nicht nur aus diesem Bericht, dass Altersarmut, die mit Verschämtheit einhergeht, glücklicherweise dabei ist zu verschwinden. Jedenfalls wird sie immer geringer. Wir wissen, dass prozentual weniger Menschen, die Rente beziehen, Sozialhilfe bekommen als junge Menschen, die keine Rente beziehen.

Hier in unserer Stadt Bremen haben wir genügend Beratungslandschaft. Wir haben darüber auch gestern gesprochen, als wir beim Haushalt über den Zuwendungsbereich debattiert haben. Wir finanzieren eine große Informationsgruppierung hier in dieser Stadt, so wird es auch nicht der Fall sein, dass jemand über seine Rechte, was ihm an Leistungen zusteht, in einer Stadt mit solch einem Informationssystem nicht genügend informiert ist. Darüber, meine Damen und Herren, dass jemand seine Ansprüche nicht befriedigt bekommt, mache ich mir eigentlich keine Sorgen.

Wir haben keine Angst davor, dass sich hier nach der Einführung von Pauschalen die blanke Not unter den Hilfebeziehern breit machen wird. Dafür gibt es gesetzliche Rahmen, an die sich der Senat und die Koalition und auch die Verwaltung halten müssen. Es wird nicht leicht sein, die richtige Höhe der Pauschalen und ihre Abgrenzung gegen andere Leistungen zu finden und festzulegen, aber es wird möglich sein. Ich bin mir sicher, auf

diesem Weg zu der richtigen Höhe der Pauschalen wird uns der Rechnungshof, ob konstruktiv oder nicht, auch ergiebig begleiten. - Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsident Ravens: Als nächste Rednerin erhält das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wenn man sich die lange Geschichte der Vorlagen zur Pauschalierung erst in der Deputation und dann hier in der Bürgerschaft ansieht, stellt man fest, sie verändern sich. Die Unsitte, dass die Verwaltung die Vorlagen mit der großen Koalition so lange abstimmen muss, bis der Wortlaut, vielleicht nicht gerade das Ergebnis, ins politische Konzept passt, diese Unkultur kann man an diesen Pauschalierungsvorlagen hier verfolgen.

Die Grünen sind nicht der Meinung, dass es Aufgabe der ersten Gewalt ist, Verwaltungsvorlagen zu schreiben, weil es in Ihrem Selbstverständnis ihrer Arbeit als Abgeordnete ia einen wichtigen Bestandteil einzunehmen scheint. Diese Vorlagen, Pauschalierung der Sozialhilfe, sind wie Radio Eriwan: Im Prinzip ja, aber leider haben wir festgestellt, in der Praxis taugt das nichts. Wir bekommen das nicht hin, und eigentlich wollen wir es auch gar nicht, jedenfalls will es die Verwaltung nicht. Da hat sie, aus meiner Sicht, ja auch Recht, aber dann muss man eben vorn einen großen Lyrik- und Lobesteil für Pauschalierungen schreiben, sozusagen Radio Eriwan, im Prinzip ja, könnte ja irgendwie gut sein! Nur, dann sieht man sich an, was würde das eigentlich für Bremen heißen, und dann kommt man ziemlich ins Grübeln.

Es gibt Pauschalen in Bremen, übrigens schon ziemlich lange, und zwar vor allen Dingen für den Bereich Ernährungsmehrbedarf und für den Bereich Bekleidung. Diese Pauschalen sind richtig, sind übrigens mit Zustimmung der Grünen auch eingeführt worden, und für diese beiden Arten der Pauschalen gelten alle die Begründungen, die Herr Oppermann hier vorgestellt hat. Sie sind sinnvoll, sie geben den Leuten, den Sozialhilfeempfängern die Möglichkeit zu wirtschaften. Sie sparen Verwaltungskosten ein. Sie begrenzen das, was viele als Entmündigung empfinden, nämlich Einzelfallanträge. Diese Pauschalen sind prima!

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

Aber das heißt noch lange nicht, dass alle Pauschalen so gut sind. Sie sind da einer ganz merkwürdigen Sichtweise aufgesessen: Pauschale gut, Einzelfallantrag schlecht! Das entspricht einfach nicht der Wirklichkeit in den Sozialämtern, sondern man muss sich überlegen, welche Bereiche für Pauschalen geeignet sind und welche nicht. Dann sagen wir einmal, was ist denn eigentlich übrig geblieben im Bereich der Sozialhilfe, was nicht pauschaliert ist und was man theoretisch noch pauschalieren könnte!

Da ist als Erstes der große Bereich der Wohnungskosten. Davor warnen alle Sozialpolitiker, die Forderung, die fortschrittliche Sozialpolitiker bisher versucht haben, zu erheben, ist die Gewährung der Wohnkosten in voller Höhe. Die Grünen halten auch daran fest, weil es nämlich sonst dazu führt, dass die Leute, die nicht das Glück hatten, eine billige Wohnung zu ergattern, in ihrem Lebensunterhalt zu stark eingeschränkt werden. Wohnungskosten kann man nicht pauschalieren, das ist auch umstritten! Es gibt ein einziges Modell, wo das in Deutschland versucht wird, und aus unserer Sicht sollte man das auch nicht

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann bleibt ein etwas größerer Bereich übrig, der wird auch in der Vorlage des Senats hier angesprochen, nämlich Möbel, Hausrat, Auslegeware, Gardinen und Bedarf für Renovierung. Dieser Bereich ist der einzige Bereich, der im Bereich der Sozialhilfe wirklich übrig geblieben ist, der sich theoretisch für eine Pauschalierung eignen würde.

Pauschalierung soll nach den Vorgaben der großen Koalition auf keinen Fall teurer kommen. Das, sage ich Ihnen, geht auch nicht! Entweder pauschaliert man so, dass diejenigen, die die Pauschale bekommen, eine Chance haben, Möbel, Hausrat, Auslegeware, Gardinen und Renovierung aus diesem Betrag auch zu bezahlen, und das wird gegebenenfalls auch richterlich festgestellt werden müssen, ob dieser Betrag ausreichend ist, oder man bildet Pauschalen, die nicht bedarfsdeckend sind. Das wiederum ist nicht in Ordnung, weil es dem Prinzip der Bedarfsdeckung widerspricht. Wenn man aber eine Pauschale gewährt, die bedarfsdeckend ist oder wenigstens sein könnte, dann wird man heute Leuten diese Pauschale geben, obwohl sie sie vielleicht gar nicht brauchen.

Auf gut Deutsch: Das Geld für die Auslegeware landet auf einem Sparbuch - ist das eigentlich sinnvoll, dass Sozialhilfeempfänger Summen auf Sparbüchern anlegen, während gleichzeitig die Stadtgemeinde Kredite aufnimmt? -, und zwar

sieben oder wie viele Jahre lang, wie die Nutzungsdauer für die Auslegeware kalkuliert ist, und wenn dann sozusagen genug Geld für die Auslegeware angespart ist, darf das Geld abgerufen werden. Das heißt das doch in der Praxis, was hier unter dieser großen Wolke "Pauschalierungen sind gut" abgefeiert werden soll.

Wir halten es nicht für sinnvoll, dass für Möbel, Hausrat, Auslegeware, Renovierungskosten und Gardinen Pauschalen gewährt werden. Sie machen Probleme, was das Ansparen betrifft. Es ist auch nicht unzumutbar, für solche Sachen Einzelfallanträge zu stellen. Es ist im Übrigen für die Stadtgemeinde auch erheblich günstiger, weil man nämlich heute feststellen kann, dass in vielen Fällen die Auslegeware vielleicht acht oder neun Jahre hält und man deshalb das Geld von der Stadtgemeinde nicht bezahlen muss oder sich die Leute ihre Möbel auch woanders besorgen. Es ist einfach nicht richtig, dass das im Interesse der Betroffenen ist oder der Stadtgemeinde Geld spart.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Außerdem muss man sich irgendwann einfach entscheiden. Die Sozialdeputation hat ja ein Modell, das war auch nicht unumstritten, der strategischen Fallsachbearbeitung und vermehrte Hausbesuche beschlossen. Die Hausbesuche finden gerade im Zusammenhang mit der Beantragung von einmaligen Leistungen statt. Dass da Segen und Fluch nahe beieinander liegen, ist den Grünen bekannt. Trotzdem haben wir dem letztendlich zugestimmt, weil ich es richtig finde, dass Sozialpolitik und die sozialen Hilfen auch die Gesamtsituation des Hilfsbedürftigen berücksichtigen

Sie sollen also das häusliche Umfeld anschauen, und sie sollen übrigens auch, wenn zum Beispiel der Sozialhilfesachbearbeiter sieht, der Hilfebedürftige hat Gardinen beantragt, aber der Teppichboden ist durchgewetzt, ihn darauf hinweisen, dass er einen Anspruch darauf hat, einen neuen Teppichboden zu beantragen. Ich sage das einmal als reine Lehre, so steht es im Gesetz, dass die Praxis anders sein wird, ist mir auch klar. Trotzdem ist der Gedanke erst einmal richtig, so etwas wie einen allgemeinen Hilfeanspruch zu konstruieren, denn der steht so im Gesetz.

Die große Koalition hat sich entschieden, mehr Hausbesuche zu machen und die strategische Fallsachbearbeitung. Wenn Sie jetzt gleichzeitig in Bereichen, in denen noch Einzelfallanträge gestellt werden, Pauschalierung einführen wollen, sind Sie mit Ihrem eigenen Konzept, ehrlich gesagt, ziemlich auf den Bauch gefallen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wir bleiben dabei: Dieses Pauschalierungsgetöse ist heiße Luft und sonst gar nichts. Das kann man irgendwie aus den Vorlagen der Verwaltung sehen. Was der Rechnungshof darüber denkt, ist Ihnen bekannt. Es ist eine merkwürdige Gleichung: Die Pauschale ist fortschrittlich und interessenfreundlich, und alles andere ist daneben. Reden Sie einmal mit den Arbeitsloseninitiativen und Sozialhilfeempfängerinitiativen, die sehen das mittlerweile ziemlich anders!

Letzter Satz: Was ich wirklich glaube, in welche Richtung man die Pauschalierung noch entwickeln kann, das hat allerdings mit dem Paragraphen 101 Bundessozialhilfegesetz, über den wir hier heute reden, ziemlich wenig zu tun, ist, sich zu überlegen, ob man es nicht hinbekommt, die Stundenbedarfe von behinderten Menschen im Bereich Eingliederungshilfe, Hilfe zur Pflege und hauswirtschaftliche Hilfen festzuschreiben und denienigen das Geld dann pauschal zu geben. damit sie sich die entsprechenden Dienstleistungen auch auf dem freien Markt und dem Markt. den die Wohlfahrtsverbände hier anbieten, einkaufen können. Bei dieser Konstruktion tritt wirklich das ein, was Sie hier für sich in Anspruch nehmen, nämlich das Selbstbestimmungsrecht der Betroffenen steigt erheblich an.

Das ist ein Bereich, den wir im Rahmen von Pauschalierungen interessant finden. Wir finden, dass wir uns in der Deputation darüber unterhalten können, ob nicht auf der Basis der bestehenden Rechtslage Modellversuche, zum Beispiel ist es in Rheinland-Pfalz ja so passiert, möglich wären.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält Herr Staatsrat Dr. Hoppensack.

Staatsrat Dr. Hoppensack: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe die Debatte mit Aufmerksamkeit verfolgt. Es ist besonders interessant, wenn einem Frau Linnert so gegenüber sitzt und man das länger schon tut. Ich erinnere mich noch sehr gut an die Debatte, die wir im Dezember 1999 geführt haben. Da war in Ihrem Gesicht genau so viel los wie eben während der Debatte, als sich manche bemühten darzulegen, weshalb wir noch nicht so weit waren, wie wir es damals ins Auge gefasst haben.

Wir haben uns zugegebenermaßen dem sozialpolitischen Mainstream in Deutschland folgend der Idee verschrieben, in der Sozialhilfe Pauschalen einzuführen. Wir haben im Dezember hier zusammen den Mund gespitzt und dann, als wir zum Pfeifen ansetzen wollten, gemerkt, dass es schwieriger ist, als wir uns das damals gedacht haben.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Sie wussten das doch damals schon!)

Damit will ich nicht sagen, dass die Idee, Pauschalen zu wählen, eine schlechte wäre, im Gegenteil halte ich es nach wie vor für eine vernünftige Idee. Es gibt ja Landstriche in Deutschland, die damit schon sehr viel weiter gekommen sind, insbesondere in Baden-Württemberg. Das ist dann übrigens auch mit ein Grund, weshalb wir uns entschlossen haben, dort etwas genauer hinzuschauen. Pauschalen sind also an sich eine vernünftige Geschichte.

Das, was Herr Oppermann hier als Begründung angeführt hat, unterstreiche ich voll, also all das, was in Richtung Autonomie und Normalisierung geht. Es ist normal, dass man ein festes Budget hat, größer oder kleiner zugegebenermaßen, mit dem man seine Bedürfnisse befriedigen muss. Es ist aber völlig unnormal, dass man, wenn man sozusagen eine offene Rechnung hat und sich in bestimmten Lebensbereichen befindet, dahergeht und sich holt, was man haben möchte, beziehungsweise sich das holt, was einem gelingt, in der Sozialhilfeverwaltung durchzusetzen. Das ist nicht normal, und es hat auch mit dem zu tun, was Herr Oppermann beschrieben hat. Es kann dazu führen, dass man einen gewissen Grad von Würdelosigkeit erfährt.

Sie wissen auch, Frau Linnert, dass das einem in der Verwaltung so passieren kann. Es lohnt sich also schon, darüber nachzudenken, wie man sich von solchen Dingen befreit, insbesondere wenn sie dann auch dazu führen können, dass man in der Verwaltung und im Verwaltungsaufwand sparsamer durchs Ziel gehen kann.

Auf der anderen Seite bedeutet aber Pauschalierung heutzutage eben auch, dass man sich mit dem Sparen, was in Bremen ein besonderes Thema ist, auseinandersetzen muss. Wir werden keine Pauschale haben, die uns zu Mehrausgaben gegenüber dem Status quo führt. Es wird sogar noch schlimmer, wenn wir am Ende Pauschalen haben werden, ist die große Erwartung in der Landschaft, in der wir uns im Augenblick bewegen, erfüllt werden soll, dass wir möglicherweise in diesem Zusammenhang auch weniger Geld ausgeben. Deswegen wären wir im Augenblick in

Bremen lediglich in der Lage gewesen, das zu machen, was wir schon zu 90 Prozent haben, nämlich die Bekleidung zu pauschalieren. Lediglich zehn Prozent der Sozialhilfeempfänger stellen heute Einzelanträge, alle anderen bekommen es pauschaliert.

Wir haben also festgestellt, wenn wir uns der Lösung angeschlossen hätten, die bundesweit auch in diesem Paragraphen 101 a propagiert wird, dass wir zunächst einmal Mehrausgaben gehabt hätten. Das passt nun absolut nicht ins Bild. Sie wissen alle, der Rechnungshof ist zitiert worden, dass hier die Erwartung besteht, dass wir im Bereich der gegebenen Pauschalen zu Reduzierungen kommen, nicht weil Bremen besonders üppig gewesen wäre, sondern weil es sich an das gehalten hat, was sozialpolitisch in diesem Land über Jahrzehnte Maßstab gewesen ist.

Wenn der Deutsche Verein Empfehlungen gegeben hat, nach welchen Gesichtspunkten man zum Beispiel auf diesem Sektor zu Pauschalen kommen könnte, dann hat Bremen das im Allgemeinen umgesetzt. Das haben wir auf dem Sektor Bekleidung auch getan. Wir mussten nur feststellen, dass peu à peu die vielen Städte, die sich früher auch daran gehalten haben, davon abgerückt sind und dass wir heute eine bunte Vielfalt, wenn man so will, allenfalls systematisierter Willkür vorfinden. Es wird je nach örtlicher Kassenlage gemacht. Das hat dazu geführt, dass wir mit unserer Bekleidungspauschale jedenfalls oberhalb des Durchschnitts, und zwar in einigen Teilen nicht unerheblich, liegen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Haben Sie doch schon gesenkt!)

Wir haben schon gesenkt, aber wir machen immer noch mehr, als viele andere tun. Das ist ein Riesenproblem, wenn man rings um Bremen herum schaut, wird sehr viel weniger gemacht. Auch unsere Schwesterstadt in Bremerhaven macht auf diesem Feld erheblich weniger. Das ist ein Problem. Wir haben gesagt, dann wollen wir noch etwas abwarten. Mehr als die Bekleidung zu pauschalieren, hätten wir im Augenblick sowieso nicht können Wir denken weiter darüber nach, wo man so etwas machen könnte.

Ihren Vorschlag, Frau Linnert, finde ich durchaus vernünftig, darüber muss nachgedacht werden. Mir hat neulich ein Fachmann, der in Deutschland beim Deutschen Verein führend ist, verraten, dass sie es sich sogar zutrauen, die Miete zu pauschalieren. Ich bin besonders gespannt, wie man das hinbekommen will, weil man da natürlich Riesenspannen hat. Das wollen wir uns anschauen und dann rechnen. Wenn wir dann alles getan haben,

werden wir uns mit diesem Thema hier auch wieder melden. Wir lassen da nicht locker, wir müssen nur genauer hinschauen. Wir können uns, wie gesagt, keine Abweichungen insbesondere in Richtung Mehrausgaben leisten.

Es ist also keine Spur davon, dass wir das überhaupt nicht gewollt haben, sondern wir können es allenfalls nach dem alten bayerischen Satz sagen: "Mögen hätten wir schon wollen, aber dürfen haben wir uns nicht getraut." Die allgemeine Sanierungslage Bremens gibt keine Gelegenheit für waghalsige Experimente. Man muss genau hinschauen, und das wollen wir auch tun.

Auf die Frage von Frau Wangenheim: Wann seid ihr denn so weit? Ich denke, dass wir Mitte nächsten Jahres mehr wissen werden, und dann werden wir spätestens in der Deputation darüber sprechen. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats, Drucksache 15/119 S, Kenntnis.

Was kosten Jugendfreizeitheime?

Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 4. April 2000

(Drucksache 15/125 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000 (Drucksache 15/148 S)

Wir verbinden hiermit:

Bürokratische Hürden in den Freizeitheimen abbauen, jugendpolitische Handlungsspielräume gewinnen

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 7. Juli 2000 (Drucksache 15/184 S)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Hoppensack.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen.

Ich gehe davon aus, dass Sie dies nicht möchten, Herr Staatsrat. - Das ist der Fall.

Ich frage, ob in die Aussprache eingetreten werden soll. - Das ist der Fall.

Die Aussprache ist eröffnet.

Als erste Rednerin hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! In den Zeiten, in denen in Bremen über ein Anpassungskonzept für die bremische Kinder- und Jugendförderung für die Jahre 2000 bis 2005 diskutiert wird, stellen die Grünen eine Große Anfrage zu dem Thema "Was kosten Jugendfreizeitheime?".

Warum tun wir das? Es gibt in Bremen 19 kommunale Jugendfreizeitheime, die wesentlich anders strukturiert und geführt werden als zum Beispiel die der freien Träger. Seit Jahren hat es der Senat versäumt, eine Entscheidung, was mit diesen Freizeitheimen geschehen soll, wie sie weiterentwickelt werden sollen, zu treffen. Das halten wir für verhängnisvoll. Ich könnte sagen, Jugendfreizeitheime zum Dritten, meine Vorgängerin, Frau Spieker, hat dieses Thema hier schon zweimal in die Bürgerschaft gebracht.

Wir haben mit dieser Anfrage gefragt: Was gibt es an Betriebskosten und an Baukosten in Freizeitheimen? Wie wird geheizt, wie hoch sind die Strompreise? All diese ganzen spannenden Sachen! Mit wem haben die Freizeitheime Verträge, wer kontrolliert das, wer achtet da auf Sparsamkeit? Darauf hat der Senat versucht zu antworten.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Der grüne Vorstoß, eine weitgehende wirtschaftliche Autonomie zu schaffen, um mehr Beteiligung und Wirtschaftlichkeit zu geben, ist im Sande der großen Koalition verlaufen. Dabei gab es 1987, Frau Striezel erinnert sich sehr gern, und auch mein Fraktionskollege Dieter Mützelburg könnte vielleicht ohne Probleme diese Debatte bestreiten, hier einen fraktionsübergreifenden Bürgerschaftsbeschluss und viele Prüfaufträge, viel Papier wurde beschrieben, in den Deputationen wurde viel gesprochen, aber passiert ist nichts.

(Abg. Frau Striezel [CDU]: Es gab ein Moratorium!)

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Ja, es gab ein Moratorium, das kann Frau Striezel ja vielleicht nachher erzählen.

Die Arbeitsbedingungen werden auch in den Freizeitheimen schlechter. Die Einrichtungen werden nicht schöner und die Mittel nicht mehr. Wir haben gestern gehört, die Jugendförderung soll um 25 Prozent gekürzt werden, jede vierte Stelle ist in Frage gestellt.

Was kostet so ein Betrieb ohne Personalkosten? Die Mitarbeiterinnen vor Ort zucken die Schultern und sagen: Ich weiß nicht, wie viel wir an Müllgebühren bezahlen, wie teuer unsere Heizung ist. Das ist doch irgendwie seltsam. Ich glaube, hier liegen finanzielle Handlungsspielräume verborgen. Energiesparen spart langfristig Geld und schont die Umwelt, und wer kleine bauliche Maßnahmen selbst organisieren kann, hat die Wahl und sucht Quantität zum guten Preis. Das heißt nicht, dass man jetzt hier unter Tarif bezahlt, sondern, das machen die freien Träger ja auch, sich Leute vor Ort einstellt und dort auch auf Tarifverträge und solche Sachen achtet.

Mich interessiert, was der Senat in den letzten Jahren auf den Weg gebracht hat, um den verstaubten Verwaltungsdschungel für den Betrieb dieser Einrichtungen zu entstauben und zu lichten. Hat das neue Steuerungsmodell die Bewirtschaftung transparenter gemacht?

Die Antwort des Senats auf unsere Fragen zeigt eindeutig, den Forderungen der Angestellten in den Einrichtungen, dass ihnen mehr zugetraut wird - sie sind ja auch schließlich Menschen, die zu Hause einen Haushalt bewirtschaften -, ist nicht Rechnung getragen worden. Die Eigenbewirtschaftung ist in den Kinderschuhen, das ist noch höflich ausgedrückt, stecken geblieben. Bis heute haben die Einrichtungen nicht einmal Girokonten auf Guthabenbasis, und das haben schon zwölfjährige Kinder, da müsste Frau Mull mich vielleicht korrigieren, ich weiß es nicht so genau, ich glaube, Zwölfjährige können diese Guthabenkonten abschließen bei Banken und Sparkassen, und am Tag dürfen nicht mehr als 100 DM in bar ausgegeben werden, sonst muss mit dem eigenen Portemonnaie getrickst werden.

Die Mitbestimmung über Sachmittel und einige größere Sachen kann schon als bahnbrechende Neuerung bezeichnet werden. Das ist aber nur ein Stück der ganzen Torte, ungefähr 12.000 DM. Mich interessieren jetzt bei diesen Bewirtschaftungskosten die restlichen 100.000 DM pro Freizeitheim. Die Personalkosten lasse ich einmal außen vor.

Energiesparprogramme gibt es kaum, obwohl löblich zu erwähnen ist, dass das Freizeitheim Findorff, eines von 19 Freizeitheimen, ein Energiesparprogramm macht mit der Energieleitstelle unter dem Motto "Sparen bringt's". Sie sind da aber eher durch Zufall hineingekommen, wie man mir gesagt hat. Diejenigen vom Wehrschloss haben sich selbst bemüht und haben gestern einen Termin gehabt mit der Energieleitstelle. Sie interessieren sich für ein Solardach. Vielleicht wäre das auch eine Idee, die wir hier noch einmal voranbringen könnten, Fotovoltaikanlagen für Kindergärten und für Jugendeinrichtungen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vier Freizeitheime, ich komme jetzt einmal auf die Energiekosten, verbrauchen mehr als ein Viertel aller Energiekosten für Fernwärme. Richten wir darauf einmal den Blick: 1998, kurz vor den Sommerferien, ging man im Wehrschloss, im Freizeitheim am Hastedter Osterdeich, in den Urlaub, kam wieder, und man hatte ungefragt einen neuen Fernwärmeanschluss. Vorher hat das Wehrschloss 7000 DM im Jahr an Heizkosten bezahlt, sie haben mit Gas geheizt, jetzt beläuft sich die Rechnung laut Tabelle auf 24.000 DM pro Jahr.

Drei Tage nachdem die Heizung installiert war im Wehrschloss, stand in der Zeitung, das Kraftwerk in Hastedt schließt. Seltsam! Hat man da politisch vielleicht etwas hinter den Kulissen forciert? Der Clou: Die Heizanlage im Keller des Hauses ist eigentlich gar nicht technisch geeignet für Fernwärme, der Regler fehlt, bei Fernwärme läuft sie auf höheren Temperaturen. Das war wohl eine Fehlinvestition!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Freizeitheime in Findorff heizen für 7000 DM, von der Fläche ungefähr so groß wie im Wehrschloss.

Einige Freizeitheime haben hohe Stromkosten. Da kann der Senat leider nicht aufschlüsseln, woran das liegt. Vielleicht liegt es daran, dass einige gemeinsam mit der BRAS die Freizeitheime nutzen, weil sie ja auch schwere Maschinen dort betreiben. Die Friesenstraße hat zusammen eine Abrechnung mit dem KTH Gleimstraße. Das habe ich aus einer anderen Anfrage interpretiert. Jedenfalls, ich finde, dort sollte einmal genau analysiert werden, warum Stromkosten so hoch sind. Lassen Sie uns einmal ein Energiesparprogramm dort anfangen! Hier kann man Geld sparen, was man in der Jugendarbeit besser einsetzen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Beim Freizeitheim Horn-Lehe tauchen gar keine Zahlen auf. Ist das schon abgeschrieben, oder ist das ein unbeschriebenes Blatt? Vielleicht kann Herr Dr. Hoppensack uns das erklären. Ich denke, es gibt da auch sicherlich eine gute Erklärung. Eine kleine Anmerkung noch: In vielen Freizeitheimen gibt es überhaupt keine Regler, um die Temperatur einzustellen. Es wird immer auf Homelevel geheizt. Es gibt keine Zeitschaltuhren, damit nachts die Temperatur abgesenkt werden kann. Das muss ja nicht sein.

Wir fragten auch nach Anschlusszwangsverträgen, an die die Freizeitheime gebunden sind. Das ist ein ganz bunter Reigen: Alarmanlagenwartung, Fensterreinigung, Grünanlagen, Transport und Umzüge, Bauunterhaltung und Telefon. Diese Anschlusszwänge sind ein wahres Dickicht. Die Einrichtungen haben den Anschlusszwang an die Brekom. Das macht 80 DM monatlich zum Beispiel für ein Faxgerät. Der Kaufpreis ist mittlerweile, ich sage einmal Saturn-Hansa - kleine Schleichwerbung! - 499 DM, Normalpapierfax. Muss das sein, 80 DM im Monat zu bezahlen über mehrere Jahre, oder ist es nicht sinnvoller, sich ein Faxgerät zu kaufen? Ich denke, auch hier muss über Wirtschaftlichkeit diskutiert werden. Internetanschluss natürlich nur bei der Brekom. wenn man das Komforttelefon mietet für 800 DM im Jahr. Da bleibt auch den Freizeitheimen nur der Ausweg über eine Kooperation mit Vereinen, die nicht dem Anschlusszwang unterliegen, und das ist mittlerweile die Realität.

Dann gibt es die Facility Management Bremen GmbH, die der Senat geschaffen hat, um wahrscheinlich wirtschaftlicher zu arbeiten, die die Logistik macht und Qualität einkaufen soll für die Freizeitheime. Was verbirgt sich dahinter? Ein Waschbecken wird im Freizeitheim abgetreten, die Mitarbeiterinnen rufen an bei Bremen Facility. Es kommt ein Hausmeister, der sieht sich das an und sagt, ja, das Waschbecken ist kaputt, aber ich habe keinen eigenen Reparaturetat, da muss ich wieder bei Bremen Facility anrufen. Bremen Facility beauftragt dann eine andere Firma.

Bei den freien Trägern ist es so, Waschbecken wird abgetreten, es wird geschaut, kann der Jugendliche das selbst machen, muss man dabei helfen oder muss Unterstützung heran, sonst wird eine Firma gesucht, Preise verglichen und beauftragt. Bei den städtischen Freizeitheimen werden Zusatzinstanzen bemüht, die Gelder und Zeit kosten, wirtschaftliches Handeln wird schwer gemacht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das SGB acht fordert für die Ausgestaltung der Leistung der Jugendhilfe an eine an kleinräumigen Bedarfen und durch Beteiligung geprägte Angebotsplanung. Das sehe ich durch das Konstrukt der Facility Management Bremen GmbH überhaupt nicht gewährleistet, es ist eher ein Wasserkopf mehr.

Wir Grünen fordern mit unserem Antrag, dass die dezentrale Ressourcenverantwortung durch das neue Steuerungsmodell endlich konsequent umgesetzt wird, damit die Beteiligung von Jugendlichen auch vor Ort geschehen kann. Wenn Jugendliche merken, dass es sich lohnt, das Licht auszumachen, weil man zum Beispiel dann sich auch einen CD-Player kaufen kann, dass man zum Beispiel auch Einnahmen erwirtschaftet bei gemeinsam veranstalteten Konzerten und davon ein Wochenende wegfahren kann, dass es auch in dem Haus bleibt, dann haben die Jugendlichen davon profitiert und auch die Einrichtungen, weil die Jugendlichen sich auch stärker mit den Einrichtungen identifizieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Wenn die Jugendpolitiker sich in diesem Jahr streiten über die künftige Ausgestaltung der Jugendförderung, dann brauchen wir Transparenz bei den Bewirtschaftungs- und Bauunterhaltungskosten. Ich habe mitbekommen, dass zum Beispiel für die Installation von Gasdurchlauferhitzern Beträge von 6000 DM in Rechnung gestellt wurden, und wenn ich befreundete Unternehmer anspreche, die selbst eigene Firmen haben, dann sagen sie, das baue ich für 3000 DM ein. Das sind die normalen Marktpreise und nicht irgendwelche Freundschaftspreise, die einem da erzählt werden. Darin liegt irgendwie der Wurm!

Gleichzeitig müssen die Mitarbeiter geschult werden, dass sie betriebswirtschaftlich auch wissen, was ist das, was ist eine Einnahme, was ist eine Ausgabe! Der Blick über den Tellerrand hilft, ich habe Ihnen eben schon gesagt, bei den freien Trägern läuft es anders. Dort werden Mitarbeiter geschult in Qualitätsmanagement und Kostenbewusstsein. Dazu gehört nach unserer Meinung auch, dass die Jugendlichen an der Verwaltung beteiligt werden, dass es Treffen gibt, wo über die Finanzen gesprochen wird.

Meine Damen und Herren, in verkrusteten Strukturen jugendpolitische Aufbruchstimmung in dieser Stadt zu erzeugen und auch noch als Erfolg zu verkaufen, dass demnächst 25 Prozent weniger Gelder da sind, mag nicht gelingen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Als ich zuerst den Titel der Großen Anfrage von Frau Stahmann gesehen habe, habe ich mich sehr gefreut, denn eine so einfache Frage wie "Was kosten Jugendfreizeitheime?" ist ja wirklich eine sehr spannende Frage. Es erfüllt mich natürlich auch wirklich mit großer Aufgeregtheit, ob man da nicht einfach eine umfassende Antwort bekommen kann, die die gesamten Kosten, die die Jugendfreizeitheime betreffen, ob man die einfach aufführen und übersichtlich dann zur Kenntnis nehmen kann.

Darüber hinausgehend war ich dann allerdings schon ein bisschen enttäuscht,

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Von der Antwort!)

ein bisschen von der Nachfrage auch enttäuscht, weil es sich doch sehr stark dann auf die Sachkosten fokussierte. Der Beitrag von Frau Stahmann hat ja noch einmal deutlich gemacht, dass sie an konkreten Einzelfällen konkrete Kenntnisse hat über Missverhältnisse, die wir natürlich angehen müssen. Ich stelle mich hier natürlich nicht hin und rechtfertige solche Dinge, die ganz offensichtlich nicht funktionieren. Das ist völlig klar, und da bin ich auch völlig d'accord, da müssen wir hinterhergehen.

Die Kernfrage, die sich für uns allerdings stellt, ist eine Kernfrage, die sich im Kontext befindet mit dem gesamten Anpassungskonzept. Wir müssen alle Kosten transparent gestalten. Das betrifft die einzelnen Nebenkosten genauso wie die Personalkosten. Alles muss ganz deutlich werden, und das ist auch das politisch formulierte Ziel der großen Koalition.

Es geht uns darum, dass wir konsequent in den Stadtteilen feststellen müssen, für welche Leistungen und für welche Angebote der Jugendförderung wir welche Ausgaben tatsächlich tätigen, um dann in den Stadtteilen über diese Budgets auch zu entscheiden. Das wird dann natürlich auch Druck erzeugen auf die kommunalen Träger und auf die Jugendfreizeitheime, dass wir da bis in die letzte D-Mark hinein tatsächlich eine Kostentransparenz haben.

Wenn wir uns die Verwaltungsreform ansehen, dann ist doch die zentrale Botschaft der Verwaltungsreform mit neuen Steuerungsmodellen und Kosten- und Leistungsrechnung, dass wir genau diese Kosten in Zukunft tatsächlich auch bekommen. Unser Projekt heißt doch genau, dass wir entlang von bestimmten Leistungen erkennen können, was diese ganzen Dinge kosten.

Von daher kann ich nur sagen, das ist nicht völlig neu, was Sie da gesagt haben, Frau Stahmann, nicht im Grundsatz neu. Die einzelnen Punkte, die Sie aufgeführt haben, muss man natürlich ganz konkret verfolgen. Wir müssen uns den Bereich der neuen Steuerungsmodelle und der Kostenund Leistungsrechnung ansehen und dabei die verschiedenen Ressorts miteinander vergleichen. Ich kann das nicht so gut beurteilen wie die Haushälterin der SPD-Fraktion, die mir signalisiert hat, dass im Vergleich zu anderen Ressorts der Bereich Jugend und Soziales da durchaus engagiert vorgeht.

Den Dringlichkeitsantrag der Grünen werden wir so natürlich unterstützen. Er fördert genau diesen Prozess, er fordert die konsequente Umsetzung von neuen Steuerungsmodellen, und er wird uns in dem Zusammenhang helfen. Wir wollen einen differenzierten Blick auf die verschiedenen vertraglichen Bindungen und Kosten dabei. Der Grundsatz wird für uns heißen, dass wir natürlich mit dezentraler Ressourcenverantwortung arbeiten wollen. Wir wollen ganz genau in den Stadtteilen schauen, aber es wird sicherlich auch in dem einen oder in dem anderen Bereich auch vertragliche Bindungen geben, wo es auch in Zukunft Sinn macht, tatsächlich zentrale Verträge weiterhin laufen zu lassen, sofern das möglich ist.

Ich sehe also im Grundsatz zwischen uns und den Grünen keinen großen Dissens. Ich begreife den Dringlichkeitsantrag als eine Förderung eines Prozesses, den wir schon machen. Ich kann die Dringlichkeit des Antrags nicht so gut erkennen, denn im Kern sind die Forderungen, die Frau Stahmann hier deutlich gemacht hat, schon längst im politischen Prozess. Im Prinzip ist es der Ruf nach dem Steuern für einen Tanker, der bereits begonnen hat, die Richtung zu verändern. Von daher gehe ich davon aus, dass wir in ungefähr anderthalb Jahren auch mit deutlicherem Blick auf die Kosten für die Jugendförderung tatsächlich dezentrale Ressourcenverantwortung in einem neuen Anpassungskonzept der Jugendförderung hinbekommen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Ravens: Das Wort erhält die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg. Frau **Striezel** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Ich weiß gar nicht, die wievielte Debatte das für mich ist zum Thema Jugendfreizeitheime.

(Abg. Frau Stahmann [Bündnis 90/Die Grünen]: Die vierte!)

Die vierte! Das könnte ein Grund dafür sein, aber es könnte auch ein Grund dafür sein, dass wir als Parlament uns immer wieder mit diesem Thema beschäftigen müssen, weil - wie sagte Herr Pietrzok eben? - der Tanker in Fahrt gekommen ist, aber wenn, dann vielleicht gestern und auch ganz gemächlich und wir in der Vergangenheit uns immer wieder kritisch damit auseinandergesetzt haben.

Die Große Anfrage "Was kosten Jugendfreizeitheime?" beinhaltet von den Fragen wie von den Antworten leider nicht das, was die Überschrift verspricht, weil natürlich Jugendfreizeitheime nicht nur aus Betriebskosten und Organisationskosten bestehen, sondern der größte Teil der Kosten in Jugendfreizeitheimen betrifft das Personal, und das wird hier in dieser Großen Anfrage nicht mit behandelt. Ich will das nur noch einmal darstellen. Das andere sind auch wichtige Kosten, aber im Verhältnis zu den Gesamtkosten eben doch der weitaus kleinere Teil.

(Präsident Weber übernimmt wieder den Vorsitz.)

Für uns ist natürlich auch ganz entscheidend, wem nutzen die Jugendfreizeitheime, wenn sie schon so viele Kosten verursachen, und wie viele Jugendliche sind Nutzer dieser Jugendfreizeitheime. Auch das hat uns in der Vergangenheit immer wieder im Jugendhilfeausschuss, in der Deputation und hier im Parlament beschäftigt.

Mein Ergebnis ist eigentlich auch leider schon seit langem, dass die Jugendfreizeitheime vielleicht dem einen oder anderen lieb sind, aber wir können auf jeden Fall feststellen, sie sind uns teuer und eigentlich auch zu teuer. Die Kollegin Stahmann hat das, finde ich, sehr anschaulich geschildert, und ich kann sie eigentlich nur in alldem unterstützen, weil auch eine ganze Zeit lang auch von unserer Seite aus versucht worden ist, etwas konkreter zu machen, etwas mehr Eigenständigkeit in die Jugendfreizeitheim hineinzugeben.

Es ist seit vielen Jahren, finde ich, eine behördlich organisierte Unverantwortlichkeit, und das hat System, das ist auch nicht Zufall, und das sind

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

keine Einzelfälle. Das ist zu beklagen. Wir haben das auch immer wieder beklagt. Das ist eine von den unendlichen Geschichten, die uns in unserem Ressort eben schon lange begleiten. Aber ich bin zuversichtlich, dass wir auch diese unendliche Geschichte, nämlich die, die die Verselbständigung der Jugendfreizeitheime und deren Eigenbewirtschaftung angeht, in eine endliche Geschiche umwandeln können. Es ist völlig klar, wenn ich nicht weiß, was etwas, was ich tue, kostet, dann kann ich auch mein Handeln nicht danach ausrichten, und das waren die Beispiele, die Frau Stahmann hier sehr drastisch und deutlich gebracht hat.

Ich möchte versuchen, die Große Anfrage konkret mit Zahlen zu beantworten und in ein Verhältnis mit den Kosten zu stellen, die für andere Einrichtungen dieser Stadt anfallen, weil das Anpassungskonzept in der Antwort erwähnt worden ist, weil dies natürlich auch uns insgesamt jetzt bewegt, und insofern ist es ein Teil des Ganzen, und man kann das nicht losgelöst sehen.

Ich habe das einmal ausgerechnet. Wir haben 19 Jugendfreizeitheime, die 1999, und nur die Zahlen haben wir im Moment, 7,7 Millionen DM gekostet haben, davon Bauinvestitionen von 211.200 DM und Bauunterhaltung 143.000 DM. Das ergibt pro Jugendfreizeitheim durchschnittliche Kosten von 420.000 DM. Da gibt es natürlich welche, die sind teurer und welche, die sind billiger, aber mit Durchschnittswerten kann man ja vielleicht ganz gut etwas vergleichen. Nichts ist jetzt darüber gesagt, wie viele Jugendliche diese Jugendfreizeitheime nutzen, um das nur noch einmal auf Jugendliche herunter zu rechnen, aber 420.000 DM, das ist fast eine halbe Million, ist ja doch ein erklecklicher Teil.

Dann haben wir 131 andere Formen von Jugendeinrichtungen in dieser Stadt, das ergibt also ein Verhältnis von 131 zu 19. 19 Jugendfreizeitheime kosten 7,7 Millionen DM, für 131 andere Einrichtungen dieser Stadt gibt es 4,5 Millionen DM. Da kann man schon erkennen, dass das nicht unbedingt im Gleichgewicht ist. Diese 131 Einrichtungen, um es auch wieder durchschnittlich auszurechnen, haben ungefähr 35.000 DM 1999 zur Verfügung gehabt. Das ist, glaube ich, im Stadtteil ein krasses Missverhältnis zwischen den Kosten und dem Nutzen.

Das wird jetzt alles durch das Anpassungskonzept besser, von dem wir einen Entwurf jetzt erhalten haben, das jetzt verhandelt wird, das nächste Woche im Jugendhilfeausschuss beraten wird und zu dem dann auch vor Ort eine breite Beteiligung organisiert wird. Das finde ich sehr bezeichnend. In den letzten zwei Jahren, kann man sagen, ha-

ben wir bei allem, was in unserem Ressort im Jugendbereich erfolgte, eine breite Beteiligung organisiert. Ich finde, das ist hilfreich, das nimmt die Jugendlichen und auch die Situation vor Ort mit auf den Weg. Ich bin sehr zuversichtlich und sehr gespannt, was am Ende dabei herauskommt.

Das Anpassungskonzept muss den effektiven Einsatz der drastisch weniger werdenden Ressourcen zum Ziel haben, das ist überhaupt keine Frage. Wenn man sich die Zahlen noch einmal vor Augen führt, die ich eben genannt habe, 19 Jugendfreizeitheime 7,7 Millionen DM - ich finde, man kann es gar nicht oft genug ins Verhältnis setzen! - und 4,5 Millionen DM für die anderen 131 Einrichtungen dieser Stadt, dann ist, glaube ich, klar, wo ein Löwenanteil der Einsparungen, die erfolgen müssen, auch zu erfolgen hat.

Zum Antrag der Grünen! Das, was im unteren Teil im Antrag steht, ist noch einmal exakt auf den Punkt gebracht, was jetzt auch im Rahmen des Anpassungskonzepts passieren soll, was also auf den Weg gebracht worden ist, was Herr Pietrzok mit dem Dampfer bezeichnet hat, und insofern können wir das in das Anpassungskonzept, in die Diskussion einführen. Ich finde, die Überweisung wird dem Antrag und der Sache gerecht. Damit können wir dann auch alle noch einmal die Erinnerung wach halten, was wir eigentlich bei der Diskussion des Anpassungskonzepts auch berücksichtigen wollten. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Zachau.

Abg. Zachau (Bündnis 90/Die Grünen): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich habe mich gemeldet, weil ich es als ein gutes Beispiel empfinde, wie die Verwaltungsreform von der technokratischen Ebene - neues Budgetrecht - auf eine ganz praktische, auch für den Nutzer der Einrichtung umzusetzende Möglichkeit sich auswirkt. Das, was Frau Stahmann hier geschildert hat, hat mich ein bisschen an eine Debatte, die wir im Bildungsbereich vor einigen Jahren hatten, erinnert, in der auch große Zaghaftigkeit bestand, die Verantwortung für wirtschaftliche Tätigkeiten an die Schulen zurückzugeben, weil dann die Bedenken kamen, dass das ja nur ein Sparprojekt sei, und argumentiert wurde, wir können das alles nicht. Erst einmal war diese Diskussionsgemengelage keine produktive, optimistische, nach vorn gerichtete, sondern eine mit spitzen Fingern.

Ich habe mich deswegen gemeldet, um Sie ausdrücklich zu ermutigen, dieses Projekt auch sehr stark zu forcieren. Gehen Sie einmal an bestimm-

te Schulen, die in diesem Prozess sehr weit sind, welche Erfahrungen gemacht worden sind, wenn die Voraussetzung erfüllt ist, dass die Gelder sozusagen nicht eingesammelt werden, die sie vor Ort erwirtschaften, sondern ihnen selbst wieder produktiv zur Verfügung gestellt werden.

(Abg. Bürger [CDU]: Zumindest teilweise!)

Es gibt zum Beispiel - manchmal sind auch kleine Effekte dabei, das ist dann der politische Streit - dieses Energiesparprogramm, das so genannte Dreiviertelprojekt, und da haben manche Schulen zehntausende im Jahr angespart. Müllprojekte: Sie waren erstaunt, was da zum Teil hängen geblieben ist und was sie sich dann davon in den Schulen leisten konnten.

Das ist nicht nur gut für die Umwelt, sondern das erzieht auch zur Übernahme von Verantwortung in der jeweiligen Einrichtung. Sie wissen ganz genau, wenn sie einen kleinen Baufonds haben, müssen sie zum Beispiel Graffities beseitigen. Bei konventioneller Abwicklung ist dafür oft kein Geld da, wenn sie selbst gestalten, dann passen sie auch schon auf, dass da nicht irgendjemand daran geht und ihnen die Wand zumalt. Dieser Prozess, die verschiedenen Elemente Verantwortung, Übernahme von Engagement für die Einrichtung, Geld sparen, Umweltschutz sind so wunderbar realisiert.

Die Krönung, das Sahnehäubchen auf dem Ganzen ist im Schulbereich - bitte verzeihen Sie mir, dass ich mich darauf beziehe, aber da ist das am ehesten passiert, und da hat das auch diese Erfolge gehabt - , dass jetzt zum Beispiel drei Bremer Schulen bei der Allianz-Stiftung Sonnenkollektoren gewonnen haben, weil sie energiepolitisch vorbildlich gewirtschaftet haben. Das hat dann auch eine Eigendynamik bekommen, weil die Kinder, die natürlich, anders als im Freizeitheim, das ist eine Angebotseinrichtung, zwangsläufig in der Schule sind, richtig Wettbewerbe gewinnen, weil sie sich so weit identifizieren, auch ihre Freizeit investieren und sich überlegen, wie sie ordentlich mit der Energie umgehen, und dann dafür auch noch solche Erfolge erwirtschaften.

Mein Appell ist: Nutzen Sie das, das ist Verwaltungsreform konkret, das gibt Verantwortung an die Jugendlichen und an die Einrichtungen zurück, und das kann doch nur im Interesse aller sein: Nicht so zaghaft, sondern frisch voran! - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Präsident Weber : Als Nächster hat das Wort Staatsrat Dr. Hoppensack.

Staatsrat Dr. Hoppensack: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich finde es unfair, dass man immer wieder dazu neigt, bei den Jugendfreizeitheimen seinen ganzen Unmut über die Schwerfälligkeit der öffentlichen Verwaltung abzuladen. Wenn Sie sehen, was dort in diesen 19 Einrichtungen zustande gebracht wird, in die immerhin 3000 bis 4000 junge Leute - also etwa gut zehn Prozent der Altersgruppe, die in Bremen lebt - nicht nur ein- und ausgehen, sondern dort auch durchaus sinnvolle Dinge machen, dann ist das jedenfalls ein Gesichtspunkt, der in diesem Zusammenhang unterschlagen wird. Ich finde es insbesondere unfair, wenn man gerade an dieser Stelle eine Verwaltungskritik anbringt, die sozusagen in der gesamten Fläche vorzufinden ist.

Auch das, was eben mit den Schulen, bei denen, die es gemacht haben - -. Das Gros der Schulen arbeitet ja noch so tankermäßig,

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nicht mehr! Sie sind alle in der wirtschaftlichen Auseinandersetzung! - Abg. Frau Hammerström [SPD]: Keine Details!)

wie es hier auch karikiert worden ist. Es gibt einige Schulen, die sich aufgemacht haben, die früh gestartet sind, die ausprobiert haben und die durchaus gute Erfolge gehabt haben. Das ist auch ein Anreiz für uns, uns entsprechend zu bewegen. Aber die große Masse der Behörden, Verwaltungen und Einrichtungen arbeitet noch auf eine ganz andere Art und Weise und muss sich verändern. Man sollte auch die Kirche im Dorf lassen und mit diesem Gegenstand fair umgehen.

Insbesondere finde ich es immer geradezu abschreckend, wie man diesen wichtigen Teil der Verwaltung, von öffentlich verantworteter Arbeit dann in seinen qualitativen Dingen, die dort gemacht werden, versucht zu diskreditieren. Jugendfreizeitheime sind irgendwie tot und teuer, und alles andere ist taufrisch und lebendig. Das ist eine unfaire Sichtweise, die ich zurückweise. Es geht munter durcheinander. Es gibt tote Jugendfreizeitheime, und es gibt genauso tote freie Initiativen, die das Geld nicht wert sind, das dort hineingesteckt wird.

Sie müssten uns im Übrigen diese 131 Phantomeinrichtungen noch einmal vorführen. Mir ist geläufig, dass wir etwa 55 Jugendfreizeitheime und Jugendclubs - nur das ist vergleichbar - haben, alles andere können Einzelmaßnahmen sein, aber das kann man nicht als Einrichtung bezeichnen. Insofern hat man hier Tankschiffe und Sportboote irgendwie verglichen und dann einen Durchschnitt gebildet. Das kann man so nicht machen.

Wenn Sie genau in unsere Antwort zu Ihrer Fragestellung geschaut haben, von der ich im Übrigen nicht der Meinung bin, dass sie uns im Augenblick besonders weitergeholfen hat, werden Sie wissen, dass wir an dieser Geschichte arbeiten, dass wir die Zahlen zusammentragen und dass wir an der Einführung der Kosten-Leistungs-Rechnung arbeiten.

Wir haben es im Jugendhilfeausschuss und in der Deputation berichtet und haben gesagt, dass wir an dieser Stelle im Laufe des nächsten Jahres mehr wissen werden und dass auch die Planung besteht, dann genau das zu tun, was Sie hier so als vorbildhaft geschildert haben, nämlich dass die Einrichtungen, die es dann geben wird, auch in der Lage sind, über ihr Budget zu verfügen, und zwar weit über das hinaus, was die Schulen heute tun. Der Hauptkostenfaktor, der dort relevant ist, ist der Personalkostenfaktor. Den können die Schulen nämlich nicht frei bewirtschaften.

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Man kann doch erst einmal dort anfangen, wo man es kann!)

Da sehe ich aber gerade eine Bewegungsmöglichkeit, auf die es ankommen wird, zum Beispiel, dass man sich nach dem Gesichtspunkt Geld statt Stellen entscheiden kann, um das Geld für Honorarkräfte, für wen auch immer, jedenfalls für notwendige Fachkräfte, für bestimmte Angebote zu nutzen. Das wird eine ganz neue Beweglichkeit bringen. Oder wenn man sich entschließen kann, zum Beispiel die Reinigungsaufgabe selbst und nicht professionell hauptamtlich erledigen zu lassen! Das bringt Musik, und diese Musik möchten wir haben. Wenn Sie uns hier in einem Jahr wieder danach fragen, vorher werden Sie das in den fachpolitischen Gremien hören, dann wird das anders sein. Wir streben das jedenfalls an.

Im Übrigen sind wir mit dem Anpassungskonzept Jugendarbeit dabei, das haben nun alle immer zitiert, uns mit diesem Sanierungsziel für den Bereich öffentlicher wie freiverbandlicher Jugendarbeit auseinander zu setzen. Es beginnt ein Prozess, er ist im vollen Gange. Die ersten Beiräte haben sich damit befasst. Wir werden nächste Woche im Jugendhilfeausschuss darüber reden. Wir stellen es zur Disposition.

Wir haben bestimmte Prinzipien aufgestellt, die wir für die Jugendarbeit wichtig finden. Jetzt wollen wir vor Ort mit dem, was gemacht worden ist, werben, wir wollen uns der Kritik stellen, und wir wollen aus der Erfahrung und aus der Erwartung der Jugendlichen und der Verantwortlichen in den

Stadtteilen nach der besseren Lösung suchen. Daraus wird sich ein neues Konzept ergeben.

Frau Senatorin Adolf hat hier gestern mit einer Deutlichkeit, wie es noch nie nach dem Kriege an dieser Stelle üblich war, gesagt, dass die öffentliche Verwaltung oder das, was heute öffentlich verantwortet wird, sich durchaus zur Disposition beziehungsweise zur Diskussion stellt und sich auch auf dem Prüfstand sieht. Das heißt, wenn es in den Stadtteilen qualifizierte Sichtweisen für bessere Lösungen gibt, die, anders als heute, nicht von der Stadt verantwortet werden, sondern von freien Trägern, dann werden wir auch für solche anderen Lösungen bereit stehen und sie auch einführen. Das ist durchaus ein zentraler Punkt bei dieser ganzen Debatte. Ich wäre sehr dankbar, wenn Sie uns bei diesem durchaus mutigen Kurswechsel weiter begleiteten.

Was die Punkte angeht, die hier zitiert worden sind, werden wir auf dem Sektor Energie, Bauunterhaltung und - last, not least - auf dem Sektor Personal, überall da, wo heute überwiegend Hauptamtliche tätig sind, neue Spielräume haben. Wenn die Träger, wer immer es dann sein wird, Phantasie genug haben, dann werden sie auch etwas daraus machen können, auch wenn es weniger sein wird, als heute noch an Mitteln gebunden ist.

Es gehört zu allen Bereichen unseres öffentlichen Lebens, dass wir es nicht mehr so haben, wie es in der Vergangenheit üblich war. Aber wir stehen auf dem Standpunkt, dass man auch aus weniger etwas machen kann, was am Ende nicht als Mangel wird beklagt werden müssen. Dass der Fortschritt eine Schnecke ist, hat Günter Grass prägend geschrieben.

Wir sind kurz vor dem Ziel, und im nächsten Jahr werden Sie uns messen können. Ich bin ganz sicher, dass das negative Urteil dann revidiert wird, das heute noch manche hier ausbreiten, um sich zu entschlacken. Ich habe ja diesen Bedarf auch manchmal, dass man sagt, irgendwie muss ich es einmal loswerden, weil diese Welt so widerlich ist, und deswegen nehme ich mich jetzt einmal sozusagen als denjenigen, der es schon richtig weiß, und alle anderen sind irgendwie ganz übel,

(Abg. Zachau [Bündnis 90/Die Grünen]: Das hat doch keiner gesagt! - Abg. Frau Striezel [CDU]: Das hat keiner gesagt! Ich weiß gar nicht, wo Sie das gehört haben!)

langweilig und vor allen Dingen langatmig. Das kann ich gut verstehen, dass man das manchmal hat, aber man sollte dann versuchen, wieder zurückzukommen. Insofern waren Stahmanns Erzählungen zwar erfrischend, aber leider Gottes auch etwas an der Wahrheit vorbei. - Danke!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Hoppensack, mich macht das ein bisschen betroffen. Ihre Stimmung schlägt mir ein bisschen aufs Gemüt.

(Heiterkeit)

Mir lag es völlig fern, die Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Freizeitheimen zu disqualifizieren. Ich finde, in den letzten Jahren hat man sich dort auch auf den Weg gemacht, aber Sie können nicht ignorieren, dass der Senat in den vergangenen Jahren ein schlechter Unternehmer war. Das Unternehmen Freizeitheim liegt in Strukturen, in denen niemand einen modernen Betrieb führen kann. Wenn man nicht weiß, was es kostet, kann man auch nicht kostenbewusst, ökologisch und modern diese Einrichtung bewirtschaften.

Wir hatten vorhin schon einmal das Wort von der Fürsorgepflicht. Dem ist der Senat und vielleicht alle vorangegangenen Senate schon seit 1980 nicht nachgekommen, denn die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Freizeitheimen sind im Durchschnitt sehr alt. Es ist ein ganz schlechter Personalmix zwischen Jüngeren und Älteren, und es liegen Wechselwünsche von mehr als 50 Prozent der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vor Ort vor, und ich denke, da hat der Senat seine Fürsorgepflicht als Arbeitgeber vernachlässigt. Das muss man auch so zur Kenntnis nehmen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es heißt ja nicht, dass die älteren Mitarbeiter jetzt alle schlecht sind, aber ein Personalmix ist schon anzuraten.

(Glocke)

Präsident Weber: Frau Stahmann, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Abgeordneten Frau Striezel?

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen):

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

Präsident Weber: Bitte, Frau Striezel!

Abg. Frau **Striezel** (CDU): Das Stichwort Fürsorgepflicht gefiel mir ganz gut. Sie haben völlig Recht, was das Personal angeht. Allerdings gibt es, finde ich, in der Vergangenheit eine Überfürsorgepflicht, was den anderen Teil angeht, dass man ihnen nicht zugetraut hat, dass sie selbständig ihre Arbeit organisieren können, und das, was Sie auch nachgefragt haben. Von daher gibt es sowohl das eine wie das andere.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen): Sicherlich, das sehe ich auch so!

Herr Zachau hat gestern bei den Haushaltsberatungen gesagt, wenn das Taschengeld nicht reicht, muss man seine Ausgaben senken oder seine Einnahmen erhöhen. Ich denke, das ist auch für die Freizeitheime wichtig, damit sie in der Moderne ankommen.

Die Zahlen von Frau Striezel fand ich anschaulich, aber der Senat hat sie mir in der Antwort nicht geliefert. Frau Striezel, vielleicht könnten Sie mir einmal sagen, woher Sie diese Zahlen haben, aber Sie haben auch, Herr Hoppensack hat es richtig gesagt, Äpfel mit Birnen verglichen. Ich führe Ihnen auch einen Jugendclub für 24.000 DM im Jahr, aber davon bezahle ich keine hauptamtliche Person.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das gibt es halt auch. Das steckt wahrscheinlich auch mit in diesen 131 Initiativen. Ich habe gestern gesagt, dass es viele Initiativen gibt, die finanziell nicht abgesichert sind, und auch mit dieser Frage muss man sich natürlich auseinander setzen und nicht nur jetzt in Zeiten der Haushaltsnotlage. Es geht darum, in der Stadt zu erfahren, was der Bedarf von Jugendlichen in den Stadtteilen ist, und das muss man auch erfragen. Man darf keine Angst haben, wenn das vielleicht auch doppelt so hoch ist, aber es hat noch nie jemand in dieser Stadt danach gefragt, und das fehlt noch und muss unbedingt gemacht werden.

Freizeitheime spielen eine wichtige Rolle im Leben von Jugendlichen. Allein im Jugendhilfeausschuss hat der Besuch von Jugendlichen aus Lückeprojekten gezeigt, was es bedeutet, wenn die ganzen Honorarkräfte wegfallen, ich habe es gestern schon gesagt, durch die neuen Beschäftigungsgesetze, der Honorarmitteltopf wurde nicht aufgestockt.

(Zuruf der Abg. Frau Dreyer [CDU])

Ja, die sind auch gut, das haben wir auch schon debattiert. Frau Dreyer, ich warte immer noch auf die fortgesetzte Diskussion, die Sie damals angekündigt haben. Das können wir gern noch machen, Frau Ziegert freut sich sicherlich auch schon darauf.

Die Pädagogen haben sich auf den Weg gemacht, ich habe es schon gesagt, aber Freizeitheime könnten auch stärker wie die freien Träger mit Schulen kooperieren, und Reinigung kann sicher zu einem Teil in den Einrichtungen von Jugendlichen erledigt werden, aber dem sind, das weiß ich aus persönlicher Erfahrung, Grenzen gesetzt.

Es geht um mehr Verantwortung und Transparenz. Leistungsverträge zu schließen heißt, die Einrichtungen sollten keine Angst haben, wenn einmal nur 30 Jugendliche im Monat kommen, dass sie gleich geschlossen werden, sondern da müssen sich Behörden, Jugendliche und Stadtteile auf den Weg machen und ergründen, was die Einrichtung besser machen kann, wie mehr Jugendliche für die Einrichtung gewonnen werden können. - Danke schön!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Striezel.

Abg. Frau **Striezel** (CDU)*): Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Einmal zu Herrn Staatsrat Dr. Hoppensack: Wir haben heute keine Qualitätsdebatte über die pädagogische Arbeit der Jugendfreizeitheime geführt. Ich habe auch keine Aussage von irgendeinem Redner zu diesem Thema gehört, und wenn Sie sich dann auf diesem Weg angegriffen fühlen oder glauben, da irgendetwas verteidigen zu müssen, was überhaupt nicht zur Diskussion steht, dann finde ich das schwierig. Dann sollten wir es auch noch einmal klarstellen, dass es hier wirklich um das Geld ging. Das war die Frage, und das war auch die Antwort.

(Beifall bei der CDU)

Ich will überhaupt nicht in Abrede stellen, genau wie die Kollegin Stahmann, dass es immer Jugendfreizeitheime gegeben hat, die eine wundervolle Arbeit gemacht haben mit einer großen Akzeptanz im Stadtteil und dass es in der Arbeit auch Veränderungen gegeben hat. Das ist doch völlig klar. Die haben doch auch gemerkt, dass sich der Druck erhöht und dass es Veränderungen in der Gesellschaft gibt und dass auch bei ge-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

ringer werdenden Jugendlichenzahlen etwas passieren muss, und da hat es eine Menge Veränderungen vor Ort gegeben. Das ist überhaupt nicht strittig, aber das war nicht das Thema hier.

Das Zweite ist, ich will das gern erklären mit den Zahlen, ich arbeite immer nur mit den Zahlen, die uns von der Verwaltung vorgelegt werden, und wir haben im Anpassungskonzept eine Liste der Ist-Förderung freier Träger der Kinder- und Jugendförderung, eine lange Liste mit all den Projekten, die gefördert werden und die jetzt in die Neuverteilung einbezogen werden, genauso wie die Jugendfreizeitheime. Ich habe gesagt, dass es nicht das gleiche ist, das ist doch völlig klar, aber überall werden, denn sonst würden wir sie ja nicht fördern, mit den Steuergeldern aus unserem Ressort Jugendliche betreut, gefördert und sich in irgendeiner Weise um sie gekümmert.

Natürlich ist das eine vielleicht ein kleines Segelboot und das andere ist ein großer Tanker, aber alles schwimmt und hat etwas mit Wasser zu tun und damit mit Jugendlichen, und insofern, finde ich, kann man das schon miteinander vergleichen. Ich will nur nicht, dass hier irgendwelche Ammenmärchen aufgebaut werden, es würden Zahlen verglichen, die nichts miteinander zu tun haben. Sie haben etwas miteinander zu tun, aber sie sind nicht eins zu eins vergleichbar. Das habe ich aber auch nicht gesagt. - Vielen Dank!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Die Beratung ist geschlossen.

Es ist unter den Fraktionen Einigkeit erzielt worden, dass der Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen mit der Drucksachen-Nummer 15/184 S in die Deputation für Soziales, Jugend und Senioren überwiesen werden soll.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer einer Überweisung in die Deputation für Soziales, Jugend und Senioren seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt der Überweisung in die entsprechende Deputation zu.

(Einstimmig)

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Wirtschaftlichkeitsüberlegungen bei der Umwandlung der Werkstatt Bremen in eine GmbH Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

vom 11. April 2000 (Drucksache 15/127 S)

Dazu

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000 (Drucksache 15/150 S)

Dazu als Vertreter des Senats Staatsrat Dr. Knigge.

Gemäß Paragraph 29 unserer Geschäftsordnung hat der Senat die Möglichkeit, die Antwort auf die Große Anfrage in der Bürgerschaft mündlich zu wiederholen. Ich gehe davon aus, Herr Staatsrat, dass Sie darauf verzichten.

Wir treten in die Aussprache ein.

Als Erste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Die Grünen haben eine Anfrage an den Senat gestellt, um zu erfahren, welche finanziellen, welche personalpolitischen und welche sozial- und arbeitsmarktpolitischen Vorteile darin liegen, dass die Werkstatt Bremen in eine GmbH umgewandelt werden soll.

Die Werkstatt Bremen ist ein 1991 gegründeter Eigenbetrieb der Stadtgemeinde Bremen. Er hat im Wesentlichen zwei Betriebsteile. Der eine Betriebsteil ist der in der Öffentlichkeit bekanntere Martinshof, das ist die Bremer Behindertenwerkstatt, der andere Bereich ist der Bereich Hilfe zur Arbeit. Das ist der Bereich, in dem Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und Sozialhilfeempfängerinnen nach dem so genannten Paragraphen 19 Bundessozialhilfegesetz Arbeiten angeboten werden. Sie werden von der Werkstatt Bremen aus in Arbeit vermittelt.

Die Werkstatt Bremen unterhält im Wesentlichen keine eigenen Beschäftigungsangebote, sondern bei der Werkstatt Bremen geht es um die Vermittlung zu den Trägern, die in Bremen Beschäfti-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

gungsangebote für Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger anbieten. Dieser zweite Teil, Hilfe zur Arbeit, in dem jedes Jahr über 1000 Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfänger in Arbeit vermittelt werden, soll also nach dem Vorhaben der großen Koalition in eine GmbH umgewandelt werden.

Wozu ist das eigentlich gut? Das hat uns schon interessiert. Nachdem wir bisher wenig darüber erfahren haben, haben wir versucht, jetzt vom Senat zu erfahren, wozu das gut ist. Wir wollten auch gern, dass der Senat die rechtlichen Vorgaben erfüllt, die an solche Strukturumwandlungen gebunden sind. Er muss nämlich nachweisen, dass es Vorteile hat, auf gut Deutsch, er muss nachweisen, dass es sich rechnet.

In der Antwort des Senats erfahren wir das allerdings nicht. In dieser Antwort wird ganz viel von Hoffnung gesprochen. Es soll das besser werden, es soll dies besser werden, das könnte anders strukturiert werden, das könnte besser sein, hier oder so, und es wird nicht ein einziger harter Faktor aufgezeigt, aus dem man nachweisen kann, in dem Bereich wird es da billiger, da kann man soundso viel Personal einsparen, da werden die Entscheidungsstrukturen anders, dort hat das die Auswirkung auf die Trägerlandschaft, nichts!

Glaube, Liebe, Hoffnung, das ist die Antwort des Senats, obwohl klar vorgeschrieben ist, dass die Wirtschaftlichkeit nachgewiesen werden muss, bevor man solche Entscheidungen trifft. Die ganze Vorlage enthält nicht eine Zahl.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es gibt in Wirklichkeit eben auch kein einziges Argument für Ihre Pläne. Es gibt Hoffnungen. Es sollen Programme zusammengefasst werden, als sei das nicht das natürliche Interesse der Kostenträger Arbeitsamt einerseits und Sozialamt andererseits, möglichst den anderen zahlen zu lassen. Man kann über den Sinn und Unsinn der Struktur ja streiten, ob es sinnvoll ist, dass Arbeitslose woanders Geld bekommen anstelle von Sozialhilfe, aber ehe man nicht die Defizite dieses Modells analysiert hat, kann man sich schlecht daranmachen, es wirklich zu verbessern.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es sollen Managements- und Organisationsstrukturen verbessert werden, und es wird überhaupt alles besser. Wenn etwas besser werden soll, muss man vorher genau sagen, was nicht gut ist und warum es nicht gut ist, und dann muss man schauen, mit welcher Veränderung man was wie

verbessert. Sie sind aber den umgekehrten Weg gegangen.

Schon im Frühjahr letzten Jahres gab es ja ein bemerkenswertes Konzept der Arbeits- und Jugendwerkstätten, das Konzept war 18 Seiten lang, man kann es in einem Satz zusammenfassen: Dieser staatliche Beschäftigungsträger möchte gern 400 Sozialhilfeempfänger mehr beschäftigen, weil die Bewilligung von ABM etwas unsicher geworden ist. Jetzt einmal heran, wie kommt man da heran? Das soll besser werden für die Arbeits- und Jugendwerkstätten, aber ob es im Interesse der Stadt sinnvoll ist, kommunale Beschäftigungsträger besser auszustatten, erfahren wir hier nicht. Ich glaube aber, dass dies eines der strategischen Ziele ist, die Sie mit dieser GmbH-Gründung verfolgen.

Sie zerschlagen mit dem, was Sie vorhaben, im Übrigen einen funktionierenden Betrieb, nämlich den Betrieb Werkstatt Bremen, der von Frau Stöver, das sage ich auch noch einmal, in einer Art und Weise aufgebaut worden ist, dass er sich sehen lassen kann.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen und bei der SPD)

Die Werkstatt Bremen hat es in den letzten Jahren geschafft, sich bundesweit einen guten Ruf zu erwerben, und zwar sowohl der Bereich Behindertenwerkstatt als auch der Bereich Hilfe zur Arbeit. Es gibt keinen einzigen Grund, der innerhalb dieses Betriebes liegt, warum er jetzt zerschlagen werden muss, und auch die Leitungsstrukturen können nicht so bleiben, wie sie sind. Was ist das also für eine Reform, die zuallererst einmal die bestehenden funktionierenden Strukturen zerschlägt? Das möchte ich gern wissen!

Im Übrigen gibt es von 1991, das habe ich in Gegenwart von Herrn Dr. Hoppensack auch schon ein paar Mal gesagt, von Ihnen das Versprechen an die Belegschaft, die damals die Umwandlung in den Eigenbetrieb nicht wollte: Kommt, Leute, wir machen uns auf den Weg; es gibt Vorteile für die Gründung eines Eigenbetriebs, aber eure Befürchtung, dass das nur der erste Schritt zu einer weiteren Privatisierung ist, trifft nicht zu, das, sage ich euch, machen wir nicht.

(Staatsrat Dr. Hoppensack: Das ist eine Legende!)

Nein, ich war dabei, als Sie das versprochen haben, weil die Grünen nämlich 1991 in die Koalition gegangen sind, und wir haben uns auch schwer damit getan, diesen Eigenbetrieb zu gründen, und zwar nicht, weil wir nicht wollten, dass die Behindertenwerkstatt Eigenbetrieb wird, dafür gibt es

innerhalb des Betriebes gute Gründe, sondern weil der Bereich Hilfe zur Arbeit ein Teil des Sozialamts ist, und den in einen Eigenbetrieb umzuwandeln, dafür muss man sich schon ziemlich genau überlegen, welche positiven Begründungen es dafür gibt. Es gab nicht so wahnsinnig viele. Trotzdem war es richtig, nachdem Sie das der Belegschaft so versprochen hatten, das zu versuchen, und ich sage einmal, das hat ja auch geklappt. Das ist ein prima Betrieb, überall angesehen, auch der Bereich Hilfe zur Arbeit, und den wollen Sie jetzt kaputt machen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie geben wieder, wie nach der BIG, meine Damen und Herren von der SPD, die hat ja auch angefangen, Gott sei Dank, einen etwas weniger guten Ruf zu bekommen, eine hoheitliche Aufgabe an eine privatrechtliche Gesellschaft. Dieser Weg ist ein Irrweg!

In allen Bundesländern gerät das Aushebeln parlamentarischer Kontrolle in die Kritik. Hier soll die Geschichte noch schnell durchgezogen werden, ehe Sie merken werden, dass sowohl der Trend, was Verwaltungsreform heißt, als auch die Sichtweise, was eigentlich Parlamente noch dürfen, Ihnen in Zukunft solche Wege verbaut. Einige Vertreter des Parlaments werden von Senatsgnaden im Aufsichtsrat sitzen. Die parlamentarische Kontrolle über diesen Betrieb, über eine zentrale sozialpolitische Leistung in Bremen wird nicht mehr stattfinden.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Gleich werden Sie sagen, dass das eine der positiven Begründungen für diese Angelegenheit ist, dass operative und steuernde Aufgaben voneinander getrennt werden sollen. Das ist ein Spruch, den ich andauernd höre. Dann wollen wir doch einmal schauen, wo sie nicht voneinander getrennt sind.

Dass Herr Dr. Hoppensack häufiger einmal ganz gern darauf hereinfällt, Einzelfallentscheidungen zu treffen, ist bekannt, das macht ihn auch aus unserer Sicht sympathisch, obwohl es eigentlich nicht richtig ist, und dass es hier auch Abgeordnete gibt, die häufiger ganz gern in Verwaltungshandeln eingreifen, weil sie finden, dass die Verwaltung mehr im Interesse ihrer Klientel, ihres Vereins, Trägers oder ihres Stadtteils agieren soll, das weiß ich auch. Über die Unsitte, dass Abgeordnete hier nun Verwaltungsvorlagen schreiben, habe ich vorhin schon gesprochen. Dieses ganze Durcheinander, das finde ich auch, dann könnte

man auch noch einmal über das Deputationswesen sprechen und darüber,

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

dass es daran scheitert, dass die SPD nicht an klaren Strukturen interessiert ist -

(Zuruf von Staatsrat Dr. Knigge)

am Deputationswesen sind weder Herr Fücks noch die Grünen schuld, Herr Dr. Knigge -, könnte man ändern, die Grünen sind klar dafür. Trotzdem gibt es einen klaren Verwaltungsaufbau, und ich weiß eigentlich ehrlich gesagt ziemlich genau, wenn die Leute sich an die Spielregeln halten würden, wer für operative und steuernde Aufgaben zuständig ist.

Ich sage, was die wirklichen Ziele sind, nämlich nicht das, was Sie vorgeben, dass etwas optimiert werden soll, es soll arbeitsmarktpolitisch besser werden, indem man eine GmbH in Bremerhaven gründet für die Landesaufgaben und eine GmbH in Bremen, nämlich die Werkstatt Bremen. Damit wird überhaupt nichts besser! Die wirklichen Ziele dieser so genannten Reform sind erstens, man will ein Staatsräteimperium zur Bereinigung der Trägerlandschaft schaffen.

(Zurufe von der SPD: Oh!)

Sie werden sehen, wir werden Recht bekommen! Die Pläne liegen vor, und das Papier der Arbeitsund Jugendwerkstätten, wie man sich noch möglichst viele BSHG-19-Stellen unter den Nagel reißen kann, liegt mir vor, das kann ich gern kopieren. Es geht um ein Aushebeln parlamentarischer Kontrolle, weil das ja auch irgendwie herumnervt, wenn da ewig so viele Fragen gestellt werden, was kosten Jugendfreizeitheime und was Abgeordnete sich noch alles an Fragen ausdenken. Das macht ihnen ja auch den Alltag nicht so besonders erquicklich. Im Übrigen werden wir hier alle dafür bezahlt, übrigens auch die Abgeordneten der Regierungsfraktionen, und es geht darum, perspektivisch aus dem BAT auszusteigen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das sind die wirklichen Ziele dieser so genannten Reform, und ich finde es äußerst bitter, dass insbesondere Sozialdemokraten so etwas mitmachen.

Wir bekommen ein inhaltliches Problem, und das heißt Sozialpolitik. Das ist auch der Grund, warum es mich so ärgert, was Sie da vorhaben. Der Bereich Paragraph 19 BSHG ist klar ein integrierter Bereich, der Aufgabe der Sozialverwaltung ist. Das wird auch im Grunde nirgendwo bestritten. Wenn Sie sagen, es muss Hilfe aus einer Hand stattfinden, es muss ein Kosten- und Nutzenbewusstsein geschaffen werden, dann müssen Sie sich klarmachen, dass Paragraph 19 BSHG, ob Ihnen das gefällt oder nicht, keine Hilfe vor dem Hintergrund des Arbeitsförderungsgesetzes ist, sondern vor dem Hintergrund des Bundessozialhilfegesetzes.

Damit ist keine arbeitsmarktpolitische Intention verbunden, sondern eine sozialpolitische, und die heißt, die Vermittlung in Arbeit, auch die Vermittlung in den ersten Arbeitsmarkt, ist ein Hilfeinstrument im Verhältnis zu anderen Hilfeinstrumenten. Wenn Sie sich anschauen, wer sich an die Werkstatt Bremen wendet, wie viele Menschen dabei sind, die neben ihrer Arbeitslosigkeit unheimlich starke Probleme haben, da gibt es Menschen mit Suchtproblemen, da gibt es obdachlose Menschen, die werden zur Arbeitsvermittlung geschickt, und stark verschuldete. Der Bereich Hilfe zur Arbeit ist ein integrierter Bestandteil nach dem Bundessozialhilfegesetz, und dieser soll nun sozusagen noch weiter weg von der normalen Sozialverwaltung ausgegliedert und organisatorisch entfernt werden. Das wird der sozialpolitischen Ausrichtung einen großen Schaden erweisen, und wir wollen das nicht.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Sie müssen nach dem Gesetz die Vorteile nachweisen, nicht einfach nur Hoffnung, sondern Sie müssen sie nachweisen, und das haben Sie bisher nicht geleistet. Deshalb ist die Frage der GmbH einfach nicht entscheidungsreif. Wir wollen, dass die Fragen beantwortet werden, ehe Sie Entscheidungen treffen, und nicht, wie das bei der BIG gelaufen ist, ach, dann glaubt man alles, und es wird schon wieder irgendwie gut gehen, und irgendwie bekommen wir das hinterher schon hin!

Im Übrigen, das sage ich jetzt einmal an die Adresse der CDU, welches strategische Interesse die CDU damit verbindet, die Frage, in welcher Trägerlandschaft und unter welchen Vorgaben in Bremen eigentlich Zigmillionen DM gegeben werden, sozusagen auch als Regierungspartei der parlamentarischen Kontrolle noch weiter zu entziehen, als das jetzt schon der Fall ist, werde ich nie begreifen. Solch ein strategisches Instrument würde ich mir nicht aus der Hand nehmen lassen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das besondere Bonbon am Rande, dann höre ich auch auf, sind die 500.000 DM Umsatzsteuer, den

dieser Betrieb in Zukunft bezahlen muss. Ich sage einmal, anderswo wird ordentlich gespart, aber für das Staatsräteimperium ist ja Geld da. Ich sage einmal, lassen Sie den Blödsinn! Die Verbesserungen, die vielleicht auch nötig sind im Bereich der Vermittlung, ich sage nicht, dass man das nicht verbessern kann, diese Verbesserungen sind innerhalb des bestehenden Systems möglich, oder es muss genau nachgewiesen werden, an welcher Stelle mit welchen organisatorischen Veränderungen welche Effekte erzielt werden können. Hier gibt es nur Schrotschüsse, und den Blödsinn lassen Sie dann!

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Dreyer.

Abg. Frau **Dreyer** (CDU): Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Linnert, ich bin doch etwas verwirrt. Frau Stahmann hat eben bei den Jugendfreizeitheimen wortwörtlich gesagt, ich habe es hier mitgeschrieben: "Der Senat ist ein schlechter Unternehmer." Nun will sich der Senat einmal heraushalten, dann ist es auch nicht richtig.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Es geht um die Vermittlung in Arbeit, nicht um Unternehmertum!)

Frau Linnert, hören Sie einfach zu! Es scheint Ihnen ja auch mehr um die parlamentarische Kontrolle zu gehen. Es ist auch so in einer GmbH, das haben wir auch in anderen GmbH, dass es selbstverständlich einen Aufsichtsrat gibt, und seien Sie ganz sicher, dass auch gerade die CDU, aber ich denke, alle Parlamentarier darauf achten werden, dass parlamentarische Kontrolle stattfindet und auch gewährleistet ist.

Aber gehen wir doch einmal zu Ihrer Anfrage, meine Damen und Herren von den Grünen! Sie fragen nach den Wirtschaftlichkeitsüberlegungen bei der Umwandlung der Werkstatt Bremen in eine GmbH, und bevor ich auf diese Fragestellung eingehe, lassen Sie mich für die CDU-Fraktion noch einmal kurz zusammenfassen, worum es denn überhaupt geht! Ich befasse mich in meinen Ausführungen ausschließlich mit dem Bereich Hilfe zur Arbeit. Für den Behindertenbereich wird mein Kollege Uwe Oppermann dann gleich das Wort ergreifen.

Meine Damen und Herren, wir, die CDU-Fraktion, wollen, dass die Menschen, die neu in die Sozialhilfe kommen, und um die geht es vorrangig, sofort ein Beschäftigungsangebot erhalten und damit eine reelle Chance bekommen, in kürzester

Zeit auf dem Arbeitsmarkt, und zwar auf dem ersten Arbeitsmarkt, wieder Fuß fassen zu können. Darum geht es! Dafür wollen wir die unterschiedlichen Instrumente der Beratung, der finanziellen Förderung, der Qualifizierung über die unterschiedlichen Träger und natürlich über die Betriebe mit den dortigen Arbeitsplatzangeboten zusammenbringen und bündeln.

Alles dies geschieht ausschließlich zum einzigen Ziel, den Menschen ohne Arbeit einen realistischen Weg auf den ersten Arbeitsmarkt aufzuzeigen und sie auf diesem Weg punktuell zu begleiten. Wenn ich punktuell sage, und da unterscheiden wir uns auch von den Grünen, dann meine ich auch punktuell, denn ich glaube, wir müssen lernen und akzeptieren, dass auch bei der Hilfe zur Arbeit nicht die Lebensberatung von der Wiege bis zur Bahre gefordert ist - dafür gibt es die sozialen Dienste, und die wird es auch weiterhin in ihrer umfangreichen Kompetenz geben -, sondern dass wir in der Hilfe zur Arbeit dort, wo die Schwierigkeiten bestehen, diese mit kompetenter Beratung und passgenauer Hilfe für den Einzelnen überwindbar machen. Das ist Hilfe zur Selbsthilfe, und so steht es im BSHG. Dies ist der gesetzliche Auftrag, das ist die Aufgabe.

Wir wollen also, meine Damen und Herren, dass die Menschen unabhängig von staatlichen Transferleistungen ihren Lebensunterhalt für sich und ihre Familie wieder eigenständig bestreiten können. Wir wollen, dass diese Menschen wieder Vertrauen in ihre Leistungskraft finden, und wir wollen, dass diese Menschen wieder selbstbewusst ihren Weg gehen werden. Das sind unsere Zielel

Dafür möchten wir die bisher schon besonders guten Leistungen der Werkstatt Bremen noch besser machen, und das heißt, dass mit der Neustrukturierung der bremischen Arbeitsmarktförderung eine Neuausrichtung mit flexiblen Strukturen, mit eigenständigen Verantwortungsbereichen, mit betriebswirtschaftlichen Arbeitsabläufen und, und das ist das Wichtige und Neue, mit einer Öffnung der Geschäftstätigkeit und der Geschäftsfelder weit über die kommunalen Aufgaben hinaus möglich wird, das heißt wirtschaftlich effizienter, und das heißt in einer privatwirtschaftlichen Rechtsform, nämlich einer GmbH. Dass dies möglich und auch richtig ist, haben die Bremer Entsorgungsbetriebe, die Wirtschaftsförderungsgesellschaft, die Informations- und Datendienste Bremen und die Senatskommission für das Personalwesen bereits bewiesen, so dass grundsätzliche Zweifel daran eigentlich nicht mehr angebracht sind.

Meine Damen und Herren, die von der Neustrukturierung betroffenen Mitarbeiterinnen und Mitar-

beiter sowie die Personalvertretungen beteiligen sich an diesem bereits eingeschlagenen Weg konstruktiv. Sie arbeiten in den Lenkungsgruppen mit, und es geht voran. Noch gibt es allerdings viele Fragen und an der einen oder anderen Stelle auch noch ganz massive Zweifel, und diese müssen ernst genommen werden, diese müssen auch offen miteinander diskutiert werden.

Ich bin mir allerdings sicher, dass nach dem Übergang in eine GmbH die Vorteile überwiegen, zum einen für die Beschäftigten und zum anderen für die Menschen, die Beratung und konkrete Hilfsangebote dringend brauchen. Für diese Menschen, nur für diese, treten die Beschäftigten in der Hilfe zur Arbeit jeden Tag und mit großem Engagement ihre Arbeit an, und ich denke, das werden sie weiterhin tun. Daran ist überhaupt kein Zweifel angebracht.

Selbstverständlich, meine Damen und Herren, werden die Beschäftigten andere und neue Aufgaben übernehmen, aber genauso selbstverständlich haben die Beschäftigten auch einen Anspruch darauf, dass ihre Arbeitsbedingungen, und dazu gehört auch das Gehalt, sich nicht verschlechtern. Im Gegenteil, wenn die GmbH Gewinne macht, muss sich das auch bei den Beschäftigten niederschlagen und erkennbar werden.

Doch die Reihenfolge ist hier wie immer einzuhalten, meine Damen und Herren, und die Reihenfolge ist folgendermaßen: erst die GmbH, dann die kompetente Erweiterung der Geschäftsfelder und der Aufgaben, die damit verbunden sind, drittens der Nachweis der Wirtschaftlichkeit und dann hoffentlich die Gewinne, die gehören nämlich dazu. Erst dann können wir im vierten Schritt über das Investieren der Gewinne nachdenken. Investieren kann man Gewinne in neue Geschäftsfelder und neue Datenverarbeitung, man kann sie aber auch in das Humankapital, in die Beschäftigten investieren, und ich denke, wir werden diesen Weg gehen. Wir stehen erst am Anfang, aber ich bin sehr zuversichtlich, dass es gelingen wird. - Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Pietrzok.

Abg. **Pietrzok** (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Wir beschäftigen uns ja hier mit dem Bereich Hilfe zur Arbeit als einem Unternehmensteil der Werkstatt Bremen. Ich werde mich in dem Zusammenhang auch darauf beschränken. Für die Fragen, die den Martinshof betreffen, befindet sich das Verfahren in einem Prozess, und

ich bin sehr hoffnungsfroh, dass wir zu einem Ergebnis kommen, mit dem wir als SPD-Fraktion dann auch gut leben können.

Zum Thema Aushebeln des Parlaments! Frau Linnert, ich habe es heute ein bisschen mit den Verkehrsmitteln. Wissen Sie, was ein Auto und ein Fahrrad gemeinsam haben? Wenn man Bremse, Lenkung sowie den Antrieb steuert, dann kommt man an das richtige Ziel. Wichtig ist am Ende nur,

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Was hinten herauskommt! Helmut Kohl! Das ist wichtig!)

ob das Steuer funktioniert. Da können Sie ruhig Herrn Kohl zitieren, ich würde das nie machen.

(Abg. Eckhoff [CDU]: Ich würde nie nie sagen!)

Man kann entscheiden, mit welchem Tempo die Reise geht, entscheidend ist die Frage, ob man das Steuer in der Hand hält. Wenn ich mir die Neuorientierung der Bremer Arbeitsförderung ansehe, die Überleitung des Bereichs Hilfe zur Arbeit der Werkstatt Bremen in eine GmbH und das Zusammenführen mit anderen arbeitsmarktpolitischen Instrumenten, dann suggeriert diese Frage nicht notwendigerweise das Steuern. Es ist eher eine Frage, um bei dem Beispiel zu bleiben, für welchen Antrieb wir uns entscheiden.

Ich bin der Überzeugung, dass die Umwandlung des Bereichs der Hilfe zur Arbeit der Arbeitsmarktpolitik mehr Power und Stringenz verleiht, ohne das Steuern für die Politik zu beschränken. Das Steuern benötigen wir dringend, denn wir wollen in den nächsten Jahren immerhin auch zu einer Verdoppelung der Maßnahmen im Bereich BSHG kommen.

(Beifall bei der SPD)

Sie kritisieren einen Leitbildmangel in Ihrer Großen Anfrage. Ich kann das nicht nachvollziehen. Wenn wir uns hier einfach einmal einige Kernsätze herausholen, dann wird es doch deutlich. Wir haben eine Trennung von operativer und strategischer Ebene. Die Formulierung haben wir tausendmal gehört, das ist wahr, aber es geht doch dabei um ein Leitbild der Modernisierung der Verwaltung, und das motiviert uns doch auf allen Ebenen, zu einer deutlichen Trennung von genau diesen Ebenen zu kommen. Eindeutigere Abgrenzungen von verschiedenen Arbeits- und Entscheidungsebenen machen wir an verschiedenen Stellen, und dann wird es doch deutlicher mit dem Steuern.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Die sind doch abgegrenzt!)

Auf der strategischen Ebene passiert das ja. Wir haben mittlerweile eine Fusion von verschiedenen Verwaltungsebenen und wollen jetzt auch versuchen, einen ähnlichen Prozess auf der operativen Ebene einzuleiten. Wir wollen für ähnliche Zielgruppen eine gemeinsame Systematik herstellen. Wir wollen die Aufgaben organisatorisch voll auf einen zielgruppenorientierten Arbeitsauftrag ausrichten. Der Ansatz ist völlig richtig, wir wollen Arbeitsmarktpolitik an Lösungen für die Betroffenen selbst ausrichten, genauso wie Sozialpolitik. Da ist die Denkweise doch völlig korrekt, von der Zuwendungslogik wegzugehen, dass sich danach, ob man Leistungen nach BSHG oder vom Arbeitsamt erhält, dann entscheidet, welchen Weg man einzuschlagen hat.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Nein, nach der Bedarfslage!)

Das ist nicht zeitgemäß. Es führt zu sich überlagernden arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Konzepten, anstatt hier etwas aus einem Guss zu schaffen. Jetzt machen wir etwas aus einem Guss und bleiben am Steuer, erstens, durch die Schwerpunkte, die sich aus unserem Haushalt ergeben, zweitens, aus der Ausgestaltung der Kontrakte zwischen dem Senator für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales und, drittens, natürlich dadurch, dass wir in der GmbH auch Personen sitzen haben. Von daher bin ich der Meinung, dass wir durchaus das Steuer nicht aus der Hand geben.

Zu den Fragen der Finanzen: Natürlich müssen wir uns fragen, ob eine solche neue Struktur nicht nur besser, sondern auch günstiger ist. Wir denken, dass sich diese ganze Sache aber trotz der zu erwartenden Schwierigkeiten mit der Gemeinnützigkeit, auf die Sie ja auch hingewiesen haben, mit entsprechenden steuerlichen Konsequenzen rechnet. Die neue Gesellschaft muss sich nicht regional auf Bremen beschränken, sie kann über den Rahmen kommunaler Aufgaben hinaus hanbeschäftigungsorientierte deln und konkrete Dienstleistungen auch Unternehmen der privaten Wirtschaft anbieten, und sie verfügt über ein höheres Maß an Selbständigkeit. Insofern geht diese Sache auch fiskalpolitisch auf.

Zur Frage zur Qualität und Struktur der Beratung: Ziel muss die engere Abstimmung entsprechender Angebote der Beratung von Arbeitsamt und Sozialressort sein. Dies ist eine zentrale Aufgabe der neuen Struktur. Gelingt es uns, die verschiedenen Dimensionen und Perspektiven dieser Beratungen, wie wir sie jetzt bei Sozialämtern, Arbeitsamt und Werkstatt Bremen haben, konstruktiv zusammenzubringen, wenn uns an dieser Stelle ein großer Wurf gelänge, wäre dies ein tolles Ergebnis. Vieles deutet im Augenblick darauf hin, dass derzeit die Beratungssysteme sehr unabgestimmt sind.

Wenn es uns zukünftig gelingt, und hier haben wir ja etwas vor, das diese Ambition hat, dass unabhängig von der Frage, von wo eine betreffende Person ihre Leistungen bezieht, die gesamte derzeit vorhandene Bandbreite an Beratung und Hilfsleistung zur Verfügung steht, dann haben wir unser Ziel erreicht. Bedenken Sie, dass dies eine Ausweitung im Bereich Hilfen zur Arbeit auch mit einschließen muss! Auch an dieser Stelle werden wir innovative Wege gehen. Wir sind davon überzeugt, auf diesem Weg eine moderne Form beschäftigungsorientierter Sozialpolitik zu entfalten.

Dass ein solcher Umbau gerade bei der Werkstatt Bremen, die ja für ihre Arbeit in der Stadt großen Respekt erhält, Verunsicherung auslöst, ist verständlich. Man sollte das Maß der Verunsicherung hier so gering halten wie möglich, aber die Zusammenführung von arbeits- und sozialpolitischen Programmen konsequent organisatorisch umsetzen. Das ist hier die Politik, für die wir Sozialdemokraten stehen. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort der Abgeordnete Karl Uwe Oppermann.

Abg. Karl Uwe **Oppermann** (CDU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen, meine Herren! Frau Linnert hat es gesagt, 1991 ist die Werkstatt für Behinderte, Werkstatt Bremen, Martinshof, von einem Amt in einen Eigenbetrieb umgewandelt worden. Das heißt, nächstes Jahr können wir im Grunde genommen zehn Jahre Eigenbetrieb feiern, und das ist eine Erfolgsstory, meine Damen und Herren. Das ist nicht nur der Erfolg von Frau Stöver, sondern es ist der Erfolg aller Mitarbeiter, die in der Werkstatt Bremen gearbeitet haben.

(Beifall bei der CDU und bei der SPD)

Das ist insbesondere auch ein Erfolg der behinderten Mitarbeiter, die dort beschäftigt sind, die dort tagaus, tagein ihrer Arbeit nachgehen. Das weiß ich als Mitglied des Betriebsausschusses von Anfang an. Die höchste Wertschöpfung, die in beschützenden Werkstätten in Deutschland verdient wird, wird in der Werkstatt Martinshof erarbeitet.

Ich habe heute nach der Mittagspause ein Flugblatt bekommen, als ich das Gebäude betrat, und ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten einen Teil davon: "Bremen braucht auch in Zukunft einen Betrieb mit eindeutig sozialem Auftrag im Interesse von Menschen mit Behinderung." Ich glaube, dem ist nichts hinzuzufügen, den brauchen wir, und den wollen wir auch erhalten. Das, was hier in diesem Papier vorgestellt wird, steht dem nicht entgegen, dass wir weiterhin diesen Betrieb wollen und auch fördern werden, weil uns die Menschen und insbesondere die behinderten Menschen, die in diesem Betrieb beschäftigt sind und dort ihrer Arbeit nachgehen, am Herzen liegen.

Nun gibt es natürlich Ängste, wenn solche Diskussionen um Änderung der Betriebsform, Änderung der Strukturen vielleicht, Änderungen der Leitung kommen. Diese Ängste haben mich genau an die Ängste erinnert, die 1991 im Betrieb vorherrschten, und ich habe es eben gesagt, die Änderung vom Amt in einen Eigenbetrieb ist eine Erfolgsstory geworden. Darüber sind wir ja alle sehr froh. Ich habe aber auch Verständnis, wenn sich Menschen, die dort beschäftigt sind, Gedanken über ihre nahe Zukunft machen, wie wird das weitergehen, wie wird mein Platz sein, wenn hier eine GmbH kommt, bin ich vielleicht auch überflüssig und solche Dinge. Diese Ängste, die einem durch den Kopf gehen, nehmen wir ernst und werden wir auch berücksichtigen.

Nun haben wir als CDU immer gesagt, das sage ich auch an dieser Stelle wieder, auch im Gespräch mit dem Betriebsrat oder Personalrat haben wir es gesagt, wir können es uns auch vorstellen, den Bereich Werkstatt für Behinderte in eine GmbH umzuwandeln. Zu dieser Aussage stehen wir nach wie vor. Der Vorlage können wir alle entnehmen, dass die Gesellschaft Fides, die wir damit beauftragt haben, das genau zu prüfen, sagt, das können wir so schnell nicht beantworten, ob das vernünftig ist, das dauert noch einige Zeit. Ich glaube, allein aus diesem Hinweis, der hier in der Drucksache ist, kann man erkennen, dass das Vorhaben, auch die Werkstatt für Behinderte in eine GmbH umzuwandeln, nicht so einfach geht und dass noch viele andere Dinge zu bedenken sind. Das werden wir sehr sorgfältig tun.

Es spricht aber nichts dagegen, wenn wir bei der Umwandlung mit zwei verschiedenen Geschwindigkeiten fahren, wenn wir den einen Bereich, Hilfen zur Arbeit, zügig umwandeln und wenn wir in der Werkstatt für Behinderte sehr genau, gewissenhaft und sorgfältig schauen, ob es dort notwendig ist, ob die Vorteile, so wie sie vorgeschrieben sind, überwiegen und ob es Sinn macht. Ich bin mir ganz sicher, dass das Amt und die Verwaltung, Herr Dr. Hoppensack und Herr Dr. Knigge, sehr genau mit den Personal- und Betriebs-

räten, mit den Werkstattleitungen und mit den Angehörigen, da gibt es ja auch Vertretungen, die Vor- und Nachteile besprechen. Es wird sicherlich auch, wie es im Martinshof in der Vergangenheit war, große Zusammenkünfte geben von den Mitarbeitern, und dort muss man dann Rede und Antwort stehen, Vor- und Nachteile sagen und dann auch irgendwann einmal zu einer Entscheidung kommen.

Noch sind wir in diesem Bereich nicht entscheidungsfähig, weil Fides sagt, wir brauchen noch Zeit, wir müssen da noch sorgfältig schauen. Das wollen wir als CDU gern tun und begleiten. Bis dahin gehe ich davon aus, dass in der Werkstatt Bremen weiter so tüchtig gearbeitet wird wie in der Vergangenheit. - Ich bedanke mich!

(Beifall bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Stahmann.

Abg. Frau **Stahmann** (Bündnis 90/Die Grünen)^{*)}: Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Kommunen sehen sich mit einer steigenden Anzahl an Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern konfrontiert, und daher wird der Ausbau der Hilfen zur Arbeit vorangetrieben. Dabei spielen finanzielle Effekte, die Senkung der kommunalen Ausgaben an Sozialhilfe, eine Rolle. Frau Linnert hat es schon gesagt, es gibt einmal die Bundesmittel und dann die Kommunalmittel, und es gibt natürlich von den jeweiligen Partnern ein Interesse daran, möglichst wenig zu bezahlen.

Grundsätzlich sind die Grünen nicht gegen eine enge Verzahnung von Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, aber nur, wenn dabei bedacht wird, dass Sozialpolitik eben nicht dasselbe ist wie Arbeitsmarktpolitik und außer der Orientierung auf Beschäftigung auch andere, genauso gleichrangige Ziele wie Beratung in persönlichen Lebenskrisen oder bei Drogenproblemen oder einfach Stabilisierung hat.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Diese Ziele werden jedoch in der Regel vergessen, wenn Sozialpolitik nur noch als Terminus beschäftigungsorientierte Sozialpolitik mit dem Ziel der Kostenminimierung gesehen wird.

Die Antwort des Senats gibt wenig Aufschluss über ein mögliches Leitbild, das haben wir nun wirklich gesucht, Herr Pietrzok, für eine Um-

*) Von der Rednerin nicht überprüft.

wandlung in eine GmbH. Wir fragen nach der Wirtschaftlichkeit, es kommt keine Zahl. Das kann nur misstrauisch machen. Als Antwort auf die Frage, welche sozial- und arbeitsmarktpolitischen Effekte erwartet werden, wird lapidar geantwortet, dass die Chancen der Arbeitsmarktintegration für arbeitslose Menschen entscheidend verbessert werden sollen. Arbeitsmarktpolitisch gesehen ist diese Antwort ein bisschen dünn, und auffällig ist, dass Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik hier wie ein und dieselbe Sache gesehen werden.

Was die Grünen für notwendig halten und was sie befürchten, was nach der Umstrukturierung zu kurz kommt, ist, ich skizziere es kurz, intensive Beratungsleistungen, die dazu führen, dass ein flexibles, maßgeschneidertes Angebot bereitgestellt wird. Es steht ja jetzt die SGB-III-Novelle an, und wir setzen uns auch auf Bundesebene dafür ein, dass zum Beispiel Hilfepläne für Jugendliche oder für Menschen in besonders schwierigen Lebenslagen erstellt werden als Instrument, um den beruflichen Einstieg wieder zu erleichtern. Bei der Werkstatt Bremen wird wirklich gut beraten, und es ist nicht so eine Nullachtfünfzehn-Abfertigung, und auf diese Qualität wollen wir auch weiter setzen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Auf der einen Seite muss es zur Verbesserung von Wiedereingliederungschancen von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängerinnen und Sozialhilfeempfängern kommen, aber andererseits gibt es auch einen Bedarf an Integration in ein soziales Umfeld, wie es der zweite Arbeitsmarkt bietet. Auch da muss man ganz genau aufpassen, ob das auch so bleibt. Wir wollen eine langfristige Strategie der Wiedereingliederung, die damit einhergeht, sinnstiftende Angebote bereit zu stellen, keine kurzfristigen Effekte. Das verträgt sich überhaupt nicht mit einer undurchdachten Erhöhung der BSHG-19-Stellen, bei der es ausschließlich um Quantität geht, aber nicht auf die Qualität der Angebote geachtet wird.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Es müssen doch auch genügend qualifizierte Anleiterinnen eingestellt werden. Sie können doch jetzt nicht einfach 1000 Menschen auf den Arbeitsmarkt puschen. Zum Beispiel arbeiten auch bei den Beschäftigungsträgern Menschen, die der deutschen Sprache noch nicht so mächtig sind, und dieser pädagogische Schlüssel, wie viele Arbeitnehmerinnen da von einer Anleiterin oder einem Anleiter betreut werden, ist viel zu gering. Da passiert es dann schon manchmal, dass jemand mit dem Lkw voller Sand den ganzen Tag durch

die Stadt fährt, weil er sich nicht getraut hat, noch einmal nachzufragen, wohin er muss.

Diese Probleme muss man auch angehen, wenn man diese Hilfen zur Arbeit aufstockt. Es müssen auch begleitende Maßnahmen gemacht werden, zum Beispiel diese sprachliche Qualifizierung. Das sind Sie bei den 1000 Stellen, die es bisher gibt, auch noch nicht ausreichend angegangen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Das ist auch nicht, ich benutze jetzt Ihren Terminus, durch Verdichtung zu erreichen, dass man mehr Leute da hinein stopft, und es ist auch fraglich, ob es Ihnen gelingt, das hehre Ziel von 1000 Einzelarbeitsplätzen zu organisieren, bei denen die Betreuung dann geklärt ist. Das müssen Sie mir noch einmal zeigen, wo diese 1000 Arbeitsplätze sind. Es ist sicherlich möglich, 1000 Sozialhilfeempfängerinnen ein bisschen Gras mähen zu lassen, aber die Frage ist, ob man damit eine längerfristige berufliche Integration leistet.

(Abg. Karl Uwe Oppermann [CDU]: Das Dosensammeln fehlt!)

Nein, vom Dosensammeln rede ich nicht, Herr Oppermann! Sie wollen mich jetzt hier in eine Falle locken, in die hier einmal Herr Möhle gelaufen ist. Nein, ich spreche davon, dass Arbeit auch Sinn macht und dem Menschen hilft, sich wieder langfristig beruflich zu integrieren.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dass Grasmähen Spaß macht, Herr Oppermann, möchte ich hier nicht bestreiten, das mache ich sehr gern.

Ein aktivierender Sozialstaat ist sehr begrüßenswert, aber was derzeit unter diesem Label läuft, hat wenig damit zu tun, die Selbstorganisationsfähigkeit der Betroffenen zu erhöhen, sondern führt in erster Linie dazu, Druck und Kontrolle auszuüben. Wenn es so weit ist, dass alle, die wollen, in Arbeit vermittelt sind, kann man ja überlegen, ob da noch ein Rest übrig bleibt, der eigentlich gar nicht will. Solange aber die Nachfrage nach Arbeitsplätzen das Angebot dermaßen übersteigt, sind die Grünen gegen jede Form der verpflichtenden Arbeit.

Ich sage noch einmal: Bei einer Überbetonung des Forderns statt Förderns lauert die Gefahr, dass diejenigen aussortiert werden, die die Hilfe am nötigsten brauchen und die nicht die gleichen Chancen von vornherein bekommen.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Denken Sie einmal an die verschwundenen Jugendlichen! Ich sage noch einmal: Es ist sehr seltsam, wenn man nach Wirtschaftlichkeit fragt und keine Zahlen angeboten werden, und es bleibt immer noch die Frage: Warum wird daher ein funktionierender Eigenbetrieb zerschlagen?

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Staatsrat Dr. Knigge.

Staatsrat Dr. Knigge: Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Für mich stehen bei der gesamten Debatte weniger die bestehenden Strukturen im Vordergrund, sondern es geht mir vorrangig darum, wie wir den betroffenen Menschen helfen können, wie wir uns so organisieren können, dass wir ein Höchstmaß an Hilfe, an Wiedereingliederung den Arbeitslosen zur Verfügung stellen. Das muss im Vordergrund jeder Debatte um Strukturen stehen.

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Das finden wir auch!)

So ist auch der Anlass für diese Neustrukturierung entstanden. Wir müssen ja feststellen, dass sich in den letzten Jahrzehnten ganz unterschiedliche Systeme nebeneinander entwickelt haben, die mehr oder weniger zufällige Ergebnisse für die betroffenen Menschen gezeitigt haben. Langzeitarbeitslose werden unterschiedlich behandelt, je nachdem, ob sie vom Arbeitsamt Leistungen beziehen oder ob sie Leistungen nach dem Bundessozialhilfegesetz beziehen.

Wir wissen alle aus Erfahrung, dass dies oftmals von großen Zufälligkeiten abhängig ist. Ich nenne auch nur eine Zahl: Wir haben rund 6000 Sozialhilfeempfänger, die ergänzende Sozialhilfe zu den Leistungen des Arbeitsamtes beziehen. Wir haben eine ebenso große Zahl an Arbeitslosen, die keine Leistungen vom Arbeitsamt beziehen. Mit welcher Rechtfertigung wollen Sie eigentlich einem Kreis von Arbeitslosen das gesamte Leistungssystem der Bundesanstalt für Arbeit öffnen und andere auf das Leistungssystem des Bundessozialhilfegesetzes verweisen und umgekehrt?

Wir meinen, hier muss es endlich einen finalen Ansatz geben, und das verstehe ich wirklich als moderne Sozialpolitik. Man muss von den Menschen ausgehen, von ihren Bedarfslagen und ihren Problemen, und fragen, welche Hilfe, welche Leistung der Betroffene bekommen muss, unabhängig davon, wer dafür zuständig ist.

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Dieses Zuständigkeitsdenken - ich möchte einmal eine Parallele zum Behindertenbereich ziehen - kennen wir aus dem Behindertenbereich aus früheren Zeiten, und es war ein großer Fortschritt, dass wir mit dem Reha-Angleichungsgesetz, um nur einmal dieses Beispiel zu nennen, endlich einen finalen Ansatz verwirklicht haben. Es wird in der Sozialpolitik höchste Zeit, dass wir auch die Finalität, nämlich die Hilfestellung für den Betroffenen, in den Vordergrund stellen und der Zuständigkeit wirklich wieder den Rang geben, der dieser Frage gebührt.

Lassen Sie mich jetzt auf einzelne Schwerpunkte eingehen! Zunächst einmal, Frau Linnert: Glaube, Liebe, Hoffnung, ich schätze alle drei Begriffe sehr! Aber mit diesem Umstrukturierungsprozess haben weder Glaube noch Liebe, noch Hoffnung irgendetwas im Sinn, sondern wir treffen fundierte Entscheidungen, auch mit breiter Beteiligung der Betroffenen.

(Beifall bei der SPD)

Ich zitiere nur einmal aus der gutachterlichen Stellungnahme von Fides, die wir neben Roland Berger eingeschaltet haben und die zu folgendem Fazit kommt: "Die mit der Neustrukturierung der bremischen Arbeitsmarktförderung beabsichtigte organisatorische Neuausrichtung mit flexiblen Strukturen, eigenständigen Verantwortungsbereichen, betriebswirtschaftlich effizienten Arbeitsabläufen und einer Öffnung der Geschäftstätigkeit sowohl nach Art und Umfang als auch in regionaler Hinsicht ist nach unserer Auffassung wirtschaftlicher in einer privatrechtlichen Rechtsform, hier GmbH, zu erreichen." Bitte, das ist einfach das Faktum! Das hat mit Glaube, Liebe, Hoffnung nichts zu tun!

Wir sind auch davon überzeugt, dass wir eine größere Wirtschaftlichkeit dadurch erreichen können, dass vorhandene Strukturen zusammengeführt werden, dass hier eine deutlichere Abstimmung stattfinden kann und im Vordergrund steht, dass möglichst viele Mittel, die leider in den letzten Jahren auch immer knapper geworden sind, sowohl von Seiten des Bundes als auch von Seiten des Landes, effizienter und stärker bei den Betroffenen ankommen und weniger in Strukturen für diese Arbeitsmarktförderung ausgegeben wird.

(Beifall bei der CDU)

Wenn Sie darauf hinweisen, dass mit dieser GmbH-Rechtsform auch eine neue Belastung im steuerlichen Bereich verbunden wäre, so ist das zutreffend. Diese GmbH wird eine Dienstleistung erbringen, die einen umsatzsteuerrechtlichen Charakter annehmen wird, das ist zutreffend. Aber

auch dazu sagt Fides, und das darf man in einer solchen Debatte nicht verschweigen: Diese Gesellschaft hat ganz andere Möglichkeiten, sich zu betätigen. Sie kann nicht nur von der öffentlichen Hand Aufträge im Rahmen von Geschäftsbesorgungen entgegennehmen und wahrnehmen, sondern sie kann auch Aufträge von Unternehmen wahrnehmen. Sie kann sich auch außerhalb Bremens tummeln, sie kann zum Beispiel in den benachbarten Landkreisen ähnliche operative Aufgaben wahrnehmen, natürlich gegen Entgelt!

(Abg. Frau Linnert [Bündnis 90/Die Grünen]: Die Arbeitslosen von Unternehmen sollen da vermittelt werden, oder was?)

Wenn Unternehmen umstrukturieren und Personal umorientiert werden muss, wie wir das in vergangenen Jahren öfter erlebt haben, dann kann dieses Unternehmen seine Dienstleistung anbieten, auch gegen Entgelt. Insofern liegt hier eine wirtschaftliche Möglichkeit, eine Chance auf wirtschaftliche Expansion vor, und die wollen wir auch nutzen.

Sie sagen, das widerspreche allen Anforderungen auch von Seiten der Politik. Politik werde hier herausgedrängt, und Sie nannten die Vokabel Staatsräteimperium, die ich überhaupt nicht nachvollziehen kann. Ich will nur sagen: Für mich gehört es zu einem modernen Verwaltungsverständnis dazu, dass wir nicht alles in den bestehenden Formen weiter ausführen müssen, was wir in öffentlicher Verantwortung den Bürgerinnen und Bürgern anbieten,

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

sondern öffentliche Verantwortung heißt, wir haben die Gewährleistungsverantwortung dafür, dass bestimmte Dienste und Leistungen für die Bürgerinnen und Bürger angeboten werden. In welcher Form diese öffentlichen Leistungen dann erbracht werden, ist für mich eine Frage von Effizienz, eine Frage von Wirtschaftlichkeit. Da sollten wir, finde ich, auch einmal etwas über den Tellerrand von herkömmlicher tradierter Verwaltungstradition hinaussehen und uns einmal anschauen, Frau Linnert, meine Damen und Herren, was andere Länder, Bundesländer, was andere Kommunen uns vormachen.

Frau Stahmann, ich habe sehr bedauert, dass Sie nicht über Ihren Besuch in Schleswig-Holstein berichtet haben. Sie haben ja in der Deputationssitzung sehr positiv berichtet, dass in Schleswig-Holstein die bestehende GmbH, die das operative Geschäft ausführt, inzwischen so effizient arbeitet, dass Anträge innerhalb weniger Tage bearbeitet werden, dass die Akzeptanz inzwischen sehr

gewachsen ist und niemand in Schleswig-Holstein sich diese operative Gesellschaft wegdenken will. Das sind positive Beispiele, an denen wir anknüpfen, und wir haben auch in anderen Städten erlebt, wie wichtig es ist, dass man sich so organisiert.

Im Vordergrund, ich sagte es bereits, muss dabei stehen, was können wir den arbeitslosen Menschen anbieten, welche Leistungen und Dienste brauchen sie. Frau Linnert, mir ist bewusst, dass dies eine sozialpolitische Dimension erster Größenordnung behalten muss, das ist völlig klar, aber diese sozialpolitische Dimension der Arbeitsmarktpolitik reklamiere und beanspruche ich in gleicher Weise auch für die Arbeitslosen, die "nur" Leistungen der Bundesanstalt für Arbeit, des Arbeitsamtes, beziehen.

(Beifall bei der SPD)

Intensive Beratung, da laufen Sie bei mir offene Türen ein! Wir sind dabei, den Beratungsprozess umfassend neu zu organisieren, und zwar in der Weise, dass wir allen Antragstellern zunächst einmal Möglichkeiten der Wiedereingliederung anbieten und mit ihnen gemeinsam den Weg besprechen wollen, wie wir denn eine Sozialhilfebedürftigkeit von vornherein vermeiden können, indem wir die Wiedereingliederung in den Vordergrund stellen.

Andere Hilfen wie Schuldnerberatung müssen selbstverständlich mit dem gesamten Angebot gekoppelt werden. Dies gehört auch zu dem Gesamtkanon an Angeboten, den diese operative Gesellschaft vorhalten muss. Es geht also insgesamt darum, die Qualität der Arbeit zu verbessern, es geht darum, die Arbeit effizienter zu organisieren, und wenn ich das so sage, dann ist das keine Kritik an der bisherigen Arbeit, weder an meiner eigenen Arbeit der letzten Jahre, warum sollte ich das kritisieren,

(Zurufe von der SPD und von der CDU)

noch an der Arbeit der Werkstatt Bremen.

Die Werkstatt Bremen hat in den letzten Jahren eine hervorragende Arbeit in beiden Bereichen vorgelegt,

(Beifall bei der SPD)

sowohl im Behindertenbereich als auch im Bereich der Hilfe zur Arbeit. Ich reklamiere auch für das Arbeitsressort, das bislang die operative Arbeitsmarktpolitik durchgeführt hat, dass auch diese Arbeit in den letzten Jahren professioneller geworden ist und dass wir sehr effektiv die Mög-

lichkeiten genutzt haben, die sich uns zur Verfügung gestellt haben.

Aber durch das Zusammenfassen von Strukturen sind weitere Effizienzgewinne im Interesse der Betroffenen möglich. Die sollten wir nutzen, und zwar so, Frau Linnert, dass die Politik selbstverständlich auch in Zukunft die steuernde Funktion behalten muss und behalten wird. Ich bin der Allerletzte, der die Rolle der Politik hier in irgendeiner Weise in Frage stellen will. Die strategische Ebene, die steuernde Ebene, bleibt eine gemeinsame Aufgabe des Ressorts, der politischen Leitung des Ressorts, zusammen mit den Deputationen. Wir werden uns weiter darauf verständigen, welchen Mitteleinsatz wir in welche Schwerpunkte lenken, wir werden uns weiter darauf verständigen, welche Programme wir auflegen, und wir werden uns weiter darauf verständigen, in welchen Verfahren diese Gelder auch eingesetzt werden sollen.

Hier wird keine politische Entscheidung in irgendeiner Weise reduziert, nur, zu einem modernen Verwaltungsverständnis gehört auch, dass die Politik sich auch ein bisschen mehr auf diese steuernde, strategische Aufgabe konzentriert. Es kann nicht Aufgabe der Politik sein, die operative Aufgabe zu ihrem Schwerpunkt zu definieren, sondern Politik muss Leitlinien vorgeben, muss Vorgaben definieren, so wie wir es in den Deputationen in den letzten Monaten auch schon deutlicher als in der Vergangenheit angelegt haben.

Zusammenfassend noch einmal: Es geht uns darum, und wir werden in der nächsten Woche im Senat diesen Beschluss auch beraten und hoffentlich auch so fassen, Arbeitsmarktpolitik aus einer Hand zu organisieren. Es geht darum, mehr Effizienz zu organisieren und für die Betroffenen ein Angebot zu entwickeln, das nicht an irgendwelchen zufälligen Zuständigkeiten oder gewachsene Strukturen anknüpft, sondern das ihre eigene Hilfsbedürftigkeit und ihre eigene arbeitsmarktpolitische Problemlage in den Vordergrund stellt. Ich bin überzeugt davon, dass wir damit für die Betroffenen insgesamt mehr Qualität als bisher erreichen können. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Als Nächste hat das Wort die Abgeordnete Frau Linnert.

Abg. Frau **Linnert** (Bündnis 90/Die Grünen)*): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich will ei-

^{*)} Von der Rednerin nicht überprüft.

nige Argumente aus den Redebeiträgen meiner Vorredner aufnehmen! Erst einmal, Herr Knigge, es ist vollkommen richtig, es hat in den letzten Jahren ein Pingpong-Spiel zu Lasten der Betroffenen zwischen dem Arbeitsamt und den Sozialämtern gegeben. Die Arbeitsämter haben versucht, mit verschärften Zumutbarkeitsregelungen Leute aus dem Geltungsbereich des Arbeitsamtes herauszukegeln. Wenn die Leute dem Arbeitsmarkt aus welchen Gründen auch immer nicht zur Verfügung standen oder Suchtprobleme hatten, dann gab es große Interessen, sie auszusteuern, und die Kommunen hatten dann das Problem in der Sozialhilfe.

Dieses Pingpong-Spiel funktioniert auch umgekehrt. Viele Kommunen haben darauf so reagiert, dass sie große Programme für Hilfen zur Arbeit aufgelegt haben. Auch da ist es so, dass natürlich der Hilfeansatz da immer eine Rolle gespielt hat, aber auch mit steigender Tendenz, ich sage es einmal ein bisschen flapsig, gab es den Ansatz: Die geben wir euch wieder zurück! Die bekommen ein Jahr bei uns einen Vertrag für Hilfe zur Arbeit, dann haben sie Anspruch auf Arbeitslosengeld und dann -hilfe, und dann sind sie wieder im Geltungsbereich des Arbeitsamtes.

Dass dieses Pingpong-Spiel nicht im Interesse der Betroffenen ist, ist vollkommen unstrittig. Aber was muss man machen, um das zu verändern? Da muss man zuallererst an der Praxis der Arbeitsämter etwas ändern, und es muss auch am SGB III, also am Arbeitsförderungsgesetz, Reformen geben, die dem Arbeitsamt klare Vorschriften machen, dass Beschäftigungsförderung und Qualifizierung auch für arbeitslose Sozialhilfeempfänger geleistet werden sollen.

Es gibt auch rechtliche Probleme, weil es sich dort auch um eine Versicherungsleistung handelt, aber da ist der Ansatzpunkt, um dieses unwürdige Spielchen zu verändern und nicht eine irgendwie geartete sogenannte Organisationsreform auf Ebene der Kommunen.

Wenn Sie außerdem sagen, diese unterschiedlichen Geltungsbereiche der unterschiedlichen Gesetze entbehren jeder realen Grundlage, gebe ich Ihnen Recht. Nur hindert Sie kein Mensch daran, die Landesprogramme, die Bremen aufgelegt hat, wie zum Beispiel das Landesprogramm zur personellen Absicherung von Stammkräften in Arbeitsmarktprojekten oder das Landesprogramm zur Förderung von Arbeitsmarktprojekten durch Zuwendung für sächliche Kosten und so weiter, so zuzuschneiden, dass sie auch da gelten, wo Sozialhilfeempfänger beschäftigt werden. Das ist ein wichtiger Reformschritt, nur hat es mit der Gesell-

schaft und mit der GmbH ehrlich gesagt überhaupt nichts zu tun.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Dann haben Sie hier gesagt, Herr Dr. Knigge, dass es ein wichtiges Ziel ist, dass man sich auch wirtschaftlich über Bremen hinaus betätigen soll. Was Sie da denn wirklich vorhaben, das würde ich gern noch einmal genauer hören! Soll jetzt dieser Betrieb eine Residenz in Delmenhorst gründen und die Sozialhilfeempfänger Delmenhorsts in Firmen vermitteln, oder wollen wir die Qualifizierung für Daimler-Benz machen? Was ist da eigentlich geplant? Ich würde das schon gern inhaltlich wissen, ehe man nun sagt, da kann die ehemalige so träge kommunale Verwaltung nun ein neues Geschäftsfeld suchen. Frau Dreyer hat ja schon verheißungsvoll gesagt, dann können auch die Gehälter steigen, und es ist kein Dumping angesagt, sondern es wird euch allen viel besser gehen, wenn ihr euch jetzt hier wirtschaftlich betätigt. Sagen Sie einmal, was da genau passieren soll!

Dann vielen Dank für den Tipp, über den Tellerrand zu schauen! Den gebe ich Ihnen so zurück! Es gibt nicht eine einzige Kommune, die den Bereich Hilfe zur Arbeit als hoheitliche Aufgabe, mit Bescheiderteilung und allem was dazugehört, in der Rechtsform einer GmbH macht. Es gibt viele GmbH, die die Trägerlandschaft pflegen und darüber versuchen, Zuweisungen zu organisieren und dort die Qualifizierungen machen. Dies ist auch das schleswig-holsteinische Beispiel!

Wir haben ja in Bremen auch unser Arbeitsförderungszentrum. Dazu habe ich vorhin schon etwas gesagt. Das ist auch überhaupt nicht der Punkt! Die hoheitliche Aufgabe Bescheiderteilung im Rahmen des Bundessozialhilfegesetzes wird nirgendwo in einer GmbH gemacht. Dafür müssen Sie auch das Beleihungsgesetz ändern.

Dann möchte ich gern noch wissen, wie viele Leute aus der Arbeitsverwaltung und welche Leute sollen eigentlich in welche dieser neu geschaffenen GmbH verpflanzt werden. Auch davor drücken Sie sich! Ich finde, das muss man aber wissen, denn ich möchte gern wissen, ob so ein ähnliches Chaos entsteht wie im Kulturbereich, wo dann fröhlich gegeneinander gearbeitet wird und man im Grunde überhaupt nicht mehr durchblickt und eine Verwaltungsreform in einem Bereich ein Tor aufgetan hat, in dem dieser Bereich nur verlieren kann und die an ihn gestellten Aufgaben überhaupt nicht mehr erfüllen kann.

Das ist das angerichtete Verwaltungschaos, wofür die Leute erst einmal überhaupt nichts können. Wenn Sie dann immer davon reden, dass hier ja

ordentlich integriert werden soll, dann möchte ich von Ihnen gern noch einmal ganz klar eine Auskunft darüber haben: Ist es wirklich geplant, so wie das aus der Vorlage des Senats hervorgeht, zwei Gesellschaften zu schaffen, nämlich eine, die ihren Sitz in Bremerhaven hat und die gesamten Landesprogramme, die jetzt zum Teil im Arbeitsressort versammelt sind, in sich birgt, und eine zweite Gesellschaft, die das sein soll, was heute der Bereich Hilfen zur Arbeit der Werkstatt Bremen ist? Ist es wirklich so, wie das aus der Vorlage hervorgeht? Wollen Sie das hier als Integration der Angebote verkaufen? Das ist, ehrlich gesagt, ein Treppenwitz.

(Beifall beim Bündnis 90/Die Grünen)

Präsident Weber: Als Nächster hat das Wort Staatsrat Dr. Knigge.

Staatsrat Dr. Knigge: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Linnert, ich bin natürlich gern bereit, noch ausführlich auf die Fragen einzugehen.

Zunächst einmal zu Ihrem ersten Komplex: Es gibt da ja inzwischen Erfahrungen, was alles möglich ist, ich verweise auf Erfahrungen in Bremerhaven. Schade, dass heute keine Kolleginnen und Kollegen aus Bremerhaven anwesend sind, sie könnten Ihnen dann berichten, dass beispielsweise die bestehende Arbeitsförderungszentrum GmbH in Bremerhaven für den Landkreis Cuxhaven die Vermittlung von Sozialhilfeempfängern im Rahmen eines abgeschlossenen Vertrages sehr erfolgreich gegen Entgelt erledigt. Über die Höhe will ich mich hier nicht auslassen, ich bin Aufsichtsratsvorsitzender dieser Gesellschaft und kann also gut nachvollziehen, wie das gelaufen ist, und kann nur sagen, sehr erfolgreich.

Das kann man sich auch sehr gut von Bremen aus in das Umland vorstellen, auch hier gibt es Bedarfe. Man kann sich das auch sehr gut gegenüber Unternehmen vorstellen, denn wir haben in den vergangenen Jahren häufiger die Situation gehabt, dass Qualifizierung und berufliche Neuorientierung organisiert werden mussten. Es geht nicht darum, diese Gesellschaft als Träger von Beschäftigung oder Qualifizierung einzusetzen, sondern darum, dass jemand den Prozess organisiert und sich mit der ganzen Klaviatur der Arbeitsmarktpolitik auch im Interesse der Betroffenen einbringt. Das kann man sich sehr gut vorstellen. Ich sehe hier durchaus eine Perspektive für diese Gesellschaft.

Dann fragen Sie: Wird es zwei Gesellschaften, Bremen und Bremerhaven, geben? Ja, auch hier ist es schade, dass die Bremerhavener Kolleginnen und Kollegen heute nicht da sind. Sie würden Ihnen sehr gern berichten, wie notwendig es aus Bremerhavener Sicht ist, dass das Gewicht bei der Entwicklung der Arbeitsmarktpolitik in Bremerhaven stärker wird. Ich persönlich würde mich dagegen wehren, wenn wir von Bremen aus konkrete Arbeitsmarktpolitik in Bremerhaven organisieren sollten. Das soll bitte schön in der Stadt selbst geschehen. Wir treffen die strategische Entscheidung über Programme, wir treffen die Entscheidung über die Finanzmittel, über Schwerpunktsetzung, auch über den Anteil Bremerhavens, den wir steigern wollen. Wie das aber konkret in Bremerhaven organisiert werden soll, sollen bitte schön vor Ort Magistrat und Betroffene auch mit den Trägern selbst klären. Von daher gesehen sehe ich darin einen großen Fortschritt.

Die Diskussion in Bremerhaven verläuft ganz anders, als Sie hier an Eindrücken vermitteln. In Bremerhaven wird das als vorbildlich und modellhaft angesehen, wie sich hier die Landespolitik auch auf landespolitische Entscheidungen konzentriert und die Umsetzung der Ebene vor Ort überlässt. Ich bin auch stolz darauf, dass wir hier einen Weg beschreiten, den Bremerhaven sehr positiv würdigt. - Vielen Dank!

(Beifall bei der SPD und bei der CDU)

Präsident Weber: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Damit ist die Aussprache geschlossen.

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Antwort des Senats auf die Große Anfrage der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen Kenntnis.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Anbetracht der fortgeschrittenen Stunde schlage ich Ihnen vor, dass wir jetzt nur noch die Tagesordnungspunkte aufrufen, die ohne Debatte sind. - Damit sind Sie einverstanden.

Wahl eines Mitglieds des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses

Der Wahlvorschlag liegt Ihnen schriftlich vor.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Wahl.

Wer entsprechend dem Wahlvorschlag wählen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft wählt entsprechend.

(Einstimmig)

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 13 vom 16. Mai 2000

(Drucksache 15/140 S)

Wir verbinden hiermit:

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 14 vom 30. Mai 2000

(Drucksache 15/147 S)

Eine Aussprache ist nicht beantragt worden.

Wir kommen daher zur Abstimmung.

Der Petitionsausschuss hat die Petition S 15/27 aus dem Petitionsbericht Nummer 13 zurückgezogen. Ich lasse deshalb über die übrigen Petitionen abstimmen.

Wer der Behandlung der Petitionen mit Ausnahme der Petition S 15/27 aus dem Petitionsbericht Nummer 13 in der empfohlenen Art zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2221

für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Wartburgstraße, St.-Magnus-Straße (westlich Hausnummer 81) und Zwinglistraße (westlich Hausnummer 40)

Mitteilung des Senats vom 23. Mai 2000 (Drucksache 15/141 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2221 für ein Gebiet in Bremen-Walle zwischen Wartburgstraße, St.-Magnus-Straße (westlich Hausnummer 81) und Zwinglistraße (westlich Hausnummer 40) beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Bebauungsplan 2009

für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Wohlers Eichen (östlich gerader Hausnummern 30 bis 38), Oslebshauser Landstraße und Hafenbahn (Bahnhof Bremen-Inlandhafen) Mitteilung des Senats vom 23. Mai 2000 (Drucksache 15/142 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Bebauungsplan 2009 für ein Gebiet in Bremen-Gröpelingen zwischen Wohlers Eichen (östlich gerader Hausnummern 30 bis 38), Oslebshauser Landstraße und Hafenbahn (Bahnhof Bremen-Inlandhafen) beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

1. Änderung des Bebauungsplanes 985 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Gerichtsherrenweg, Schlehbuschstraße, Holzmarkenweg, Schönebecker Feld, Hasenheide, Clamersdorfer Straße und Bundesstraße 74 sowie für ein Gebiet zwischen Holzgräfenweg und Gutsmeierweg (zum Teil beidseitig)

Mitteilung des Senats vom 23. Mai 2000 (Drucksache 15/143 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Wer den Plan zur ersten Änderung des Bebauungsplanes 985 für ein Gebiet in Bremen-Vegesack zwischen Gerichtsherrenweg, Schlehbuschstraße, Holzmarkenweg, Schönebecker Feld, Hasenheide, Clamersdorfer Straße und Bundesstraße 74 sowie für ein Gebiet zwischen Holzgräfenweg und Gutsmeierweg (zum Teil beidseitig) beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt entsprechend.

(Einstimmig)

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2000/2001

Mitteilung des Senats vom 7. März 2000 (Drucksache 15/110 S)

Dazu

Änderungsanträge der Fraktionen der SPD und der CDU

(Drucksachen 15/155 S bis 15/177 S und 15/182 S)

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD (Drucksache 15/178 S)

und

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (Drucksache 15/179 S)

Wir verbinden hiermit:

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2000/2001 (Ergänzung der Drucksache 15/110 S)

Mitteilung des Senats vom 18. April 2000 (Drucksache 15/128 S)

und

Bericht und Antrag des Haushalts- und Finanzausschusses (Stadt) vom 5. Juni 2000

(Drucksache 15/180 S)

sowie

Abdeckung der Erlöse aus Vermögensveräußerungen in den Haushalten 2000/2001 und in der Finanzplanung bis 2005

Mitteilung des Senats vom 6. Juni 2000 (Drucksache 15/181 S)

Die Stadtbürgerschaft hat die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Jahre 2000 und 2001 und Haushaltspläne 2000/2001, die Stellenpläne 2000/2001, die Produktgruppenhaushalte 2000/2001 und die Produktgruppenstellenpläne in ihrer dreizehnten Sitzung am 23. März 2000 sowie die ergänzende Mitteilung des Senats, Drucksache 15/128 S, in ihrer vierzehnten Sitzung am 9. Mai 2000 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss überwiesen. Dieser Ausschuss legt nunmehr mit der Drucksachen-Nummer 15/180 S seinen Bericht dazu vor.

Die Aussprache über den Stadthaushalt sowie die dazugehörigen Anträge und Änderungsanträge fand bereits gestern in der Landtagssitzung statt.

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Ich lasse über die Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2000/2001 abstimmen.

Zu der Reihenfolge der Abstimmung möchte ich noch Folgendes bemerken: Hinsichtlich der Abstimmung verfahren wir im Prinzip wie im Landtag. Es ist beantragt worden, dass die Abstimmungen über die Änderungsanträge teilweise in Blöcken zusammengefasst werden.

Wer mit diesem Verfahren einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft ist damit einverstanden.

(Einstimmig)

Anträge 15/156 S bis 15/159 S, 15/161 S, 15/163 S, 15/166 S, 15/168 S und 15/169 S

Wer diesen Änderungsanträgen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Anträgen zu.

(Einstimmig)

Anträge 15/155 S, 15/160 S, 15/162 S, 15/164 S, 15/165 S, 15/167 S, 15/170 S bis 15/174 S

Wer diesen Änderungsanträgen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest die Stadtbürgerschaft stimmt den Änderungsanträgen zu.

Antrag 15/178 S

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Antrag zu.

Antrag 15/179 S

Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen SPD und CDU)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Meine Damen und Herren, damit haben wir die Anträge und Änderungsanträge zum Haushalt 2000/2001 abgehandelt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Haushaltsplan 2000.

Wer dem Haushaltsplan 2000 unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt den Haushaltsplan 2000.

Nun lasse ich über den Haushaltsplan 2001 abstimmen.

Wer dem Haushaltsplan 2001 unter Berücksichtigung der soeben beschlossenen Änderungen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt den Haushaltsplan 2001.

Jetzt lasse ich über den Produktgruppenhaushalt 2000 abstimmen.

Wer dem Produktgruppenhaushalt 2000 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt den Produktgruppenhaushalt 2000.

Nun kommen wir zum Produktgruppenhaushalt 2001.

Wer dem Produktgruppenhaushalt 2001 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt den Produktgruppenhaushalt 2001.

Meine Damen und Herren, wir kommen nun zum Stellenplan 2000.

Wer dem Stellenplan 2000 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt den Stellenplan 2000.

Nun kommen wir zum Stellenplan 2001.

Wer dem Stellenplan 2001 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt den Stellenplan 2001.

Nunmehr kommen wir zum Produktgruppenstellenplan 2000.

Wer dem Produktgruppenstellenplan 2000 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt den Produktgruppenstellenplan 2000.

Jetzt lasse ich über den Produktgruppenstellenplan 2001 abstimmen.

Wer dem Produktgruppenstellenplan 2001 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt den Produktgruppenstellenplan 2001.

Jetzt kommen wir zu den Haushaltsgesetzen für die Jahre 2000 und 2001.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 der Geschäftsordnung lasse ich zuerst über die Änderungsanträge der Fraktionen der CDU und der SPD, Drucksachen-Nummern 15/175 S bis 15/177 S und 15/182 S zu den Haushaltsgesetzen für die Jahre 2000 und 2001 abstimmen.

Wer diesen Anträgen seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt den Änderungsanträgen zu.

Jetzt lasse ich über das Haushaltsgesetz 2000 abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz 2000 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt das Haushaltsgesetz 2000 mit Änderungen.

Nun lasse ich über das Haushaltsgesetz 2001 abstimmen.

Wer das Haushaltsgesetz 2001 unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD und CDU)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Bündnis 90/Die Grünen)

Stimmenthaltungen?

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt das Haushaltsgesetz 2001 mit Änderungen.

Im Übrigen nimmt die Stadtbürgerschaft von den Mitteilungen des Senats, Drucksachen 15/128 S und 15/181 S, und von dem Bericht des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses, Drucksache 15/180 S, Kenntnis.

Entwurf einer Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über das Halten von Hunden

Mitteilung des Senats vom 30. Mai 2000 (Drucksache 15/151 S)

Dazu

Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD

vom 6. Juni 2000

(Drucksache 15/183 S)

Die Beratung ist eröffnet. - Wortmeldungen liegen nicht vor. - Die Beratung ist geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung.

Gemäß Paragraph 51 Absatz 7 der Geschäftsordnung lasse ich zuerst über den Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD abstimmen. Wer dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU und der SPD mit der Drucksachen-Nummer 15/183 S seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Teile vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

Stimmenthaltungen?

(Teile vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft stimmt dem Änderungsantrag zu.

Jetzt lasse ich über die Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über das Halten von Hunden abstimmen.

Wer die Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über das Halten von Hunden unter Berücksichtigung der soeben vorgenommenen Änderungen beschließen möchte, den bitte ich um das Handzeichen!

(Dafür SPD, CDU und Teile vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich bitte um die Gegenprobe!

(Dagegen Abg. Mützelburg [Bündnis 90/Die Grünen])

Stimmenthaltungen?

(Teile vom Bündnis 90/Die Grünen)

Ich stelle fest, die Stadtbürgerschaft beschließt die Polizeiverordnung zur Änderung der Polizeiverordnung über das Halten von Hunden.

Meine Damen und Herren, damit sind die Tagesordnungspunkte ohne Debatte abgehandelt.

Ich bedanke mich recht herzlich für die konstruktive Arbeit und wünsche Ihnen noch einen angenehmen Abend.

Ich schließe die Sitzung der Stadtbürgerschaft.

(Schluss der Sitzung 19.05 Uhr)

Anhang zum Plenarprotokoll

Schriftlich vom Senat beantwortete Anfragen aus der Fragestunde der Stadtbürgerschaft vom 7. Juni 2000

Anfrage 8: Neugliederung der Beschäftigungsträgerlandschaft

Wir fragen den Senat:

Erstens: Welche Überlegungen hinsichtlich einer Neugliederung der Trägerlandschaft verfolgt der Senat, und ist mit dieser Neugliederung eine Konzentration auf wenige Träger geordnet nach regionalen Zuständigkeiten beabsichtigt?

Zweitens: Welche Auswirkungen werden die Überlegungen des Senats für die vorhandene Trägerstruktur haben?

Drittens: Ist mit der verzögerten Bearbeitung der Anträge auf ESF-Förderung bereits eine Vorentscheidung beabsichtigt, welche Träger zukünftig gefördert werden?

Frau Stahmann, Frau Dr. Trüpel und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antwort des Senats:

Zu Frage eins: Konkrete Überlegungen für eine Neugliederung der Trägerlandschaft existieren nicht.

Zu Frage zwei: Die sich verengenden finanziellen Handlungsspielräume öffentlicher Beschäftigungsförderung werden nicht ohne Folgen für Beschäftigungsträger bleiben können. Der Senat wird mögliche Folgen dieser Entwicklung gründlich bedenken und im Rahmen seiner Möglichkeiten dafür Sorge tragen, dass arbeitsmarktpolitisch besonders bedeutsame Angebotsstrukturen auch unter veränderten finanziellen Rahmenbedingungen möglichst weitgehend erhalten werden können.

Zu Frage drei: Mit der bevorstehenden Entscheidung des Senators für Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales, die - wie geplant - Ende Juni 2000 fallen soll, ist keine Vorentscheidung in dieser Hinsicht zu erwarten.

Anfrage 9: Verzögerte Bearbeitung von Sozialhilfeanträgen bei Jugendlichen

Wir fragen den Senat:

Erstens: Wie lange ist durchschnittlich die Zeitdauer von Antragstellung bis zur Zahlung von Hilfe zum Lebensunterhalt bei Jugendlichen, die in eine Einrichtung der Jugendhilfe aufgenommen wurden?

Zweitens: Wie lange dauert der Verwaltungsvorgang bei der Beantragung eines Krankenscheins?

Drittens: Geht der Sozialhilfeträger davon aus, dass die Heimträger für die erforderliche Sozialhilfe (Taschengeld) in Vorleistung treten?

Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antwort des Senats:

Erstens: Jugendliche, die in eine Einrichtung der Jugendhilfe aufgenommen werden, erhalten keine Hilfe zum Lebensunterhalt. Ihr notwendiger Unterhalt nach § 39 SGB VIII (KJHG) wird über das Entgelt, das an den Träger der Jugendhilfeeinrichtung gezahlt wird, sichergestellt. In stationären Jugendhilfeeinrichtungen wird der notwendige Unterhalt durch Naturalleistungen abgedeckt.

Zweitens: Zur Bearbeitungsdauer liegen keine Daten vor.

Drittens: Die Abrechnung zwischen den Einrichtungsträgern und dem Jugendhilfeträger erfolgt zentral über das Haushaltsreferat des Ressorts Arbeit, Frauen, Gesundheit, Jugend und Soziales. Mit den Einrichtungsträgern werden Absprachen über die Zahlungsmodalitäten getroffen (z.B. nachträgliche monatliche Abrechnung oder Abschlagszahlungen). Insofern kann es zu Vorleistungen von Trägern kommen.

Anfrage 10: Angemessenheit der Mietkosten

Wir fragen den Senat:

Erstens: In wie vielen Fällen wurden seit dem 1.1.2000 vom Amt für Soziale Dienste Bescheide

erteilt, in denen Sozialhilfeempfängern der Wechsel in eine günstigere Wohnung auferlegt wurde?

Zweitens: In wie vielen Fällen wurde eine Kürzung der Mietkostenübernahme auf die im geltenden Wohngeldgesetz festgeschriebenen Mietwerte vorgenommen?

Drittens: Wie wird der Senat die im neuen Wohngeldgesetz ab dem 1.1.2001 geltenden höheren Mietwerte in die Verwaltungsanweisungen zum Bundessozialhilfegesetz übernehmen?

Frau Stahmann, Frau Linnert und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Antwort des Senats:

Erstens: Es liegen keine Daten darüber vor, in wie vielen Fällen Sozialhilfeempfängern der Wechsel in eine günstigere Wohnung auferlegt wurde.

Zweitens: Es werden keine Daten darüber erhoben, in wie vielen Fällen eine Kürzung der Übernahme der Mieten erfolgt.

Drittens: Im Laufe des zweiten Halbjahres 2000 wird eine neue Verwaltungsanweisung zu den Kosten der Unterkunft erarbeitet werden. Darin werden die zum 1.1.2001 geltenden Mietobergrenzen nach § 8 Wohngeldgesetz Berücksichtigung finden.